

SPW

46

12. Jahrgang
April 1989
9,50 DM

EUROPHORIE '92

Konsequenzen des EG-Binnenmarktes



Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weinzen, Andreas Westphal

Werbung: Christian Hossbach

Redaktion und Auslieferung: Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1989.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlag: Jürgen Holtreter. — Auflage 1.-3. Tausend April 1989.

Die *spw* erscheint 1989 in 6 Heften mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen und können auch auf Diskette (MS DOS, Word, 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll) mit einem Computer-Ausdruck geliefert werden.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Abozahlungen ausschließlich auf das Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin - KtoNr 111 502 83 02 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt — in Teilaufgabe — ein Prospekt der Volksuni (Berlin/West) bei.

Editorial	99
Erich Fried: Karl Marx 1983	101
Bonner Tagebuch	102

Europhorie '92

Peter Bartelheimer und Frieder O. Wolf	
EG-Binnenmarkt oder »Gemeinsames Haus Europa«	
Thesen zur Funktion des Gemeinsamen Binnenmarktes	104
Ottwald Demele	
Sozialer Fortschritt — oder »Sozial-Dumping«?	
Konsequenzen des EG-Binnenmarktes aus gewerkschaftlicher Sicht	111
Udo Rehfeldt	
Konvergenz der Gewerkschaftsstrategien in Westeuropa?	
Ein italienisch — französisch — deutscher Vergleich	118
Frieder Schlupp	
»Europa« als Hegemonialprojekt	
Bundesdeutsche Welt(markt)machtstrategien und der EG-Binnenmarkt	127
Hans-Jürgen Axt	
Griechenland und der EG-Binnenmarkt	136

Rot — Grün

Andreas Wehr	
Rot-Grün in Berlin	147
Diether Dehm	
Erste Einschätzung des Frankfurter Kommunalwahlergebnisses	151

SPD-Linke

Uwe Kremer	
Kreisverkehr	
Zur Tagung des Frankfurter Kreises vom 24. bis 26.2.89	154

SPD-Programmdebatte

Kurt Neumann	
Glasnost — Wider publizistisches Nebelwerfen	
Ein Bericht über die Arbeit der SPD-Programmkommission	157
Reinhold Rünker	
Über das Subversive der Eigenarbeit und die Reichweite von Wirtschaftsdemokratie	
Programmforum der Jusos Westliches Westfalen am 4.3.89	165

Grüne

Jürgen Maier

Die Grünen nach Duisburg — ein Neuanfang? 169

Geschlechterverhältnisse

Ellen Henk

Verunsicherungen nutzen!

Zur Diskussion um die »Feminisierung der Lohnarbeit« 172

Demokratische Rechte

Werner Holtfort

Polizei, Staat und Gesellschaft

Polizeibegriff im Wandel der Zeiten 177

Geschichte der Arbeiterbewegung

Peter Brandt

1918/19: Sozialisierung und Räte

Gab es eine linke Alternative zur Politik der
Mehrheitssozialdemokratie? 185

Detlef Lehnert

War Bebel der fundamentalistische Anführer einer Massensekte?

Zur Kritik einer zeitgeistgerechten Imagepflege in der SPD
Rezension zu B.Seebacher-Brandt: *Bebel. Känder und Kärner im Kaiserreich* 188

Über die Autorinnen und Autoren 192

Editorial

Die Europhorie angesichts der für 1992 geplanten Einführung des Gemeinsamen Binnenmarktes ist parteiübergreifend. Es gibt kaum mehr ein politisches Projekt, das seine Legitimation nicht auch aus dem Gemeinsamen Binnenmarkt und seinen Anforderungen ableitet. Diese Europhorie scheint kaum dadurch beeinträchtigt zu werden, daß Analysen der ökonomischen Konsequenzen des Gemeinsamen Binnenmarktes zumindest kurzfristig negative Beschäftigungseffekte und eine äußerst ungleiche Verteilung der postulierten Wohlfahrtseffekte voraussagen. Als eine Triebkraft der Europhorie kann das Bedürfnis zur Herstellung eines neuen imaginären Wir-Gefühls Westeuropas ausgemacht werden, das eine wichtige Rolle bei der politischen Durchsetzung von Deregulierung und Modernisierung spielt (vgl. den Beitrag von *Bartelheimer/Wolf*). Das vorliegende Heft will zur Analyse vor allem der ökonomischen, aber auch der politischen und ideologischen Konsequenzen des Gemeinsamen Binnenmarktes beitragen.

Die Intensivierung der politischen Bemühungen um weitere Integrationsfortschritte in Westeuropa seit dem Beginn der siebziger Jahre ist auf die Erosion des Hegemonialsystems der Nachkriegszeit zurückzuführen. In dem Maße, in dem die USA nicht mehr in der Lage waren, bestimmte internationale Steuerungsfunktionen wahrzunehmen, entstand zunehmend das Bedürfnis, das so entstandene Regulierungsdefizit wenigstens im Rahmen regionaler Wirtschaftsblöcke zu reduzieren. Die Geschichte der westeuropäischen Integration ist allerdings sehr widerspruchsvoll: Die Hoffnungen der EG-Mitgliedsstaaten auf Wohlfahrts- und Wachstumsgewinne durch wachsenden Intra-EG-Außenhandel sowie auf wachsende monetäre Stabilität durch die Ankoppelung der eigenen Währungen an die DM wurden für viele westeuropäische Länder wiederholt zerschlagen. Enorme Leistungsbilanzdefizite infolge der subalternen Position einzelner EG-Mitgliedsstaaten innerhalb der internationalen Arbeitsteilung im Vergleich zur regionalen Hegemonialmacht BRD und massive Kapitalabflüsse infolge des Stabilitätsgefälles zwischen der eigenen Währung und der DM haben immer wieder zu einer Verlangsamung oder sogar zu einer partiellen Umkehr von Integrationsprozessen geführt. An dieser Stelle sei nur auf den Austritt u.a. von Italien und Frankreich aus der Europäischen Währungsschlange (der Vorläuferin des EWS) und an die nach wie vor bedeutende Rolle von Kapitalverkehrsbeschränkungen verwiesen. Die Widersprüchlichkeit des westeuropäischen Integrationsprozesses kann allgemein damit erklärt werden, daß die zentripetalen Tendenzen der Internationalisierung (hier der zunehmenden Verschränkung und Abhängigkeit von nationalen Reproduktionsprozessen) immer mit Notwendigkeit auch zentrifugale Tendenzen erzeugen. Diese sind Ergebnis der Ungleichzeitigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen, der regional divergierenden Wachstumsraten und vor allem der unterschiedlichen Positionen der einzelnen Nationen in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung. Im Extremfall können zentrifugale Tendenzen zur Desintegration aus bestehenden ökonomischen Blöcken oder Institutionalisierungen führen.

In diesem Zusammenhang kommt einer Kontroverse größte Bedeutung zu, die auch im vorliegenden Heft angelegt ist: Führt der westeuropäische Integrationsprozeß, wie

es *Bartelheimer/Wolf* behaupten, dazu, daß Kapitalgruppen »zunehmend zu einem einheitlichen Geflecht — und damit perspektivisch zu einer relativ einheitlichen europäischen Kapitalistenklasse« verschmelzen, wodurch eine zunehmende Handlungsunfähigkeit nationalstaatlicher Instanzen entstehen würde? Oder bleiben die Nationalstaaten bzw. spezifische nationalstaatliche Konstellationen gesellschaftlicher Kräfte weiterhin Teilnehmer im westeuropäischen Kampf um Macht- und Wohlfahrtsgewinne, wie es *Schlupp* in seiner Analyse der bundesdeutschen Weltmachtstrategie impliziert?

Eine weitere im Heft angelegte Kontroverse besteht bezüglich der Frage, welche Auswirkungen der EG-Binnenmarkt auf Sozialnormen und Beschäftigungsentwicklung haben wird. Während *Bartelheimer/Wolf* davon ausgehen, daß es keine Mindestnormen geben wird, die einem »'Sozial-Dumping', d.h. einer Abwanderung arbeitsintensiver Industrien in Niedriglohnregionen« entgegenwirken, kommt *Demele* zum Ergebnis, daß die Standortvorteile der Bundesrepublik so groß sind, daß die bundesrepublikanischen Beschäftigten keineswegs einen Verlust ihrer Arbeitsplätze wegen zunehmender Direktinvestitionen des bundesdeutschen Kapitals in anderen EG-Ländern fürchten müssen.

Rehfeldt postuliert in seiner komparativen Betrachtung der italienischen, französischen und bundesdeutschen Gewerkschaftsstrategien eine zunehmende Konvergenz hinsichtlich der Akzeptanz von Modernisierungspolitiken und neuen Technologien.

Von der Richtigkeit dieser These hängen u.a. die Chancen ab, perspektivisch zu einer gemeinsamen Strategiebildung der westeuropäischen Gewerkschaften zu kommen, denn bisher waren diese nicht nur durch unterschiedliche Entwicklungsstände der jeweiligen nationalen Ökonomien, sondern auch durch stark divergierende politische Konzepte in ein Gegensatzverhältnis zueinander gesetzt.

Schlupp interpretiert das Projekt des Gemeinsamen Binnenmarktes als eine Strategie der BRD zum Ausbau ihrer Hegemonie, wobei ein von der BRD dominiertes Westeuropa lediglich ein zentraler Stützpfeiler zur Verbesserung der bundesdeutschen Welt(markt)machtposition ist. Die Unterstützung des Binnenmarktprojektes durch Frankreich wird mit der Hoffnung in Verbindung gebracht, daß »nach einer Anpassungs- und Übergangsperiode die regionale BRD-Hegemonie im Rahmen einer zukünftigen 'Europäischen Union' in ein post-hegemoniales kollektives westeuropäisches Regime zu transformieren« wäre.

Axt untersucht die ökonomischen Konsequenzen des Gemeinsamen Binnenmarktes für Griechenland, das ökonomisch den Status eines Schwellenlandes innerhalb der EG einnimmt. *Axt* zufolge wird der Gemeinsame Binnenmarkt nur wenige vollkommen neue Tendenzen hervorrufen, sondern vor allem die Tendenzen verschärfen, die bereits die EG-Mitgliedschaft Griechenlands hervorgebracht hat. Bisher waren die Verluste Griechenlands aus der Verschlechterung der Handelsbilanz infolge des EG-Beitritts etwa genauso groß wie die Transferzahlungen der EG an Griechenland. Die entscheidende Frage besteht darin, ob die Gelder aus den EG-Regional- und Strukturfonds zu einer Verbesserung der Kohärenz der nationalen Industriestruktur eingesetzt werden. Die Gefahr einer Deindustrialisierung sieht *Axt*, wenn transnationale Konzerne griechische Industriebetriebe aufkaufen, um die dortige Produktion stillzulegen und die Unternehmen als Distributionsstationen zu benutzen.

Andreas B. Westphal

Erich Fried

Karl Marx 1983*

Wenn ich zweifle
an dem
der gesagt hat
sein Lieblingsspruch sei
»Man muß an allem zweifeln«
dann folge ich ihm

Und wie könnte sein Wort veralten
daß »die freie Entwicklung
eines jeden
die Bedingung
für die freie Entwicklung aller ist«?

Was veraltet
sind die seiner Schüler
die solche Worte
immer wieder vergessen

Von seinen Erkenntnissen
sind weniger veraltet
nach so langer Zeit
als er selber erwartet hätte

Die sein Werk totsagen
und ihre Gründe
es totzusagen
beweisen nur
wie lebendig es ist

Und die Buchstabengläubigen
die die Gültigkeit jedes Wortes
beweisen wollen
beweisen wie recht er hatte
(und dadurch wie unrecht)
als er spottete:
»Je ne suis pas un Marxiste«

* Aus Erich Fried: Vorübungen für Wunder. Gedichte vom Zorn und von der Liebe. Berlin/West 1987, S.115. — Wir danken dem Wagenbach-Verlag, Berlin/West, für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.

Bonner Tagebuch

13. Dezember 1988. Friedrich-Ebert-Stiftung. Ein wichtiges, in den Medien wenig beachtetes Ereignis ist nachzureichen. Holger Börner für die FES und Prof. G.L. Smirnow für das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der KPdSU unterzeichnen ein Abkommen, auf Grund dessen die FES ein Büro in Moskau und das IML eins in Bonn eröffnen wird. Ziel: Zusammenarbeit bei der Förderung des wissenschaftlichen Austauschs, bei der Veranstaltung von Seminaren und Konferenzen, der Unterstützung von Forschungsprojekten sowie Austausch von Stipendiaten und Praktikanten. Bemerkenswert auch einige Ausführungen Smirnows, als Direktor des IML in der sowjetischen Wissenschaftshierarchie weit oben angesiedelt, in seinem Vortrag: Der Perestrojka liege eine Verbesserung des Sozialismus auf Grund der Erfahrungen der Sozialdemokratie zugrunde. Die Entwicklung eines sozialistischen Pluralismus stelle für die Sowjetunion eine nie dagewesene Sache dar.

Vor einigen Jahren wurde man hierzulande als Verfechter des Bauerschen Konzepts eines »integralen Sozialismus« bestenfalls müde belächelt. Nun beginnt das ewig totge-sagte Pflänzchen schon kräftig zu sprießen!

30. Januar 1989. General-Anzeiger. Endlich mal ein Lehrbeispiel für den ab Ende der sechziger Jahre auch bei den Jusos angesagten »Marsch durch die Institutionen!« Szenario 1. Akt: Ein reformsozialistischer Juso klassenkämpft in den siebziger/achtziger Jahren in Bonns SPD, sitzt im Juso-UB-Vorstand und baut nebenbei ein Politologie-examen. 2. Akt: Der Marsch beginnt. Er beschließt, Journalist zu werden und landet, wie man munkelt, mit stiller Mithilfe eines Bonner Abgeordneten, beim konservativen Bonner General-Anzeiger.

Wird sich unser sozialistisches U-Boot halten können? Wann taucht es wieder auf, um nun an vorgerückter Position in der Medienlandschaft im Zentrum der Politik den Klassenkampf zu predigen? — 3. Akt: Wahlnacht in Berlin. Er holt zum Schlag aus. Leitkommentar Thomas Wittke: »Alarm in Berlin« (Originalton): »Eine Große Koalition ... ist nun die einzige realistische Konstellation zur Lösung der massiven Probleme. Ihr Vorteil liegt in der Kombination politischer Kontinuität mit neuen sozialen Initiativen ... Zur konstruktiven Mitarbeit an der Perspektive der Stadt ... sind nicht nur die Berliner, sondern jedermann aufgefordert.« Sind jedermann ...?! Mit der Gesinnung geht also auch noch das grammatikalische Artikulationsvermögen flöten. Wie wär's mit einer Vertonung: »Wes Brot ich eß ...«

9. Februar 1989. Deutscher Bundestag. Etwas für den Erhalt des *Vorwärts* zu tun ist gar nicht leicht. Der SPD-Abgeordnete Egon Lutz möchte seinen KollegInnen vor der Fraktionssitzung ein altes, selbstgebasteltes Sanierungskonzept zukommen lassen. Normalerweise gibt's dafür Fraktionsfächer, in die jedwede Sorte bedrucktes Papier, Hochgeistiges und Schwachsinniges, hineingestopft wird. Nur diesmal geht das nicht. Lutz an seine KollegInnen: »Bitte nehmt keinen Anstoß daran, daß Euch dieses Schreiben kuvertiert und adressiert über die Hauspost zugestellt wird. Unsere Ge-

schäftsführung sah sich leider außerstande, einer Verteilung meines Schreibens durch die Poststelle der Fraktion ohne vorherige Prüfung des Inhalts zuzustimmen.«

26. Februar 1989. Oskar, die Siebte. Das »enfant terrible« (bloß nicht wörtlich übersetzen!) der SPD arbeitet weiter hart am Abbau von Blockaden und der Ablösung von »alten Formeln«. Auf einem Kongreß der südhessischen Jusos über die »Zukunft der Arbeit« holt er einen neuen Joker (gleiche Warnung!) aus der Tasche: Schichtarbeit von Freitag bis Sonntag bei voller Bezahlung, dafür die ganze Woche frei. Die Wahlfreiheit der ArbeitnehmerInnen in der »freien« Marktwirtschaft wird schier grenzenlos!

Statt der alten DGB-Formel (längst überholt) »samstags gehört der Papi mir« hat Oskar was Besseres drauf: »Papi gehört die ganze Woche mir!«. Da wird sich Klein-Erna aber freuen! Um konstruktive Vorschläge nicht verlegen, setze ich noch eins drauf, damit sich Oskars Motto auch widerspruchsfrei in die sozialdemokratischen Politikkonzepte einpaßt: Sofortige Schließung aller Ganztagschulen, damit Klein-Erna auch zu Hause ist, wenn Papi ihr gehört! Nur für Mami muß ich mir noch was einfallen lassen.

27. Februar 1989. Deutscher Bundestag. So richtig hatte ich nie gewußt, wofür man eigentlich ein Bundesverdienstkreuz bekommt. Jetzt weiß ich's. Das geht nämlich so: Es braucht einen Bundesminister, dem es nicht zuzumuten ist, wenigstens unter der Woche an seinem Dienort in Bonn zu wohnen. Er muß also ständig in Mainz nächtigen müssen. Es darf ihm auch nicht zuzumuten sein, für dieses tägliche Hin und Her die umweltfreundliche Bahn zu nehmen. Dann braucht es einen Fahrer, der täglich Mainz-Bonn/Bonn-Mainz (Tempo nicht bekannt) runterreißt. Und schließlich braucht es einen Vorschlag dieses Bundesministers an den Bundespräsidenten, dem Fahrer »in Anerkennung seiner um Volk und Staat erworbenen Verdienste« das Bundesverdienstkreuz am Bande zu verleihen.

Also bei so vielen Kilometern täglich für Volk und Vaterland hat er sich seine Orden wirklich redlich verdient. Ach so, der Minister heißt übrigens Töpfer, Ressort: Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Und die nervigen Fragen haben mal wieder die Grünen gestellt, als gäb's im Bundestag nichts Wichtigeres zu tun!

4. März 1989. Vorwärts. Ein Hamburger Leser beklagt, daß zwei Redakteure den Arbeitgeberpräsidenten Murmann in ihrem Interview zu demütig befragt hätten, ob die SPD angesichts des Dilemmas, daß es in den Parlamenten wenig gestandene Unternehmer gebe, inzwischen auf dem Weg der Besserung sei. Recht hat er, und er legt noch Kohlen nach mit seiner Kritik, daß die beiden wohl die »roten Karrieren im Nadelstreifen« zu sehr bewunderten.

Etwas beklommen wendet sich mein Blick hin zur neuen *spw*-Nummer, die auch gerade erst reingekommen war. Hat uns da der Titelblattgestalter einen Streich gespielt? Lugt da als »Sozialistische Moderne« gepriesen nicht auch der Nadelstreifen mit Binder (oder besser: Würger) unter dem Blaumann hervor? Da stelle ich mir eine kulturelle Erneuerung oder meinetwegen auch die »modische Modernisierung« aber ganz anders vor.

Uli Schöler (Bonn)

Europahorrie '92

Peter Bartelheimer und Frieder O. Wolf

EG-Binnenmarkt oder »Gemeinsames Haus Europa«

Thesen zur Funktion des Gemeinsamen Binnenmarktes *

»Europa kommt ...«

Ein neuer »Sachzwang« beherrscht die politische Landschaft der Bundesrepublik: »Europa kommt«. Bis zum 31. Dezember 1992 sollen laut der *Gemeinsamen Europäischen Akte* von 1987, die von den Parlamenten aller EG-Mitgliedsländer ratifiziert wurde, Regelungen in Kraft treten, die in der EG volle Freizügigkeit für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen herstellen. Kaum noch ein politisches Vorhaben der Regierenden, dessen Dringlichkeit nicht mit der »Vorbereitung auf Europa« begründet, kaum noch eine Forderung der Regierten, die nicht mit Hinweis auf den bevorstehenden EG-weiten »Standortwettbewerb« für unerfüllbar erklärt würde. Parteien und Verbände wetteifern um die bessere »europäische Gesinnung«.

Die CDU ergibt sich den Heilsversprechungen, wonach der Abbau der EG-Grenzbarrieren einen »Wachstumsschub« bewirken und so auf wunderbare Weise alle Probleme dieser Gesellschaft lösen wird, selbst den kaum noch verhohlenen Ruin der Bauern. Die FDP triumphiert über die bevorstehende Liberalisierung der Märkte. Die Unternehmervverbände begrüßen die »Operation Binnenmarkt« als »Dosenöffner für verkrustete Strukturen«, als »europäische Deregulierungsoffensive« und erklären den Abbau von arbeits-, sozial- und umweltpolitischen Vorschriften zur Überlebensfrage für den »Industriestandort Bundesrepublik«.

Die SPD bietet sich als GarantIn dafür an, daß »Europa« auch »sozial« wird. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) war schon immer für den »europäischen Aufbau« und fordert einen »sozialen Dialog« zur »sozialen Beherrschung« des Binnenmarktes. Die IG Metall sieht im Binnenmarkt und in der »Vereinheitlichung Europas als Sozialraum« gar den »zentralen Ansatzpunkt für arbeitsorientierte Außenwirtschaftspolitik«; ihr Vorsitzender Franz Steinkühler hofft indes auf einen »ausreichend großen Block« zur Begrenzung des »japanischen Marktanteils«.

Der breite Konsens kann nicht einmal mehr als »Ja-aber«-Haltung umschrieben werden. Es handelt sich vielmehr um einträchtige Einsicht in die Notwendigkeit unter dem pluralistischen Gütesiegel eines »Ja, und ...«. Nur ein »Sachzwang« kann ein so erstaunliches Maß an Eintracht stiften. Wieder einmal ist zu beobachten, wie Politik und Gesellschaft sich mit einem vermeintlichen Sachzwang abfinden und alternative Politik programmatisch wie praktisch ärmer zu werden droht.

* Der vorliegende Aufsatz basiert auf einem Diskussionspapier, das die Autoren der Bundesdelegiertenkonferenz der *Grünen* im Dezember 1988 vorgelegt haben.

Image und Wirklichkeit

Weit entfernt, die »europäische Einigung« voranzutreiben, stellt der politische und ökonomische Ausbau der EG vielmehr eine Absage an Europa als »gemeinsames Haus« dar. Der Gedanke der europäischen Einigung, der seine Legitimation aus der Erfahrung zweier Weltkriege herleitet, ist in der europäischen Nachkriegsordnung in den Dienst der Blockkonfrontation gestellt worden; so ist von der »europäischen Bewegung« nichts geblieben als ein regionaler westeuropäischer Zusammenschluß unter der militärischen Vorherrschaft der NATO, in dessen Rahmen die alten europäischen Großmächte auf das Entstehen einer neuen, diesmal gemeinsamen (west-)europäischen Supermacht hoffen. Die bruchlose Identifikation Europas mit EG-Westeuropa ist daher auch eine zentrale Botschaft des Europawahlkampfes.

In einer historischen Situation, wo der Reformprozeß in der Sowjetunion und die Oppositionsbewegungen in Osteuropa eine Überwindung der Blockkonfrontation in Europa ermöglichen und Gorbatschows außenpolitische Formel vom »gemeinsamen Haus Europa« Alternativen zur Nachkriegsordnung europäischer Spaltung wieder denkbar macht, soll die Bevölkerung der EG-Länder auf einen neuen Grundkonsens westeuropäischer Integration und gesamteuropäischer Blockpolitik eingeschworen werden. Dabei besteht zu Begeisterung für dieses Europa kein Anlaß. Konsequente Reformpolitik ist in den Zollgrenzen der EG unmöglich, eine Politik des Umbaus noch viel weniger. Ausstieg aus der Atomindustrie, Sofortmaßnahmen gegen die Vergiftung der Flüsse, der Meere und der Luft, an regionalen Bedürfnissen orientierte Wirtschaft und Veränderung der internationalen Arbeitsteilung im Interesse der halb- und nichtindustrialisierten Länder sind nur in einem »gemeinsamen europäischen Haus« denkbar, nicht in einer Gebäudehälfte mit der EG-Kommission als Hausmeister und dem von jeder parlamentarischen Kontrolle befreiten Ministerrat der EG-Mitgliedsregierungen als Hausherrn.

Der EG-Binnenmarkt, von dem heute die Rede ist, wird von einem »einheitlichen Wirtschaftsraum« weit entfernt sein. Das Zieldatum 1992 ist vielmehr erst durch den Verzicht auf einheitliche Wirtschaftspolitik, gemeinsames Rechtssystem, »harmonisierte« soziale Sicherungssysteme möglich geworden. Einig sind sich EG-Politiker und europäische Konzerne nurmehr darin, durch gegenseitige Anerkennung einzelstaatlicher Regelungen und Normen in möglichst vielen Bereichen einen Konkurrenzkampf aller gegen alle zuzulassen und auf eine Vereinheitlichung durch die »unsichtbare Hand« des Marktes, d.h. durch das Gesetz des Stärkeren zu setzen. Selbst die beabsichtigte Freizügigkeit wird nur schrittweise und selektiv eingeführt werden.

Die Prognose des Cecchini-Berichts, wonach das Bruttosozialprodukt der EG im Zeitraum von fünf Jahren um zusätzliche 4 bis 7 Prozent wachsen wird, wenn erst die »Kosten des Nicht-Europa«, d.h. der »EG-Marktzersplitterung« wegfallen, ist nichts als eine heroische Prognose: Modellannahmen für die hochindustrialisierten EG-Kernländer wurden auf die gesamte EG hochgerechnet, die abzusehenden und auch beabsichtigten Verluste für die stärker bäuerlich geprägten Ökonomien in den südlichen EG-Ländern dagegen unterschlagen. Überdies handelt es sich um eine mittelfristige

Prognose, denn kurzfristig werden infolge des bevorstehenden Angebotsschocks durchaus Arbeitsplatzverluste erwartet.

Im Prozeß wirtschaftlichen Strukturwandels werden sich die ökonomischen Ungleichheiten deutlich verstärken. Ob dabei »unter dem Strich« überhaupt Wachstumsziffern stehen werden, hängt weit mehr von der Wirtschafts- und Währungspolitik der wichtigsten Industriestaaten sowie der Weltkonjunktur ab als vom erreichten Grad der Freizügigkeit innerhalb der EG. Die rechnerischen Blütenträume¹ der EG-Wachstumspropheten gehen von einem »dynamischen gesamtwirtschaftlichen Umfeld« aus, d.h. sie lassen die zyklische Konjunktur auf dem Weltmarkt, deren nächster Abschwung eigentlich schon überfällig ist, ebenso außer acht wie die Möglichkeit, daß die USA nach den Präsidentschaftswahlen auf die europäische Konkurrenz und auf ihre eigene Verschuldungskrise mit einem neuerlichen Dollarsturz und verschärften protektionistischen Maßnahmen reagieren könnten.

Das EG-Weißbuch von 1985, auf dem die derzeitige Politik der Marktintegration beruht, sieht keinerlei »soziale« Begleitmaßnahmen bei der Einführung des Binnenmarktes vor. Sie passen auch nicht ins Konzept der Marktliberalisierung. Der Präsident der EG-Kommission, *Jacques Delors*, spricht selbst von dem »größten Deregulierungsvorhaben« der Wirtschaftsgeschichte, der Sozialdemokrat *Burkhard Lutz* diagnostiziert eine »Orgie an Deregulierung«.

Die verschärfte Polarisierung der EG in Regionen wirtschaftlichen Wachstums und Zonen wirtschaftlichen Niedergangs, die selbst der EG-Bericht über die »soziale Dimension des Binnenmarktes« voraussieht, soll wieder einmal mit den wenig wirksamen Trostpflastern des EG-Regionalfonds befriedet werden. Wenn die EG-Kommission neuerdings eine »Charta sozialer Rechte« und einen »sozialen Dialog« verspricht, so wird als Ergebnis wenig mehr als die Definition, minimaler Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz, von Mindestnormen sozialer Absicherung und einer Richtlinie für Informations- und Beratungsrechte in EG-Unternehmen herauskommen. Der »soziale Dialog« auf EG-Ebene wird wenig mehr sein als eine von den EG-Institutionen gemakelte Kapitalstrategie zur Beschäftigung und Einbindung führender Gewerkschaftsfunktionäre. Es wird keine verbindlichen und wirksamen Mindestnormen geben, die geeignet wären, einem »Sozial-Dumping«, d.h. einer Abwanderung arbeitsintensiver Industrien in Niedriglohnregionen entgegenzuwirken. Dagegen wird die erweiterte Konkurrenz innerhalb der EG Druck auf Lohnabhängige und Gewerkschaften in den Ländern mit einem entwickelten System sozialer Sicherung ausüben, auf einen Ausbau sozialer Sicherheit zu verzichten und weiteren Sozialabbau hinzunehmen, um »konkurrenzfähig« zu bleiben.

Die neue Qualität des EG-Binnenmarktes

Bereits als *ideologische Operation* ist das Projekt EG-»Binnenmarkt« nicht zu unterschätzen — denn einmal praktiziert, bewirken Ideologien reale politische Veränderungen. Ideologisch greift »Europa 1992« heute auf drei Ebenen:

- Als *Selbstverpflichtung* von Regierungen, Ministerrat und Kommission geben der Binnenmarkt und das Zieldatum 1992 den Mitgliedsländern und der EG-Bürokratie erstmals eine stabile Orientierung und eine *corporate identity*, die (auch über Wechselfälle wie die griechische Präsidentschaft hinweg) dabei helfen soll, den von den führenden EG-Mitgliedsregierungen vorgegebenen Kurs zu halten.
- Als *PR-Kampagne* bietet der Binnenmarkt den Regierenden ein neues Argument für eine am Kapitalprofit orientierte Politik. Gerade dieser anonyme Marktzwang ist geeignet, in den Nachkriegsjahrzehnten gewachsene sozialstaatliche Arrangements in einer Weise aufzubrechen, wie es einzelstaatliche Regierungen, solange sie auf gelegentliche demokratische Legitimation durch Wahlen angewiesen sind, kaum wagen könnten. Somit droht ein weiterer Substanzverlust der Politik; wirtschaftliche Entscheidungen werden demokratischer politischer Gestaltung und Aushandlung noch wirkungsvoller entzogen.
- Als *Marktideologie* appelliert die Operation Binnenmarkt an die isolierten Individuen als Warenkäufer und Steuerzahler, auf den idealen Marktpreisen zu bestehen, die ihnen angeblich die »freie Konkurrenz« beschert — und alle Erfahrungen mit der langfristigen Entwicklung von Monopolpreisen bzw. mit qualitativen Verschlechterungen, gesundheitlichen Gefährdungen und ökologischen Zerstörungen einfach im Rausch der versprochenen Verbilligungen — etwa von Hypotheken für den bundesdeutschen Häuslebauer oder von Grundnahrungsmitteln für die österreichische Hausfrau — zu vergessen. Da die Vorteile kollektiv durchgesetzter politischer Regulierungen der Produktion — vom Kündigungsschutz über den arbeitsfreien Sonntag bis zum Schutz gegen gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen — alle etwas kosten, und da diese Kosten unter kapitalistischen Bedingungen, wo immer der Markt es erlaubt, an den Endverbraucher weitergegeben werden, untergräbt die europäische Liberalisierungskampagne höchst wirkungsvoll die Legitimität solcher Ansprüche.

Die Operation »Binnenmarkt« erschöpft sich aber nicht im Ideologischen. Mit der Internationalisierung der großen Konzerne hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten zwischen den jeweils führenden nationalen Kapitalgruppen innerhalb der EG ein relativ stabiles Kräfteverhältnis eingependelt. Dabei wurden Arbeitsteilung, Dominanz und Konfliktfelder so weitgehend definiert, daß es heute offenbar möglich ist, zwei weitergehende Schritte in Angriff zu nehmen.

Zum einen kann der Kapitalverkehr innerhalb der EG von allen verbliebenen politischen Kontrollen befreit werden, was es den führenden Kapitalgruppen ermöglicht, zunehmend zu einem einheitlichen Geflecht — und damit perspektivisch zu einer relativ einheitlichen europäischen Kapitalistenklasse — zu verschmelzen. In diesen Zusammenhang gehört auch die zusätzliche Unterhöhlung des historisch zu erklärenden bundesdeutschen Kartellrechts durch eine EG-Fusionsrichtlinie und die Schaffung eines EG-Unternehmensrechts.

Zum anderen kann der »Europäisierungs«-Grad, den die multinationalen Unternehmen bereits erreicht haben, nun auch auf die nächstkleinere Größenklasse der kapitalistischen Unternehmen ausgedehnt werden — wodurch zunehmend auch das ge-

samte produktive »Hinterland« der Unterauftragsnehmer und Nischenproduzenten europaweit verknüpft und wechselseitig durchlässig gemacht werden soll.

Da die Initiatoren des Binnenmarktes aus den neoliberalen Experimenten der neueren US-Wirtschaftspolitik, den »Reagonomics«, gelernt zu haben glauben, daß in der gegenwärtigen kapitalistischen Strukturkrise vor allem im Bereich der Dienstleistungen größere Wachstumsreserven und — unter der Voraussetzung möglichst ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse — Arbeitsplatzbeschaffungsmöglichkeiten liegen, werden gerade diese Sektoren, die bisher mitgliedstaatlichen Sonderregelungen unterlagen — wie das Versicherungswesen oder die Immobilien-Maklerei — für eine europaweite Expansion der von Hause aus »stärksten« Unternehmen freigegeben. Gleiches gilt für den gesamten Bereich der Produktion für öffentliche Auftraggeber, der von traditionellen bzw. korruptionsbedingten Klientelbindungen befreit werden soll, um einem EG-weiten Verdrängungswettbewerb Raum zu schaffen.

Nach dieser Seite wird das Binnenmarktprogramm keineswegs einheitlich greifen, sondern vielmehr höchst selektiv verwirklicht werden. Zum einen wird die Wirkung der Liberalisierung für verschiedene Unternehmenstypen unterschiedlich tief gehen — für Multis wird sie relativ gering bleiben, für Groß- und Mittelbetriebe erheblich, für Handwerksbetriebe mit öffentlichen Auftraggebern einschneidend, für bäuerliche Betriebe existenzbedrohend werden. Zum anderen wird sie sich auch nach Sektoren ganz erheblich unterscheiden — je nach Umfang fortbestehender Sonderregelungen der Mitgliedsstaaten für einzelne Wirtschaftsbereiche.

Schon im Vorfeld des Binnenmarktes kommt es gegenwärtig zu einer sich geradezu fieberhaft beschleunigenden Fusionswelle innerhalb der EG — vom Mercedes-MBB-Konzern bis zu den Banken, die sich derzeit EG-weit durch Zukäufe vernetzen. Neue, europäisch dimensionierte Konzerne, flankiert von Forschungsprogrammen der EG-Kommission in den Bereichen Atomtechnologie, Weltraum- und Rüstungsforschung sowie Gentechnologie, sollen überlegene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten schaffen und technologische Ressourcen zusammenfassen.

Diese neue Phase der Multinationalisierung enthüllt zugleich die ökonomische Strategie, die der Entscheidung der europäischen Großkonzerne für den Binnenmarkt zugrunde liegt. Liberalisierungen und Fusionen bereiten auf eine verschärfte Konkurrenzsituation nach 1993 vor, und zwar nicht so sehr innerhalb der EG, sondern vor allem auf dem Weltmarkt. Die reale politische Option Binnenmarkt wird von den europäischen Unternehmensgruppen vermutlich heute schon in erster Linie defensiv begriffen: als Verteidigungskonzept gegen die verzweifelte Abwehroffensive eines von Schuldenlast und Desindustrialisierung gebeutelten US-Kapitals im Augenblick der nächsten Weltmarktdepression. Selbst wenn dieser erwartete Wirtschaftskrieg bis zu einer protektionistischen Zerfaserung des freien kapitalistischen Weltmarktes gehen sollte, wären vermutlich Kapitalgruppen der Größenordnung, wie sie derzeit entstehen, durchaus in der Lage, den Druck eines depressionsbedingten Welthandelsrückgangs und eines Verlustes von Marktanteilen an US-Anbieter nach einem neuerlichen Dollarsturz zu überstehen.

Ihr Rückzugsgebiet würde nicht nur den EG-Binnenmarkt selbst umfassen, sondern

auch eine relativ gesicherte weltwirtschaftliche Einflußzone, die sich die EG im Abkommen von Lomé mit den Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP-Staaten) sowie durch Assoziationsverträge und politisches Engagement im Mittelmeerraum und in Lateinamerika längst geschaffen hat.

Diese Strategie hat auch eine politische Dimension. Unbestreitbar schicken die führenden *bundesdeutschen Kapitalgruppen* sich an, unter Beteiligung führender Kapitalgruppen aus der EG die europäische Führungsposition zu erringen, die ihnen das Deutsche Reich in zwei imperialistischen Kriegen nicht zu erobern vermochte. Die bereits begonnene Militarisierung EG-Europas — von der deutsch-französischen Militärkumpanei bis zum jüngst erfolgten Beitritt Spaniens und Portugals zur WEU — verspricht westdeutschen Politikern nun auch einen unauffälligen Zugang zu atomarer Macht und politischer Weltgeltung, die der Bundesrepublik mit ihrer geschichtlichen Hypothek auf einzelstaatlicher Ebene verbaut blieb. Ähnlich wie im 19. Jahrhundert der »Norddeutsche Zollverein« dem Bismarck-Reich vorausging, zielt die EG-Politik der Bundesrepublik darauf ab, der ökonomischen Macht auch noch politische und militärische Macht als Teil eines »Dritten Blocks«, einer »Supermacht Europa« hinzuzugesellen.

Chancen oppositioneller Politik

Noch ist der Aufstieg dieser »Supermacht Europa« aufhaltbar. Die Einführung des Binnenmarkts wird — trotz des werbewirksamen Zieldatums 1992 — nur schrittweise erfolgen, und dieser Prozeß wird von schwerwiegenden Interessengegensätzen geprägt bleiben; immerhin sind so zentrale Fragen wie die »Harmonisierung« der Mehrwertsteuer, die Schaffung einer europäischen Zentralbank, die Verwirklichung von Freizügigkeit für unbeschäftigte Arbeitskräfte, der Umgang mit einzelstaatlichen Umwelt- und Sozialstandards bis heute offen.

Auch wenn es langwierig und mühsam ist: damit grenzübergreifend und, wo immer notwendig, EG-weit und darüber hinaus (Anrainer der Alpenregion, des Mittelmeers, der Nord- und Ostsee, von Rhein, Elbe usw.) wirksame Gegenkräfte entstehen, bedarf es der bewußt betriebenen Vernetzung zwischen Basisbewegungen und den aus ihnen hervorgegangenen Initiativen und Organisationen aller europäischen Länder.

Wo es so zentral wie in der EG-Entwicklung um den Bereich der Wirtschaft geht, rächt sich die historische Spaltung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Diese besteht heute zum einen aus einer sozialdemokratisch orientierten und vom DGB dominierten nordeuropäischen Organisationsfamilie, die zwischen (mehrheitlich) sozialpartnerschaftlicher Beteiligung an Modernisierungspolitik und (in einer Minderheit, die auf Grund des Konkurrenzdrucks wachsen dürfte) einer kämpferischen Politisierung zur Verteidigung ihrer Streikfähigkeit schwankt, und einer südeuropäischen Familie unter kommunistischer Dominanz, in der die Tradition heftiger Abwehrkämpfe von neuen Modernisierungshoffnungen als vorherrschender Orientierung abgelöst werden könnte. Zwischen beiden gibt es bis heute keine gewerkschaftliche Zusammenarbeit, die der weit fortgeschrittenen Internationalisierung auf der Kapitaleseite auch nur entfernt entspreche. Hier sind bewußte Anstrengungen erforderlich, um etwa

durch Solidaritätsaktionen anlässlich von wichtigen, über bloße Lohnanpassungen hinausgehenden Streiks eine kritische gewerkschaftliche und gewerkschaftsfreundliche Öffentlichkeit zu organisieren, um eine über die organisatorischen und inhaltlichen Begrenzungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes hinausreichende Debatte über zentrale Fragen der Gewerkschaftspolitik in Gang zu bringen und um einen kontinuierlichen Austausch zwischen kritischen GewerkschafterInnen aus unterschiedlichen Ländern und Gewerkschaftstraditionen zu organisieren.

Mit Ausnahme der Friedensbewegung, die in der vom Bertrand-Russell-Aufruf ausgehenden European Campaign for Nuclear Disarmament (END) ein gewisses Maß von — sogar blockübergreifender — Europäisierung entwickelt hat, ist die europäische Zusammenarbeit in den anderen Basisbewegungen weitgehend auf einige etablierte Verbraucher- und Umweltschutzverbände sowie auf einige in der Solidaritätsarbeit mit der sogenannten Dritten Welt operierende Initiativen beschränkt. Das Defizit mangelnder Vernetzung oppositioneller Gruppen kann nicht dadurch ausgeglichen werden, daß das EG-Parlament mit Haushaltsvollmacht, Gesetzgebungskompetenz und möglichst noch der Wahl einer EG-Regierung ausgebaut wird. Ganz abgesehen von Fragen des undemokratischen Wahlrechts (5 %-Klausel in der Bundesrepublik und in Frankreich, Mehrheitswahlrecht in Großbritannien) und dem taktischen Problem, daß gegenwärtig auf EG-Ebene eine dauerhafte Rechtsmehrheit zu erwarten ist: Ein Parlament, das nicht seinerseits von einer breiten kritischen Öffentlichkeit getragen und kontrolliert wird, kann nicht als ein wirksames demokratisches Kontrollorgan funktionieren.

Das zweite Gegenargument gegen eine derartige, oberflächlich plausible Strategie liegt darin, daß ein Übergang zu einem solchen EG-Parlament nichts weniger wäre als der Sprung in den europäischen Einheitsstaat, womit die politische Form einer europäischen Supermacht unvermittelt durchgesetzt wäre, während die Oppositionsbewegung dagegen marginal bliebe. Alle fortbestehenden Hemmnisse und Interessenkonflikte, die uns heute erst die nötige Zeit verschaffen können, um die Gegenkräfte für eine Politik des ökologischen, sozialen, feministischen und radikaldemokratischen Umbaus in Europa aufzubauen, wären damit vom Tisch gefegt. Daß im beschlossenen Kurzprogramm der *Grünen* zur EG-Wahl '89 die Kompetenzerweiterung des Europaparlamentes mit einer Kompetenzrückverlagerung in die Mitgliedstaaten zusammengedacht wird, ist auch Ausdruck dieser Überlegung.

Realistisch ist dagegen allein eine Strategie, die geradezu bei diesen Widersprüchen ansetzt, um Spielräume auch für eine grenzübergreifende, aber eben nicht von vornherein EG-weite Umbauroption offenzuhalten bzw. wiederherzustellen — und die die kritische Öffentlichkeit bzw. die demokratische Kontrolle in erster Linie dort aufsucht, wo sie heute schon zu haben sind: auf der mitgliedstaatlichen bzw. regionalen Ebene.

Wenn wir auf der westeuropäischen Ebene nicht auf Zentralisierung und Vereinheitlichung setzen, so bedeutet das keineswegs, daß wir umgekehrt den Rückzug in die einzelstaatlichen Grenzen fordern. Vielmehr gilt es, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß wirkliche Umbaumaßnahmen zunächst in einzelnen Ländern oder Staatengruppen

(Benelux, Skandinavien) mehrheitsfähig werden müssen, um dann in den jeweils möglichen internationalen Bündnissen, die sich nicht immer an die EG-Grenzziehung halten werden, grenzübergreifend umgesetzt werden zu können. Es gibt eine Alternative zum EG-Europa — ein Europa der *Blockauflösung*, der *Selbstbeschränkung*, der *Kooperation zwischen den Regionen* und der *internationalen Solidarität*, ein *Europa des gemeinsamen Umbaus*. Ein vollendeter ökologischer und sozialer, feministischer und basisdemokratischer Umbau kann nur die gemeinsame Anstrengung aller Völker und Staaten Europas sein; er ist weder in einem Europa der Blockspaltung noch in den Grenzen der EG noch beim derzeitigen wirtschaftlichen Macht- und Entwicklungsgefälle zwischen EG- und EWG-Staaten, zwischen Nord und Süd denkbar. Die Wirtschaftsentwicklung eines solchen anderen Europas müßte auf qualitative Ziele wie ökologische Schadensabwehr und Reparaturmaßnahmen sowie auf eine selektive Integration in den Weltmarkt mit dem Ziel langfristiger, wechselseitig vorteilhafter Austauschbeziehungen ohne Hegemonieanspruch ausgerichtet sein. Ort einer solchen Politik kann nur ein »gemeinsames Haus Europa« sein.

Anmerkung

- 1 Wir verzichten an dieser Stelle auf die Kritik am ökonomischen Entwicklungsmuster des »Wachstums durch Kommodifizierung«. Ein rein quantitatives Wachstum des Warenkonsums kann realwirtschaftlich durchaus eine Zunahme menschlichen Elends bedeuten.

Ottwald Demele

Sozialer Fortschritt — oder »Sozial-Dumping«?

Konsequenzen des EG-Binnenmarktes aus gewerkschaftlicher Sicht

Bisher gibt es nur wenige konkrete Vorstellungen oder gar einschlägige EG-Beschlüsse zu den sozialen Fragen der Schaffung des EG-Binnenmarktes. Soll aber die Herausbildung der »Vereinigten Staaten von Europa« auf freiwilliger Basis und mit breiter Zustimmung der Bevölkerung gelingen, so müssen in diesem Prozeß Kräfte freigesetzt werden, die den sozialen Fortschritt in allen Mitgliedsstaaten gleichzeitig fördern. Würden dagegen die Arbeitnehmer durch den EG-Binnenmarkt in eine scharfe Konkurrenz untereinander getrieben und der Binnenmarkt für einen massiven Sozialabbau in den fortgeschritteneren Ländern mißbraucht werden, wäre dieser europäische Einigungsversuch ebenso zum Scheitern verurteilt wie zuvor viele Versuche anderer Staaten.

Die ökonomischen Vorteile aus dem EG-Binnenmarkt — eine Basis für den weiteren sozialen Fortschritt?

Die wirtschaftlichen Vorteile des EG-Binnenmarktes beruhen neben der unmittelbaren Einsparung von Zeit und Geld beim Transport über die bisherigen Binnengrenzen hinweg vor allem auf der Herausbildung größerer einheitlicher Absatzmärkte. Einzelne Unternehmen können größere Stückzahlen produzieren, was auf Grund der daraus resultierenden Kosteneinsparungen zu Preissenkungen führen kann. Das wird zu Lasten anderer Anbieter (und ihrer Beschäftigten) gehen, die Marktanteile verlieren und u.U. ganz vom Markt verschwinden. Für die Arbeitnehmer ist es von entscheidender Bedeutung, wie sich die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Endeffekt auswirken wird. Diese Frage stellt sich freilich bei Produktivitätssteigerungen generell: *Positiv* ließe sich die mit der Ausweitung der Produktion erzielte höhere Arbeitseffektivität dazu nutzen, entweder die Massenkaukraft zu stärken, um so die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen zu verbessern oder die Arbeitszeit allgemein zu verkürzen. Auch die Verbesserung der Umweltbedingungen ließe sich so leichter finanzieren. Gelingt es jedoch nicht, eine Kombination dieser positiven Umsetzungsformen durchzusetzen, führt die beschleunigte Zunahme der Arbeitsproduktivität zu einem beschleunigten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Im *Cecchini-Bericht* zu den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes wird gerade diese *negative* Variante der Umsetzung einer rascher ansteigenden Arbeitsproduktivität in den ersten beiden Jahren des EG-Binnenmarktes für wahrscheinlich gehalten. Für die Zeit danach rechnen die Autoren dieses Berichtes mit positiven Beschäftigungswirkungen, ohne daß sie allerdings die dafür notwendigen Voraussetzungen deutlich benennen.

Dennoch schafft der durch den EG-Binnenmarkt beschleunigte Anstieg der Arbeitsproduktivität die ökonomische *Basis* dafür, daß die sozialen Standards in den EG-Staaten weiter angehoben werden *könnten*. Die ökonomischen Potenzen, die der EG-Binnenmarkt wahrscheinlich freisetzt, werden auch jenseits der EG-Grenzen hoch eingeschätzt. In den USA z.B. sprach man noch vor nicht allzu langer Zeit von der »Eurosklerose« (vgl. Demele/Ernst-Pörksen 1985, S.1093ff.). Nicht nur Europa, sondern gleich der gesamte atlantische Raum galt danach als »abgewirtschaftet«. Eine ökonomische Perspektive gestand man nur noch den Anrainer-Staaten des Pazifik zu. Auch zahlreiche bundesrepublikanische Autoren stimmten in den wirtschaftlichen Abgang Europas ein. Nachdem nun aber das Datum 1992 in das öffentliche Bewußtsein gerückt (worden) ist, scheinen z.B. die USA vor der heraufziehenden wirtschaftlichen Macht der EG-Staaten zu erschrecken. Von »Eurosklerose« mag plötzlich niemand mehr reden — weder diesseits noch jenseits des Atlantik!

Droht ein europäisches »Sozial-Dumping«?

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Debatte um den »Produktionsstandort Bundesrepublik« haben die Unternehmer im Hinblick auf die Schaffung des EG-Binnen-

marktes ihre Forderungen klar benannt: Nicht nur die Löhne sollen dem Niveau in den anderen EG-Staaten angeglichen werden; auch bei der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit müsse es in der Bundesrepublik für die nächste Zeit erst einmal eine »Pause« geben, bis die anderen Staaten aufgeholt hätten. Die Länge der Maschinenlaufzeiten sowie die Flexibilisierung der Arbeit werden ebenfalls als bedeutende Konkurrenzfaktoren in einem zukünftigen Europa reklamiert. Auch das bundesdeutsche Mitbestimmungsmodell müsse zur Disposition gestellt werden.

Wird das bundesrepublikanische Lohnniveau durch den EG-Binnenmarkt bedroht?

Die Bundesrepublik hat ein relativ hohes Lohnniveau. Der Lohn ist *einerseits* ein wichtiger Kostenfaktor — aber eben nur einer unter vielen — und bei weitem nicht der bedeutendste: Der Lohnanteil am Umsatz industrieller Unternehmen beträgt in der Bundesrepublik derzeit etwa 20 Prozent — bei weiter sinkender Tendenz. Hohe Lohnkosten bedeuten *andererseits* aber immer auch hohe Lohneinkommen, die wiederum für eine hohe Massenkaufräfte stehen. Droht nun die Gefahr, daß das Kapital massenhaft etwa nach Spanien oder Portugal verlagert wird, weil die Lohnkosten dort niedriger sind als hierzulande? Auch schon vor der durch den EG-Binnenmarkt ausgeweiteten Freizügigkeit des Kapitalverkehrs sind die Unternehmer der Bundesrepublik von niemandem daran gehindert worden, ihr Kapital in (marktwirtschaftlich organisierten) Staaten ihrer Wahl anzulegen. Die Erfahrung über viele Jahrzehnte hinweg hat gelehrt, daß das Kapital keineswegs einfach dorthin zieht, wo die Lohnkosten am niedrigsten sind. Tatsächlich ist bundesrepublikanisches Kapital weit überwiegend gerade dort investiert worden, wo ein in etwa vergleichbar hohes Lohnniveau — und damit eine hohe Massenkaufräfte — existiert. Um nur einige Länder-Anteile an deutschen Direktinvestitionen im Ausland zu benennen (in %, Stand: Ende 1985): USA: 30; Belgien/Luxemburg: 9,2; Frankreich: 8,3; Schweiz: 7,3; Spanien: 2,9. Auf die sogenannten Niedriglohnländer in Asien, Afrika und Südamerika zusammen entfielen ganze 12 Prozent!

Ein Blick auf die regionale Entwicklung innerhalb der Bundesrepublik bestätigt, daß die Höhe der Lohnkosten offenbar nicht der ausschlaggebende Standortfaktor sein kann: So ist das Lohnkostenniveau in Baden-Württemberg oder im Raum München ganz gewiß höher als etwa im Zonenrandgebiet oder in den norddeutschen Küstenregionen. Sonstige Rahmenbedingungen, wie Sozialgesetzgebung, Mitbestimmungsrechte, Arbeitszeiten (und damit Maschinenlaufzeiten) etc. sind in Nord- und Süddeutschland gleich. Zudem verfügen die angesprochenen norddeutschen Krisenregionen noch über den Vorzug einer finanziell gut ausgestatteten staatlichen Industriensiedlungspolitik. Dennoch zieht das Kapital innerhalb der Bundesrepublik nicht in die »billigen« Randgebiete, sondern in die verhältnismäßig »teuren« Ballungsgebiete. Ganz ähnlich verhält es sich z.B. in Italien: Obwohl die Regierung in Rom sich seit vielen Jahren bemüht, Investitionen in den unterentwickelten, »billigen« Süden des Landes zu lenken, investieren die Unternehmer nach wie vor fast ausschließlich im Norden.

Daß das bundesrepublikanische Kapital keineswegs massenhaft in sogenannte Niedriglohnländer verlagert wurde, hat mehrere Ursachen: Einerseits liegt das, wie er-

wähnt, an der Attraktivität des großen, zahlungskräftigen bundesrepublikanischen Marktes; andererseits aber auch an der hohen Qualität und Produktivität der Arbeit. Die bundesrepublikanischen Arbeitnehmer weisen nicht nur eine vergleichsweise hohe berufliche Qualifikation, sondern auch eine relativ hohe Motivation (Zuverlässigkeit, Arbeitsintensität etc.) auf. Außerdem verfügt die Bundesrepublik über eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur. Dies alles sind gewichtige Standort-Vorteile, die nach 1992 nicht plötzlich an Bedeutung verlieren. Insofern darf man die Prognose wagen, daß es durch den EG-Binnenmarkt nicht zu einem massiven Anstieg von Direktinvestitionen aus der Bundesrepublik in Niedriglohn-Regionen der EG kommen wird. Es läßt sich sogar die Vermutung begründen, daß bundesrepublikanische Direktinvestitionen in den EG-Staaten eher abnehmen könnten. Der zentrale Beweggrund für Auslandsinvestitionen, nämlich die Absatzsicherung im Ausland, wird an Bedeutung einbüßen, wenn es innerhalb der EG die Binnengrenze nicht mehr gibt.

Wegen der objektiven Vorzüge des Standortes Bundesrepublik kann die hiesige Wirtschaft sehr wohl auch weiterhin ein relativ hohes Lohnniveau verkraften. Insofern brauchen die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik eine Verschärfung der Lohnkonkurrenz der Sache nach nicht zu befürchten — wengleich die Arbeitgeber natürlich versuchen werden, das Gespenst drohender Produktionsverlagerungen zur Lohndrückerei nutzen zu können.

Arbeitszeitregelungen und Standortkonkurrenz

Die Kehrseite des abnehmenden Stellenwertes der Löhne als Kostenfaktor ist der rasche Anstieg der Kosten für das Anlage-Kapital. In der Chemischen Industrie z.B. ist der Kapitalaufwand je Arbeitsplatz zwischen 1970 und 1986 von etwa 80000 auf knapp 250000 DM gestiegen. Insbesondere für die mit hohem Kapitaleinsatz arbeitenden Unternehmen gewinnt die Frage der Nutzungszeit der immer kostspieligeren Anlagen und somit die Lage und Länge der Arbeitszeit an Bedeutung. Schichtarbeit, Samstags- und Sonntagsarbeit könnten so zu immer wichtigeren Faktoren bei der Standortwahl für kapitalintensive Unternehmen werden.

Deshalb ist damit zu rechnen, daß die Arbeitgeber verstärkt versuchen, die Arbeitnehmer zu Zugeständnissen bezüglich der Nutzungsdauer von technischen Anlagen, also z.B. zur Einführung von regelmäßiger Samstags- oder Sonntagsarbeit zu bewegen. Dabei kommt den Arbeitgebern die hohe — und regional sehr unterschiedlich verteilte — Arbeitslosigkeit zugute. Doch diese Probleme gibt es auch ohne den EG-Binnenmarkt. So versucht beispielsweise das Management in der Automobilindustrie die Belegschaften verschiedener Werke mit dem Lockangebot gegeneinander auszuspielen, daß ein erfolversprechendes — und damit Arbeitsplätze sicherndes — Modell in jenem Werk auf Band gelegt werde, in dem die Belegschaft als erste ihre Zustimmung zur regelmäßigen Samstagsarbeit gibt.

Hier sind die zuständigen Gewerkschaften gefordert: Es muß gelingen, nicht nur, wie bisher, im jeweiligen nationalen Rahmen, sondern nunmehr auch EG-weit bestimmte Mindeststandards der Arbeitsbedingungen durchzusetzen bzw. deren Ein-

haltung zu erzwingen. In diesem Sinne fordert der Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, daß auf europäischer Ebene Vereinbarungen etwa über das freie Wochenende und über die Arbeitszeiten durchgesetzt werden müßten (Steinkühler 1989). In letzter Konsequenz wären sogar europäische Tarifverträge denkbar, wie sie z.B. jüngst von der Vorsitzenden der ÖTV, Monika Wulf-Matthis, angesprochen worden sind. Sicher kommt es aber nicht darauf an, umgehend in allen Regionen der EG identische Rahmenbedingungen zu schaffen. Es muß aber gelingen, die Interessen der Arbeitnehmer in der EG so weit zu bündeln, daß nicht ein Konkurrenzkampf gegeneinander, sondern ein Kampf miteinander für die Durchsetzung gemeinsamer Interessen möglich wird.

Als aktuelles Beispiel für konkrete solidarische Aktionen über die Landesgrenzen hinweg kann der Fall der Firma Gillette angeführt werden: Das Management dieses Multis hatte massiv die Einführung der Samstagarbeit für das Werk Berlin gefordert. Durch die Ausweitung der Produktion in Berlin wäre jedoch das Gillette-Werk in Anancy (Frankreich) von der Schließung bedroht worden. Gegen den starken Widerstand der Konzernleitung ist es den Betriebsräten der betreffenden Werke mit Unterstützung der Gewerkschaften im Februar 1989 gelungen, den ersten gesamteuropäischen Betriebsrat zu gründen, der für eine gerechte Produktionsaufteilung sorgen und gegen Werkschließungen kämpfen soll.

Ist das bundesdeutsche Mitbestimmungs-Modell bedroht?

Die EG-Kommission hat drei Varianten der Mitbestimmung in Aktiengesellschaften nach europäischem Recht vorgelegt, unter denen die EG-Mitgliedsstaaten wählen können:

- die Mitbestimmung nach deutschem Modell in Form der Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat;
- ein betriebsverfassungsrechtlich organisiertes Modell, ähnlich dem Wirtschaftsausschuß in bundesrepublikanischen Unternehmen;
- ein tarifvertraglich verankertes Modell der Mitbestimmung auf Unternehmensebene.

Allerdings ist die »5. Richtlinie über die Struktur der Aktiengesellschaft sowie die Befugnisse und Verpflichtungen ihrer Organe«, die diese Wahlmöglichkeit enthält, noch nicht vom EG-Ministerrat verabschiedet. Verfolgt man die Debatte um den Produktionsstandort Bundesrepublik, so fällt auf, daß der vergleichsweise stabile soziale Friede (relativ reibungslose Beilegung von betrieblichen Konflikten, wenige Streiks) als einer seiner herausragenden Vorzüge benannt wird — und zwar sowohl von beiden Tarifparteien als auch von der jetzigen Bundesregierung. Sowohl der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Blüm, als auch Bundeskanzler Kohl haben mehrmals öffentlich versichert, daß das bundesrepublikanische Mitbestimmungsmodell auch im Rahmen der EG nicht angetastet werden dürfe.

Auf Grund der genannten Fakten kann man davon ausgehen, daß das deutsche Mitbestimmungsmodell weitgehend unberührt bleibt. Eine baldige Übertragung dieses

Modells auf andere EG-Länder wird es allerdings kaum geben. Viele Gewerkschaften außerhalb der Bundesrepublik wollen dies nicht, weil ihnen die bundesdeutsche Mitbestimmung als zu stark partnerschaftlich ausgelegt erscheint. Besteht dann aber nicht die Gefahr der »Flucht aus der deutschen Mitbestimmung« durch einfache Verlegung des Firmensitzes in eines jener EG-Länder, die eine schwächere Form der Mitbestimmung anwenden? Diese Gefahr wird vor allem im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Firmenzusammenschlüssen gesehen, wie sie jetzt — in Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt — verstärkt zu beobachten sind. Eine solche »Flucht aus der deutschen Mitbestimmung« ist nur dann denkbar, wenn man unterstellt, daß dieses Mitbestimmungsmodell den hiesigen Unternehmen lediglich (umständliche) Abstimmungsprobleme und Kosten, nicht aber auch einen erheblichen Nutzen verursacht.

Um zu verhindern, daß in der Bundesrepublik Unternehmen mit zum Teil ganz unterschiedlichen rechtlichen Normen unmittelbar nebeneinander existieren, muß dafür gesorgt werden, daß für alle Betriebe innerhalb der Bundesrepublik das deutsche Mitbestimmungsmodell gilt — und zwar unabhängig davon, wohin die Konzernleitung den Sitz des Unternehmens auch verlegt haben mag.

Angleichung der Sozialstandards in der EG

Gerade in den reicheren EG-Staaten wird häufig die Forderung danach erhoben, daß die weniger entwickelten EG-Staaten möglichst rasch zum Niveau der reicheren Partnerstaaten aufschließen müßten, und zwar bei den Löhnen und bei der Arbeitszeit ebenso wie beim Arbeitsrecht etc. Die Kolleginnen und Kollegen in den ärmeren Nachbarstaaten sollten daher Unterstützung erhalten in ihrem Kampf um die Verbesserung ihrer Lage. Unbewußt scheint diese Unterstützung manchmal darauf hinauszulaufen, den Arbeitnehmern in den reicheren Staaten faktisch einen relativen Vorsprung sichern zu wollen. Stellvertretend für eine Reihe ähnlicher Aussagen sei hier ein Zitat von *Däubler* angeführt:

»Solange unterschiedliche Lohnkosten bestehen, existiert überdies ein elementares Eigeninteresse der Gewerkschaften aus den 'reicheren' Mitgliedstaaten, ihre Partnerorganisationen aus den weniger entwickelten Teilen der Gemeinschaft nach Kräften zu unterstützen — ein gut ausgebautes Arbeitsrecht in Großbritannien oder Portugal schützt vor Produktionsverlagerung und macht deutsche Arbeitsplätze sicherer.« (*Däubler* 1988, S.466)

Dieser Kampf um Industrieansiedlungen mit anderen Mitteln ist keine Unterstützung der gewerkschaftlichen Partnerorganisationen. Die bundesrepublikanischen Arbeitnehmer haben ihren heutigen, vergleichsweise hohen Stand an sozialer Sicherheit erst auf Basis einer sehr hohen Produktivität der Arbeit erkämpfen können; wie sollten die Arbeitnehmer in den weniger entwickelten EG-Ländern dieselben Erfolge ohne eine vergleichbare produktive Basis in Konkurrenz mit technisch fortgeschritteneren EG-Mitgliedstaaten erkämpfen können?

Sofern eine (zumindest mittel- oder langfristige) Angleichung der sozialen Standards gewollt wird, ist es unumgänglich, über den konkreten Weg dorthin nachzudenken. Die Position der IG-Chemie hierzu stellt ihr Vorsitzender, *Hermann Rappe*, klar, wenn er sagt, daß

»der soziale Standard in der Bundesrepublik ... auch nach 1992 erhalten bleiben [müsse, daß] das soziale Niveau in andere EG-Ländern schneller wachsen [müsse], um ein hohes Niveau zu erreichen. In der Bundesrepublik müsse sich dieser Prozeß verlangsamen: 'Über einen Sozialabbau kann man mit uns nicht reden, aber über ein langsames Wachstum, darüber müssen wir sprechen.'*» (Rappe 1988)*

Die Ansicht, daß es zu einer Angleichung der sozialen Standards nur dann kommen werde, wenn das Entwicklungstempo in der Bundesrepublik zwar nicht, wie es die Arbeitgeber fordern, zeitweilig gestoppt, wohl aber vorübergehend verlangsamt wird, ist sicherlich nicht unumstritten. Denkbar wäre es auch, die durch die Schaffung des Binnenmarktes zusätzlich freiwerdenden Ressourcen zum größeren Teil den ärmeren EG-Staaten zukommen zu lassen, um so deren Entwicklung zu beschleunigen. Auf diese Weise wäre eine Angleichung der sozialen Standards denkbar, ohne daß das Entwicklungstempo etwa in der Bundesrepublik gedrosselt würde. Die von Rappe ins Gespräch gebrachte Möglichkeit der zeitweiligen Drosselung des Entwicklungstempos in den reicheren und fortgeschritteneren Ländern der EG könnte leicht zu einer Gefahr für die Akzeptanz und damit für die Existenz der EG überhaupt werden.

Schlußbemerkungen

Die Frage, ob der Binnenmarkt zu weiterem sozialen Fortschritt oder zum Sozialabbau in den fortgeschritteneren Ländern Europas führt, wird nicht durch den EG-Binnenmarkt an sich, sondern im Rahmen sozialer Auseinandersetzungen entschieden. Es kommt darauf an, positive Strategien zur Umsetzung ökonomischer Vorteile in sozialen Fortschritt zu entwickeln. — Natürlich versuchen die Arbeitgeber im Verbund mit den konservativen Regierungen, soziale Zugeständnisse unter dem Deckmantel EG wieder zurückzunehmen. Doch auch die Amtszeit konservativer Regierungen ist endlich. Bietet dann ein zusammenwachsendes Europa nicht eine gute Chance für eine sozialdemokratisch geführte Wirtschafts- und Sozialpolitik? Wer eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mit dem Ziel des qualitativen Wachstums und der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durchsetzen will, kann die Schaffung des EG-Binnenmarktes letztlich nur begrüßen: Der EG-Zusammenschluß vereinigt 320 Millionen Einwohner mit einer vergleichsweise hohen Kaufkraft — und eine moderne Industriestruktur. Je größer aber der Binnenmarkt und je breitgefächerter das interne Warenangebot, desto wirkungsvoller kann eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik gestaltet werden (vgl. Demele/Schöller 1986). So gesehen, verbessert die Herausbildung des Binnenmarktes die Rahmenbedingungen für eine sozialorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa.

Literaturverzeichnis

- Blüm, N., 1988: In: Handelsblatt vom 30.12.
Däubler, W., 1988: Europäischer Binnenmarkt und Gewerkschaftspolitik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 8
Demele, O., und M. Ernst-Pörksen, 1985: Eurosklerose: ein amerikanischer Traum. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9
Demele, O., und W. Schöller, 1986: Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik und außenwirtschaftliche Absicherung. In: Jahrbuch für Sozialökonomie und Gesellschaftstheorie
Rappe, H., 1988: In: Handelsblatt vom 9.9.
Steinkühler, F., 1989: In: Handelsblatt vom 20.1.

Udo Rehfeldt

Konvergenz der Gewerkschaftsstrategien in Westeuropa?

Ein italienisch—französisch—deutscher Vergleich

Trotz der nationalen Unterschiede sowohl der sozio-ökonomischen Strukturen wie der politisch-kulturellen Traditionen läßt sich seit Mitte der siebziger Jahre eine Konvergenz der Systeme der »industriellen Beziehungen« und der Strategien der Gewerkschaften in westeuropäischen Länder feststellen. Dies ist die Hauptthese dieses Aufsatzes, der sich auf eine vergleichende Analyse der Gewerkschaften in drei Hauptländern des Kontinents stützt: BRD, Frankreich und Italien. (Diese These läßt sich auch in anderen EG-Ländern nachweisen, wobei allerdings Großbritannien immer noch eine Sonderrolle einnimmt.)

Eine solche Annäherung der strategischen Optionen ist allerdings nur zu einem verschwindend geringen Teil auf eine Intensivierung des grenzüberschreitenden gewerkschaftlichen Diskussionsprozesses zurückzuführen. Immer noch werden gewerkschaftliche Strategien wesentlich im nationalen Rahmen ausgearbeitet. Die Kenntnis der Probleme und Strategien der Gewerkschaften der jeweiligen Nachbarländer bleibt trotz wiederholter verbaler Bekenntnisse zur europäischen Einigung und zur internationalen Solidarität gering. Von einer internationalen Abstimmung gewerkschaftlicher Programmatik und Praxis kann kaum gesprochen werden. Es waren vielmehr in erster Linie die wirtschaftlichen Veränderungen und Entwicklungstendenzen, die zu der genannten Angleichung der Gewerkschaftsstrategien geführt haben.

In der Tat fällt die Konvergenz der Gewerkschaftsstrategien zeitlich zusammen mit der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise, der Intensivierung des wirtschaftlich-technologischen Strukturwandels und dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa. Die Angleichung der gewerkschaftlichen Reaktionsweisen läßt sich in erster Linie durch die Angleichung der ökonomischen Rahmenbedingungen erklären, die die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern vor tendenziell gleichartige Probleme stellt. Sie ist damit auch ein Ergebnis des ökonomischen Internationalisierungsprozesses und der Verschärfung der internationalen Konkurrenz: Der europäische Integrationsprozeß ist nur ein Element in diesem Internationalisierungsprozeß, dessen Auswirkungen sich ebenso intensiv in Nicht-Mitgliedsländern der EG nachweisen lassen. Auf Grund einer historischen Analyse, die an dieser Stelle nicht ausgebreitet werden kann, läßt sich die These aufstellen, daß die großen »Schocks« des Internationalisierungsprozesses für die Gründungsländer der EG in den sechziger und siebziger Jahren stattgefunden haben und daß die »Vollendung des europäischen Binnenmarktes« in der Perspektive von 1992 Geschwindigkeit und Qualität des Internationalisierungsprozesses kaum wesentlich verändern wird. Ganz sicherlich wird jedoch das Bewußtsein dieses Prozesses zunehmen, und dadurch kann der »Horizont 92« möglicherweise zu einem Katalysator nun

auch für eine bewußte Vereinheitlichung und Koordination der europäischen Gewerkschaftsstrategien werden.

Die entscheidende und permanente Herausforderung für die Gewerkschaften in Europa ist die Wirtschaftskrise. Ihr Niederschlag auf die einzelnen Länder ist durch den Grad und Typus der jeweiligen Weltmarktverflechtung modifiziert. Entscheidend ist jedoch, daß die traditionellen staatlichen Maßnahmen zur Gegensteuerung nicht mit dem gleichen Erfolg wie früher durchgreifen bzw. gar nicht mehr eingesetzt werden. Auch die Gewerkschaften verfügen über kein tragfähiges alternatives Konzept zur Überwindung der Wirtschaftskrise. (»Tragfähig« meint hier: ein Konzept, das die herrschenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in das Kalkül einbezieht — also nicht das langfristige Ziel einer Umwälzung der Produktionsverhältnisse ohne unmittelbare Realisierungschance.) Überall sind die Gewerkschaften gegenüber dem Vormarsch des Neoliberalismus in der Defensive und können nur ein Mischkonzept propagieren, das die Krise des fordistisch-keynesianischen Entwicklungsmodells der Massenproduktion feststellt, jedoch bestimmte Elemente einer »gemischten Wirtschaft« (soziale Sicherung, Staatsintervention etc.) bewahren will. Andererseits sind sie zu gewissen Zugeständnissen gegenüber dem Kapital bereit, die ihm durch »Modernisierung« die Anpassung an die veränderten ökonomischen Bedingungen und damit eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erleichtern sollen. Dieses Angebot der partiellen Akzeptierung des ökonomischen Anpassungszwanges, verbunden mit der Forderung von Gegenleistungen in Form von wirtschaftlichen Strukturformen und sozialen Bestandsgarantien, ist von verschiedenen Theoretikern mit dem Konzept des »politischen Tauschs« beschrieben worden. Nicht zufällig handelt es sich hierbei vor allem um Analysen des italienischen Falles, der deshalb für eine theoretisch-vergleichende Analyse so ergiebig ist, weil die italienischen Gewerkschaften die Inhalte eines solchen politischen Tauschs expliziter artikuliert haben als andere. Aus diesem Grund beginnen auch wir mit der Darstellung der Entwicklung in Italien.

Laboratorium Italien

Die wachsende Weltmarktverflechtung und die relative Schwäche des italienischen Kapitalismus mit ihrem Niederschlag eines chronischen Zahlungsbilanzdefizits waren ein wesentlicher Auslöser für die strategische Umorientierung der italienischen Gewerkschaften von der Rätegewerkschaft des »heißen Herbstes« 1969 zur Praxis der Verhandlung und Konzertierung mit Unternehmern und Regierung auf höchster Ebene. Zweifellos hat die Politik der kommunistischen Partei in der Phase der Quasi-Beteiligung an den Regierungen der »nationalen Einheit« (1976-79) die gewerkschaftliche Umorientierung beeinflußt. Es handelt sich jedoch nicht um einen mechanischen Parallelismus, sondern um eine genuin gewerkschaftliche Konzeption, die aus der seit 1972 bestehenden organischen Gewerkschaftseinheit der drei Richtungsgewerkschaften heraus entstanden ist. Das Angebot einer »Politik der Opfer« als gewerkschaftlicher Beitrag für die Sanierung der Wirtschaft und für die Beschleunigung des Modernisierungsprozesses (insbesondere des Mezzogiorno) ist erstmals im Januar 1978 auf einer gemein-

samen Gewerkschaftskonferenz von CGIL, CISL und UIL in EUR (einem Vorort von Rom) formuliert worden. Die dort verabschiedete Verhandlungsplattform hatte als »EUR-Linie« eine prägende Kraft für die gewerkschaftliche Orientierung der folgenden Jahre. In gewisser Hinsicht kann sie als eine Konkretisierung der vom damaligen PCI-Generalsekretär Berlinguer propagierten »Austerität von links« interpretiert werden, und in der Tat war sie vor allem das Ergebnis einer strategischen Umorientierung der CGIL, also der kommunistischen Komponente des italienischen Gewerkschaftswesens. (Die beiden anderen Gewerkschaften hatten im Bereich der wirtschaftspolitischen Konzertierung schon eine längere Tradition, die sich bis auf die Programmierungsversuche der Mitte-Links-Regierungen der sechziger Jahre zurückverfolgen lassen.)

Die »EUR-Linie« von 1978 enthielt unter anderem die folgenden gewerkschaftlichen Konzessionsangebote:

1. eine Mäßigung der Lohnerhöhungen (erstmalig wurde das Prinzip anerkannt, wonach die Löhne dem Produktivitätswachstum zu folgen haben);
2. eine Begrenzung der öffentlichen Defizite (vor allem durch eine Anhebung der öffentlichen Tarife);
3. eine Mobilität der Arbeitskräfte (im heutigen Jargon hieße dies: »Flexibilität«).

Die Gegenforderungen der Gewerkschaften betrafen neben der Förderung der Entwicklung des Mezzogiorno vor allem eine selektive Investitionsförderung sowie eine Steuerreform insbesondere zur Bekämpfung der von den Mittelklassen systematisch praktizierten Steuerhinterziehung.

Dieses Angebot eines Austeritäts- und Modernisierungspaktes überdauerte auch den Austritt des PCI aus der Koalition der nationalen Einheit im Frühjahr 1979. An der Unterwerfung unter das »Diktat der Zahlungsbilanz« änderte auch der vom PCI abgelehnte Beitritt Italiens zum Europäischen Währungssystem 1978 nichts, der zum Teil offen damit motiviert wurde, den außenwirtschaftlichen Druck auf die Gewerkschaften zur Akzeptierung einer Anti-Inflationspolitik zu verstärken und eine Rückkehr zu den bisherigen Formen des Verteilungskampfes unmöglich zu machen.

Es ist nicht verwunderlich, daß der Unmut an der gewerkschaftlichen Basis insbesondere in den historischen Zentren der Gewerkschaftskämpfe (metallverarbeitende Großindustrie des Nordens) gegen die Konzessionsbereitschaft der Gewerkschaftsführung rasch wuchs. Die CGIL hielt dennoch an ihr fest, vor allem, um die gewerkschaftliche Einheit nicht zu gefährden. Offiziell wurde schließlich 1981 die EUR-Linie von der Einheits-Föderation CGIL-CISL-UIL fallen gelassen, doch schon zwei Jahre später erlebte die Philosophie der EUR-Linie ein »Come-back« in Form des Dreiecksabkommens vom 22. Januar 1983 zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und christdemokratischer Regierung. Verabredet wurde eine Reduktion des automatischen Inflationsausgleichs der Löhne (»Scala mobile«) im Tausch gegen eine Reihe von Sozial- und Fiskalreformen.

Es erwies sich jedoch sehr rasch, daß die Regierung nicht imstande (bzw. nicht gewillt) war, ihre Reformversprechungen zu erfüllen, während sich auf der Gewerkschaftsseite erneut der Unmut an der Basis verstärkte. Der innergewerkschaftliche

Druck war diesmal so stark, daß die CGIL anläßlich des Versuchs einer Neuauflage des Sozialpaktes im folgenden Jahr (sog. San-Valentino-Abkommen vom 14.2.1984) ihre Unterschrift von der Konsultation der Gewerkschaftsbasis abhängig machte. Diese Entscheidung führte zum Bruch der Gewerkschaftseinheit und zur Auflösung der Föderation CGIL-CISL-UIL. Die Trennungslinie ging sogar mitten durch die CGIL, weil die sozialistische Minderheit in der Gewerkschaft das Vorhaben des sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi unterstützte, den Kern des Abkommens, nämlich eine weitere Kürzung des Lohnausgleichs per Regierungsdekret durchzusetzen. Demgegenüber unterstützte die prokommunistische Mehrheit das vom PCI initiierte Referendum gegen das Regierungsdekret. Die zwar knappe, aber dennoch entscheidende Niederlage der Linken (54 % Nein-Stimmen) brachte schließlich die CGIL auf einen Kurs der Verhandlungen und der gewerkschaftlichen Einheit zurück.

Auch auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen CGIL und CISL-UIL hat es auf seiten der CGIL an Versuchen der Wiederherstellung einer gemeinsamen Position nicht gefehlt. Es verwundert daher nicht, daß die drei Gewerkschaftsbünde rasch neue gemeinsame Verhandlungsplattformen erstellen konnten. Dabei wurden einige Lehren aus dem Scheitern der »neo-korporatistischen« Dreiecksverhandlungen gezogen: Verhandelt wird nunmehr getrennt mit den Unternehmerverbänden auf der einen, mit der Regierung auf der anderen Seite. Im Kreuzfeuer der Kritik der gewerkschaftlichen Basis stand auch die extreme Zentralisierung der Verhandlungen. Als Konsequenz wird nunmehr eine Dezentralisierung auf Branchen- und Firmenebene propagiert, was jedoch Verhandlungen auf der Ebene der Gewerkschaftsbünde keineswegs ausschließt.

Wie die neuerlichen Auseinandersetzungen innerhalb der CGIL zeigen, sind die Konflikte um die Grundorientierungen (Zentralisierung vs. Dezentralisierung, Verhandlungen vs. Autonomie usw.) längst nicht beigelegt und werden auch in Zukunft das Auf-und-Ab der Beziehungen der Gewerkschaften untereinander sowie zu Staat und Unternehmern bestimmen. Gleichwohl wird hier die These vertreten, daß der Modernisierungskompromiß ein tragendes Element der italienischen Gewerkschaftsstrategien bleibt, auch wenn er sich zunehmend auf die Ebene der Branchen und Unternehmen verlagert hat. Als Belege für diese These seien genannt: das sogenannte IRI-Protokoll vom Dezember 1984 (ein Abkommen zwischen den drei Gewerkschaften und der Leitung der Staatsholding IRI; dem analoge Abkommen mit den Holdings ENI und EFIM folgten), das Alfa-Lancia-Abkommen vom Mai 1987, die Branchentarifverträge von 1987 (vor allem die der Metall- und Textilindustrie). Alle diese Abkommen enthalten eine Reihe prozeduraler Rechte der Gewerkschaften zur Abstimmung und Kontrolle der ökonomischen und technologischen Umstrukturierung, insbesondere ihrer potentiellen Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen und Beschäftigung.

Informations- und Konsultationsrechte waren in Italien zwar schon in den siebziger Jahren ausgehandelt worden, doch blieben diese oft formell und inhaltlich folgenlos. Demgegenüber besteht die neue Qualität der oben genannten Abkommen in der Konstitution einer Reihe von paritätischen Kommissionen sowie (im Falle der staatlichen Holdingunternehmen) von Mechanismen der »Konfliktabkühlung« und Konfliktlösung.

Nach einer Periode der strikten Ablehnung des deutschen Modells der Mitbestimmung (zuletzt anlässlich des Versuchs der EG-Kommission, einheitliche Mitbestimmungsformen für europäische Unternehmen einzuführen) zeigen sich die italienischen Gewerkschaften augenblicklich sehr an den konkreten Erfahrungen mit diesem Modell interessiert. Tatsächlich ähnelt das IRI-Protokoll in mancher Hinsicht dem deutschen Mitbestimmungsmodell. Doch bleiben entscheidende Unterschiede erhalten: Die Unternehmensleitung ist direkt mit Gewerkschaftsvertretern konfrontiert, und im Falle des Scheiterns der Konzertierung bleibt die Streikwaffe auch innerbetrieblich zur Disposition.

Eine Reihe von Indizien Sprechen dafür, daß die CGIL auch unter ihrem neuen Generalsekretär *Bruno Trentin* nicht vom Kurs des Modernisierungskompromisses abgehen wird. Trentin, der im November 1988 den zurückgetretenen Generalsekretär Pizzinato abgelöst hat, ist eine historische Figur der Fabrikrätebewegung von 1969 (er war damals Generalsekretär der Metallarbeiter). Von daher besitzt er das Vertrauen der an den Werten der Arbeiterautonomie orientierten Basis. Andererseits ist er ein unbedingter Verfechter der Gewerkschaftseinheit sowie des »Artikulierten Verhandlungssystems«. Rechnet man hinzu, daß er dezidiert Anhänger der europäischen Integration ist, so ermißt man, daß er relativ gute Aussichten hat, den Konflikt innerhalb der CGIL zwischen »Autonomisten« und »Modernisten« zu dämpfen. Trentins eigene Grundvorstellung ist die eines »Solidaritätspaktes zwischen den Arbeitern« mit dem Ziel, die durch die Internationalisierung und den technologischen Wandel akzentuierte Segmentierung der Interessenanlagen zu überwinden. Eine einigermaßen erfolgreiche Verhandlung und Kompromißfindung hat die Wiedergewinnung dieser fundamentalen Einheit der Lohnabhängigen zur Vorbedingung.

Mißratene Anpassung in Frankreich

Es mag etwas überzogen erscheinen, auch die französischen Gewerkschaften in die Bewegung in Richtung auf einen Austeritäts- und Modernisierungskompromiß einordnen zu wollen. In der Tat hat sich die größte französische Gewerkschaft, die CGT, selber aus einem solchen Prozeß ausgegrenzt. Dabei war sie in der Phase der kommunistischen Regierungsbeteiligung von 1981 bis 1984 zumindest einem Modernisierungskompromiß durchaus aufgeschlossen (zumindest einige ihrer Komponenten). Permanent hingegen war der Widerstand gegen jegliche Form der Austeritätspolitik. Es war dann auch der »Härteplan« von Wirtschaftsminister Delors, der PCF und CGT zunehmend in die Opposition drängte. Das erstaunliche dabei war, daß die Sozialisten der Linksregierung in jakobinisch-technokratischer Überheblichkeit es anfangs nicht für nötig befunden hatten, ihre Modernisierungspolitik oder den Übergang zur Austeritätspolitik in Form von echten Verhandlungen mit den Gewerkschaften abzustimmen. Die Idee, Unternehmer und Gewerkschaften zu gemeinsamen Verhandlungen zu bewegen, kam erst auf, als es bereits zu spät war, sich die Lage der Lohnabhängigen erneut verschlechtert hatte und dazu noch über Forderungen des mit ständig wachsendem Selbstbewußtsein auftretenden Unternehmertums verhandelt werden sollte.

Allein die linkskatholisch-sozialistische Gewerkschaft CFDT vertrat von Anbeginn des sozialistischen Experiments an die Notwendigkeit eines Austeritäts- und Modernisierungspaktes. Die Vorstellungen der CFDT waren dabei ganz offensichtlich vom italienischen Beispiel inspiriert — seit den siebziger Jahren bildet die CGIL eine Art Modell für den Weg zur Erreichung des Fernziels der Erringung der gewerkschaftlichen (und gesellschaftlichen) Hegemonie durch die CFDT. Auf dem Gewerkschaftskongreß von Metz (1982) wurde das Angebot eines politischen Tausches unter der Losung »neue Solidarität« verbindlich formuliert: Das Ziel der Erhaltung der Arbeitsplätze erfordert die Akzeptierung des Modernisierungszwanges. Die Wettbewerbsfähigkeit muß über die Einführung neuer, produktivitätssteigernder Technologien in Verbindung mit neuen Formen der Arbeitsorganisation etc. verbessert werden. Als Gegenleistung werden Arbeitszeitverkürzungen und kompensatorische Maßnahmen (Investitionsförderung im Tertiärbereich, Sozial- und Fortbildungsverträge bei Umstrukturierungen usw.) gefordert. Bei der Arbeitszeitverkürzung ist die CFDT sowohl zur Arbeitszeitflexibilisierung bereit als auch zum Verzicht auf vollen Lohnausgleich für Höherverdienne. Im Laufe der achtziger Jahre zeigte sich immer deutlicher, daß das CFDT-Konzept der »Solidarität« in vieler Hinsicht in der katholischen Soziallehre verwurzelt und von daher eigentlich näher mit den Orientierungen der italienischen CISL als mit denen der CGIL verwandt ist. Unter dem Leitmotiv der »Anpassung« der Gewerkschaft an die veränderte ökonomische Situation kehrt die CFDT im Grunde zu ihren strategischen Orientierungen der frühen sechziger Jahre zurück, also vor der Entdeckung der Selbstverwaltung (»autogestion«) im Zuge des Pariser Mai 1968. Die CFDT partizipiert dabei an der allgemeinen (Wieder-)Entdeckung des »Unternehmens« als positivem Bezugspunkt. Der seit Dezember 1988 abgelöste Generalsekretär Edmond Maire hat selber noch die intellektuelle Vorreiterrolle für die strategische Wende der Gewerkschaft übernommen. Die von ihm vertretene »Theorie der zwei Logiken« ist nunmehr für alle Mitglieder verbindlich. Sie besagt, daß sich innerhalb des Unternehmens zwei konfligierende, aber dennoch gleichermaßen legitime Logiken manifestieren: die des Unternehmers im ökonomischen Bereich sowie die der Beschäftigten (und ihrer gewerkschaftlichen Vertreter) im sozialen Bereich. Erkennen beide die Legitimität der anderen an, ist die Vorbedingung für eine »konfliktuelle Kooperation« gegeben. Der Streik ist eine »archaische Mythologie«. Er ist überholt, und die Gewerkschaften sind angeraten, ihn durch Verhandlungen bzw. Konzertierungen zu umgehen. — Bei den Verhandlungen über die »Flexibilität« im Dezember 1984 hat die CFDT erfahren müssen, wie schwierig es ist, die neuen Konzeptionen in die Praxis umzusetzen: Nachdem ein Vertrag mit dem Unternehmerverband bereits von allen Gewerkschaften (mit Ausnahme der CGT) unterzeichnet war, mußte die CFDT auf Grund des Druckes ihrer eigenen Basis, die das Verhältnis von Konzessionen und Gegenleistungen für ungenügend befand, wieder zurückziehen. Das Trauma dieses Scheiterns hat seither alle Tarifverhandlungen geprägt und die CFDT zu einer etwas vorsichtigeren Taktik veranlaßt, selbst wenn an den strategischen Grundorientierungen nicht gerüttelt wurde und auch tatsächlich eine Reihe von Tarifverträgen unterzeichnet werden konnten, in denen bestimmte gewerkschaftliche Konzessionen festgeschrieben wurden.

Es ist jedoch zu fragen, welchen Stellenwert die Konzessions- und Kompromißstrategie der CFDT haben kann, solange es ihr nicht gelingt, den gewerkschaftlichen Erosionsprozeß aufzuhalten. In der Tat hat sich das Stärkeverhältnis zwischen CFDT und CGT nicht wesentlich verändert, allerdings ist insgesamt der gewerkschaftliche Organisationsgrad, der ohnehin schon ein Schlußlicht innerhalb Europas bildet, noch weiter zurückgegangen und liegt heute bei 15 Prozent. Der Traum, die CGT als hegemoniale Gewerkschaft abzulösen, hat sich nicht erfüllt, vielmehr ist die CFDT dabei, von der FO auf den dritten Platz verdrängt zu werden. Die traditionell sozialpartnerschaftlich ausgerichtete FO hat paradoxerweise in der Periode der Linksregierung davon profitiert, als »Nicht-Regierungsgewerkschaft« zu gelten, und hat als einzige Gewerkschaft ihre Mitgliederzahl erhöhen können. In jüngster Zeit kann man geradezu von einer Rückbesinnung der FO auf die anarcho-syndikalistische Tradition sprechen, was die gemeinsamen historischen Wurzeln mit der CGT zum Vorschein treten läßt. Der in einer Kampfabstimmung gewählte neue Generalsekretär Marc Blondel versteht sich als Verfechter des »Protestsyndikalismus« und lehnt gewerkschaftliche Ausrichtungen wie die der CFDT als »Begleitungsgewerkschaftstum« ab. Sollte sich diese Neuorientierung der FO in der Zukunft auch in der Praxis bestätigen, wäre der gemeinsamen Front der »reformistischen« Gewerkschaften CFDT-FO-CGC-CFTC ein wichtiger Partner entzogen, der bisher den verhandelten Kompromissen eine quantitative Legitimität gegenüber der isolierten CGT gab. Auf jeden Fall scheint die mehrfach erwogene Perspektive einer Fusion von CFDT und FO auf lange Sicht ausgeschlossen.

Diese summarischen Betrachtungen über Lage und Strategien der französischen Gewerkschaften erheben nicht den Anspruch, das gesamte gewerkschaftliche Spektrum abzudecken. Untersucht wurden allein die Tendenzen, die sich in allgemeine Bewegung in Richtung auf einen Austeritäts- und Modernisierungskompromiß einordnen lassen. Die Frage der real existierenden gewerkschaftlichen Alternativen wurde dabei ebenso ausgeklammert wie die neuerlichen außergewerkschaftlichen Alternativen in Form von »Streikkoordinationen«, die anlässlich der Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst aufgetaucht sind. Diese Bewegungen sind nicht eindeutig zu interpretieren. Sie drücken ganz sicherlich das Bedürfnis der Interessenartikulation bisher weitgehend sowohl von den Gewerkschaften wie von den Links- und Rechtsregierungen vernachlässigten Sektoren aus. Gleichzeitig enthalten sie jedoch auch negative Tendenzen partikular-»korporatistischer« Natur, wie sie zur gleichen Zeit in einigen der Cobas-Bewegungen in Italien in Erscheinung getreten sind. Anders als die italienische CGIL, die diese Bewegungen verurteilt, soweit sie den »allgemeinen« Interessen der Lohnabhängigen widersprechen, hat die französische CGT versucht, sich zum Sprecher der Basisbewegungen aufzuschwingen, ohne daß jene jedoch dies im entsprechenden Maße honoriert hätten.

Das Bild der französischen Gewerkschaftsbewegung erscheint damit insgesamt desolat und die Gewerkschaften selber — wie in einer Tragödie von Corneille — in einem schier ausweglosen Dilemma verstrickt: Die CGT vertieft ihre Isolation und baut auf eine Verschärfung und Ausweitung bisher sektoral getrennter Streikbewegungen. Die anderen Gewerkschaften bauen eher auf die bei vielen Lohnabhängigen des privaten

Sektors feststellbare Kompromißbereitschaft mit dem Ziele der Sicherung der Arbeitsplätze.

Die italienische Erfahrung hat gezeigt, wie schwierig der Pfad der Durchsetzung einer Strategie des »politischen Tausches« ist und welches die Gründe der bisherigen Mißerfolge waren. Eines jedoch ist sicher: Eine solche Strategie hat nur dann einigermaßen Aussicht auf Erfolg, wenn sie von allen Gewerkschaften mitgetragen wird. Mit anderen Worten: Vor dem Aushandeln eines Kompromisses mit Kapital und Staat muß ein gemeinsames Angebot, d.h. ein Kompromiß zwischen den Richtungsgewerkschaften und damit ein Pakt zwischen den Lohnabhängigen selber ausgehandelt werden. Genau dafür aber fehlen in Frankreich die Voraussetzungen.

Die gewerkschaftliche Neuorientierung in der BRD

Von den drei hier untersuchten Gewerkschaftsbewegungen baut die deutsche auf die längste Tradition der Kompromißbereitschaft auf; sie läßt sich bis zum Beginn des Jahrhunderts zurückverfolgen. In der Folge der Wirtschaftskrise hat sich jedoch zu Beginn der achtziger Jahre das strategische Bewußtsein der Gewerkschaftsführungen (insbesondere der IG Metall) geändert. Die drohende Gefahr einer »Krise der Gewerkschaften«, wie sie im französischen Fall geschildert wurde, hat zu einer Neubewertung des Ziel-Mittel-Verhältnisses geführt. Dies erklärt das scheinbare Paradoxon, daß die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung sich in einer Phase ökonomischer Schwäche als betont kämpferisch, ja im europäischen Maßstab als eine der kämpferischsten erweist.

In der BRD wurden die Kompromisse lange Zeit weniger deutlich von den Gewerkschaften formalisiert, dafür aber in der Praxis um so effektiver durchgesetzt. Die bisherige eher passive Einbindung in globale ökonomische Modernisierungsstrategien hat sich jedoch als immer weniger wirksames Mittel zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit erwiesen, die nunmehr auch den Kern der deutschen Gewerkschaften, die Stammbelgschaften, bedroht und erfaßt. Dies erklärt die neuerliche Revision des Modernisierungsdiskurses der IG Metall und ihre Forderung einer »offensiven« Strategie der »sozialen Kontrolle« des technischen Wandels. Das Aktionsprogramm »Arbeit und Technik« der IG Metall ergänzt die bisher dominante, auf Bestandsschutz abzielende, defensive Strategie um eine offensive Komponente, nämlich die »Gestaltung« der Technik selber. Diese Gestaltungsaufgabe impliziert notwendig auch einen Eingriff in die Verfügungswelt der Unternehmer über die Produktionsmittel und damit eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Dies ist jedoch eher ein langfristiges Ziel. Nicht zuletzt wegen der restriktiven Praktiken vieler Betriebsräte bleibt trotz verbaler Radikalisierung auch für Gewerkschaften wie die IG Metall der defensive Kompromiß immer noch der strategische Horizont. Der prognostischen These, daß die weitgehenden Mitspracherechte in der Automobilindustrie das Modell einer künftigen Form industrieller Beziehungen bilden, fehlt bisher ein signifikanter empirischer Beleg.

In der Diskussion um die Kontrolle des technischen Wandels und die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten zur Sicherung und Ausweitung der Beschäftigung hat

sich jedoch bei vielen Gewerkschaften das Bewußtsein geschärft, daß selbst beschränkte Forderungen auf diesem Gebiet nur dann durchzusetzen sind, wenn zuvor die eigene Position ideologisch und organisatorisch konsolidiert wird. Darin liegt der Kern des strategischen Kalküls der IG Metall hinsichtlich der Zuspitzung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche. Der unmittelbare Beitrag der erzielten stufenweisen Arbeitszeitverkürzung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit kann — gemessen am Ausmaß, das die Arbeitslosigkeit inzwischen angenommen hat — nur bescheiden sein. Sie hat jedoch einen weiteren Beschäftigungsabbau gebremst, das Selbstvertrauen der Gewerkschaftsmitglieder gestärkt und die Gefahr eines Legitimationsverlustes der Gewerkschaften abgewehrt.

Ausblick

Angesichts der strategischen Neuorientierung und Konfliktbereitschaft der Gewerkschaften in der BRD und in Italien erscheint ein Teil der akademischen Diskussion über den »Neokorporatismus« antiquiert. Sie hat sich zu sehr bei der Bestimmung des »Neokorporatismusgrades« auf die *Formen* der Kompromißfindung (zentralisierte vs. dezentralisierte Verhandlungen etc.) verlegt. Die entscheidenden Probleme für die Zukunft von Strategien vom Typ des »politischen Tauschs« liegen jedoch weniger bei den Formen als bei den konkreten *Inhalten* möglicher gewerkschaftlicher »Tauschangebote«, d.h. bei dem Mischverhältnis von »offensiven« und »defensiven« Strategieelementen. Es fehlt an Erfahrungen und vergleichenden Analysen, die die Unsicherheit über die Frage beseitigen könnten, welche Konzessionen im Rahmen einer Modernisierungsstrategie zweckmäßig sind, ja, ob eine solche Strategie überhaupt einen bedeutsamen Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten kann. Ein Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den europäischen Gewerkschaftsbewegungen wäre eine Vorbedingung, um auf diesem Gebiet eine grenzüberschreitende Diskussion zu beginnen. Ohne eine solche Diskussion würde der »europäische Sozialdialog«, wie er jetzt auf Initiative von Kommissionspräsident Delors zwischen dem Europäischen Gewerkschaftsbund und den Unternehmerorganisationen begonnen hat, Gefahr laufen, die Fehler der nationalen Gewerkschaftsbewegungen zu wiederholen und ein Kompromißpaket auszuhandeln, das einerseits falsche Hoffnungen weckt und dem andererseits die Unterstützung an der gewerkschaftlichen Basis fehlt.

Das gewiß nicht optimistische Fazit dieser vergleichenden Analyse lautet, daß in Europa zur Zeit die defensiven Strategien überwiegen. Eine kluge Strategie des Kompromisses ist damit für die europäischen Gewerkschaften auf die Tagesordnung geschrieben. Dabei zeigt sich jedoch, daß diejenigen Gewerkschaften die größten Chancen der Realisierung ihrer Forderungen haben, die nicht zum Opfer eines naiven Kompromißdiskurses werden, sondern klar zwischen Forderungen und (notwendigen) Zugeständnissen unterscheiden und damit die Logik eines autonomen gewerkschaftlichen Handelns bewahren. Die Gefahr einer Kompromißstrategie liegt, wie wir am französischen Beispiel aufzeigen wollten, in einer Überanpassung an unternehmerische Vorgaben, in denen vermeintlich objektive ökonomische Zwänge gesehen

werden. Gerade eine Ausrichtung auf ein gemeinsames europäisches Vorgehen müßte jedoch dazu beitragen, eine Reihe von Appellen an die »wirtschaftliche Vernunft« der Gewerkschaften, die sich auf die Notwendigkeit der Anpassung an außenwirtschaftliche Wettbewerbszwänge berufen, zu relativieren. Damit ist aber auch die Frage angesprochen, für welches Europa sich die europäischen Gewerkschaften engagieren, und welche Garantien sie auf dieser Ebene durchzusetzen in der Lage sind.

Frieder Schlupp

»Europa« als Hegemonialprojekt

Bundesdeutsche Welt(markt)machtstrategien und der EG-Binnenmarkt

Die derzeit vorherrschenden euphorischen politischen Diskurse und wissenschaftlichen Integrationsdebatten schwelgen in grandiosen Zukunftsprojektionen und feiern den »großen Sprung« der Europapolitik. Die scheinbar unaufhaltsame Eigendynamik des Binnenmarktes führe zur Europäischen Union und konstituiere einen zukunfts-trächtigen großen eurokapitalistischen Staaten- und Klassenkompromiß, der in dialektischer Synthese alle positiven Momente europäischer Zivilisation in einem originären »neuropäischen« Akkumulations- und Regulationsmodell aufhebe und daher sogar weltweite Vorbild- und Überlegenheitsansprüche geltend machen könne.¹

In den Jubelchor der Binnenmarktpropagandisten und Integrationsprotagonisten mischen sich jedoch zunehmend Vorbehalte und fundamentale Kritik. Diese speisen sich aus der Erkenntnis der objektiven Funktionslogik und realer Entwicklungstendenzen innerhalb der EG- und (West-)Europapolitik, die in der letzten Instanz auf die Formierung eines europäisch drapierten, integrativ konstituierten und politisch institutionalisierten großdeutschen »Reiches« im westeuropäischen »Unions-Gewand« hinauslaufe. Auf der Basis der ökonomischen Dominanz und der politischen Hegemonie der Bundesrepublik in Westeuropa drohe die fortschreitende »Europäisierung« zu einer »Germanisierung« Westeuropas zu führen.

»Europa zu schaffen«, führt etwa der französische Premierminister *Rocard* aus², »heißt ... anzuerkennen, daß Deutschland die dominierende wirtschaftliche Macht in Europa ist. Das muß man wissen.« Jeder wisse, daß »Deutschland« der wirtschaftliche »Motor« (West-)Europas ist. Frankreich »ist nur der politische Motor« und verfüge lediglich über »relative Initiativkraft«, wobei zudem noch makabre französische Machtkalküle eine schleichende politische »Abwertung« der atomaren *force de frappe* der manifesten politischen »Aufwertung« der DM als dem Symbol zunehmender bundesdeutscher Vormacht gegenüberstellen.³

Anläßlich einer Feier zum zehnten Jahrestag der Gründung des EWS bringt der italienische Schatzminister *Amato* das Problem auf den Begriff: Die größte Gefahr, und

eine Gefahr, die schon sehr konkret sei, bestehe beim Bau Europas darin, daß diese (Europäische) Gemeinschaft eine Neuausgabe Groß-Deutschlands hundert Jahre nach der (deutschen) Reichsgründung werde und sich das Europäische Währungssystem zu einem »Markzentralen Raum« entwickle, in dem die Länder mit »schwacher Währung« durch hohe Zinsen »ersticken«. ⁴ Allenthalben wird die »unverhältnismäßig starke« Stellung der Bundesrepublik in der EG und der Bundesbank im EWS konstatiert und die »deflatorische Asymmetrie« des EWS moniert: De facto sei die Bundesbank zur »Zentralbank des Kontinents herangewachsen und die DM zum »Stabilitätsanker« des EWS avanciert; in Frankfurt würden die Markierungen für Zinsen und Preise in Westeuropa gesetzt. ⁵ Eine Wirtschafts- und Währungsunion, die diesen de facto-Zustand institutionalisiere und damit bundesdeutsche Ordnungsprinzipien und Stabilitätsnormen europäisiere, müsse im Kontext der Binnenmarktliberalisierung als perfektes Instrument des bundesdeutschen Wirtschaftsimperalismus betrachtet werden.

Vor dem Hintergrund wiederkehrender Hegemonie- und Dominanzdebatten sollte es heute nicht mehr angehen, derartige Perzeptionen und Analysen ⁶ als ressentimentgeladene, komplexbehaftete antideutsche Manien abzutun; angesichts exorbitanter Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse, deren Zunahme in 1989 gerade gegenüber Westeuropa schon jetzt abzusehen ist ⁷, scheint eine Verschärfung der brisanten Politikdiskurse vorprogrammiert.

Der Rekurs auf ideologische Standardfloskeln wie die folgenden wird dann immer weniger möglich sein:

- »komplexe Interdependenz«: das Postulat, schon die relativen Größenordnungen der Ökonomien in Westeuropa, vor allem aber deren Wettbewerbs-, Verflechtungs- und Durchdringungsverhältnisse schlossen von vornherein Dominanz bzw. Hegemonie aus, erweist sich vor dem Hintergrund theoretischer wie empirischer Analysen als bloße Ideologie ⁸;
- »politische Inkohärenz«: die Behauptung, die Bundesrepublik mit ihren fragmentierten politischen Strukturen und Kulturen sei systemisch und a priori zu konsistenten (außen-)politischen Strategien im allgemeinen und zu europäischen Hegemonialstrategien im besonderen unfähig (und allemal unwillig) ⁹, stößt sich an der Existenz vorherrschender Ideologien und Strategien der breiten bundesdeutschen Exportkoalition. Diese fordert auf der Basis eines Spitzenplatzes in der *Weltmarkt*-konkurrenz eine *Weltmacht*position ein. Nur vor diesem Hintergrund sind großtechnologische, großmachtpolitische »Zukunftsprojekte« pseudo-zivilen Zuschnitts (Luft- und Raumfahrt) ¹⁰ zu erklären, die durch Militär- und Rüstungsprogramme ergänzt ¹¹ und durch *Basis*- bzw. *Schlüsseltechnologieprojekte* abgesichert werden. ¹²

In diesen Strategien fungiert der EG-Binnenmarkt mehr oder weniger explizit als »Tor zum Weltmarkt«, die EG als regionales Vehikel zur Weltmacht und die Integrationspolitik als Fortsetzung der Weltmarktexpansions- und Weltmachtspolitik mit »europäischen« Mitteln: Über Dominanzstrukturen und Hegemonialpolitiken, hierarchische »Koordination« und Direktorien vermittelt, figuriert Westeuropa dann letztlich als kontinentale Extrapolation und Projektion des »Modell Deutschland«. ¹³

Nach der Konzeption von *Karl W. Deutsch*¹⁴ bedeutet *Hegemonie* den strategischen Gebrauch von Macht mit dem Ziel, der Umwelt Extrapolationen oder Projektionen der eigenen inneren Strukturen aufzuerlegen. Eine solche hegemoniale Strategie vermittelt sich durch die ideologische Kompetenz und die politische Kapazität eines Herrschaftsprojektes, die »Herausforderungen der Weltmarktkonkurrenz« und die »Bedrohungen der Weltmachtkonkurrenz« zu definieren und diese in entsprechende Akkumulationsregime und Regulationsmodi zu transformieren. Macht-Haben schließt »die Fähigkeit« ein, »es sich leisten zu können, nicht zu lernen«, also die eigenen Prinzipien, Normen, Präferenzen, Regeln und Praktiken zu verabsolutieren und zu internationalisieren.

Zu skizzieren ist, inwieweit »Europa 1992« in der Bundesrepublik als Hegemonialprojekt betrieben, mit welchen Mitteln es verfolgt und mit welchen ideologisch-programmatischen »Visionen« es nach innen wie nach außen zu legitimieren versucht wird. Dies kann hier nur in sehr groben Zügen geschehen. Es soll vor allem auf die strategischen europapolitischen Orientierungen abgehoben werden, die sich aus den Wechselbeziehungen makropolitischen Konzeptionen und diverser politisch-ökonomischer Projekte heraus formieren. Offenkundig unterstreicht diese Vorgehensweise dezidiert eine Politisierung von Zusammenhängen und Tendenzen, die in der herrschenden Europapolitik ganz gezielt depolitisiert werden, indem die EG-Politik zu meist politisch wie analytisch aus dem Gesamtzusammenhang der Innen-, Europa- und Weltpolitik herausgelöst wird.

Bundesdeutsche Europapolitik in der Perspektive 1992

Nach der strategisch manipulierten Konkurrenzfähigkeits-, High-tech-, Schwellenländer und Japan-Panik lassen die Umfragen, Studien und Prognosen¹⁵ zur Konkurrenzposition der bundesdeutschen Wirtschaft in Westeuropa und auf dem Weltmarkt das Abstiegs- und Niedergangsgeraune als unglaubwürdig erscheinen. Jetzt wird auf offensive Europäisierungs- und Globalisierungsideologien umgeschaltet. Heißt es bei *Kohl*, die Bundesrepublik werde auch über 1992 hinaus in Westeuropa an erster Stelle bleiben, lautet der Tenor der bundesdeutschen Branchen- und Konzernstrategen ganz übereinstimmend, es gelte, für die Zukunft simultan die »Marktführerschaft in Europa« zu verteidigen, substantielle Positionen in Nordamerika aus- und im Fernen Osten aufzubauen.¹⁶

Ganz selbstverständlich wird damit ein Tatbestand reflektiert, der sich empirisch anhand des »Panoramas der EG-Industrie 1989«¹⁷ auf makro- wie mesoökonomischer Ebene leicht ablesen läßt: Realwirtschaftlich nimmt die bundesdeutsche Ökonomie in Produktion und Austausch eine dominante Position in der strukturell ungleichen Arbeitsteilung und Entwicklung der Mitgliedsstaaten der EG der Zwölf ein; z.B. entfallen 42 Prozent der Maschinenbauproduktion, 54 Prozent der Werkzeugmaschinenproduktion, 39,5 Prozent der Produktion elektrotechnischer Investitionsgüter auf die BRD. Spiegelt die Zunahme des BRD-Handelsbilanzüberschusses mit Westeuropa um ca. 30 Prozent im Jahre 1988 die dominante BRD-Position besonders bei Investitionsgütern wider, indiziert der Leistungsbilanzüberschuß der BRD (1988: gegenüber der Welt

85 Mrd. DM, gegenüber der EG 50 Mrd. DM, gegenüber der EFTA 17 Mrd. DM) nicht nur ein konjunkturelles außenwirtschaftliches Ungleichgewicht. Vielmehr handelt es sich um eine strukturelle Deformation westeuropäischer Entwicklung infolge bundesdeutscher Akkumulationsstrukturen und Regulationsmodi. Deren Fixierung auf Exportstrategien läßt sich noch deutlicher an der Struktur des F&E-Kapitalstocks festmachen: 47 Prozent desselben sind auf den Export gerichtet (Konsum 20 %), und mindestens ein Drittel des importierten F&E-Kapitals fließt wieder dem Exportsektor zu.¹⁸

Auf der Basis dieser strategischen Orientierungen zielen die Restrukturierungsprogramme der Großbanken und Großkonzerne sowie die staatlichen Verbundprojekte im Kontext der Binnenmarkt- und Globalisierungsperspektive auf die Herstellung zentraler Produktions-, Produkt- und Technologieketten, die bislang auf Grund politischer Restriktionen und Regulierungen weithin eine staatliche Domäne waren oder jeweiligen »nationalen Champions« vorbehalten blieben. Ziel ist der Aufbau von Kapitalreserven, Qualifikations- und Technologiepotentialen und die strategische Konzentrierung der großen finanz- und industrikapitalistischen Sektoren- und Branchenkomplexe im Rahmen langfristig angelegter Diversifizierungs-, Europäisierungs- und Kooperationskonzeptionen, die auf Systemführung, Normensetzung, Standardbestimmung und Architekturdefinition in Schlüssel- und Querschnittbereichen setzen. Je nach dem Maß des autonomen Konkurrenzpotentials und nach dem Grad der politisch vermittelten Zugangs- bzw. Reorganisationschancen werden flexibel unilaterale, westeuropäische und globale Zentralisations- und Kooperationsstrategien mit neo-etatistischen und techno-korporatistischen Verbundstrukturen, euro-protektionistischen Reorganisationsmustern und globalen strategischen Allianzen kombiniert.

Die entsprechenden synergetischen Europäisierungs- und Globalisierungsstrategien von *Daimler-Benz* und *Siemens*¹⁹ — jeweils im Verein mit der *Deutschen Bank* — sind dabei nur die bedeutendsten bzw. sichtbarsten Beispiele dieser Tendenzen. Sie machen zugleich deutlich, wie sehr gerade im westeuropäischen Restrukturierungszusammenhang die Reserven- und Ressourcenvorteile bundesdeutscher Kapitalformationen sich zunehmend auch dort in Kontroll- und Dominanzpositionen umzusetzen beginnen, wo vormals historisch, politisch und organisatorisch bedingte Markt- und Machtpotentiale westeuropäischer Konkurrenten bestanden. Allen sonstigen wettbewerbs- und freihandelspolitischen Beteuerungen zum Trotz reflektieren die regierungs- und verbandspolitischen Konzeptionen eine entsprechende Orientierung an einer strategischen Ausrichtung der Zentralisations- und Außenwirtschaftspolitik auf nationaler wie westeuropäischer Ebene; strategische »Reziprozität« gilt als Maxime im De- und Reregulierungspoker der Binnenmarktverhandlungen sowohl im Intra- als auch im Extra-EG-Verhältnis, vor allem gegenüber den USA und Japan.²⁰

In der Konsequenz zeichnet sich eine Verbreiterung und Vertiefung der realwirtschaftlichen Dominanzstrukturen im Rahmen der Binnenmarktliberalisierung ab: Neben die tradierten bundesrepublikanischen absoluten bzw. relativen Konkurrenzvorteile in den »klassischen« Export- und Weltmarktsektoren (Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobile, Chemie usw.) treten offensive Strategien in der Informations- und Bio-Technologie sowie in der Rüstungs-, Luft- und Raumfahrtindustrie.

Die zeitlich, räumlich und organisatorisch »variable Geometrie« abgestufter westeuropäischer Kooperationen auf zwischenstaatlicher und privater Ebene gibt dabei einen optimalen Rahmen ab für hierarchisch strukturierte Direktorien und kostenmindernde, selektive, »minilaterale« Kooperationen auf Zeit (ohne EG-immanente Umverteilungs- und Kompensationsverpflichtungen), die Raum für flexible strategische Optionen neben den starren EG-Institutionen lassen und damit die EG-Politikverflechtungsfälle zu umgehen erlauben.²¹

Jenseits von »Europa 1992«: Groß-europäische Perspektiven

Derartige Strategien werden auch im Verhältnis zu den übrigen westeuropäischen Ländern (etwa der EFTA im Rahmen übergreifender großraumwirtschaftlicher Konzeptionen wie dem European Economic Space-EES) und zu den europäischen Peripherien verfolgt und von Ost-, Deutschland- und Großeuropa-politischen Visionen flankiert.

Jenseits der binnen- und außenwirtschaftlichen Restrukturierungsstrategien kristallisiert sich damit der Kern eines neu-deutschen großeuropäischen Herrschafts- und Hegemonialprojektes heraus, dessen Selbstverständnis wieder darin besteht, »Mittelpunkt Europas« und »zentrale europäische Macht« zu sein. Läßt man sich auch aus taktischen Gründen derzeit noch lieber von außen her als westeuropäische Führungsmacht feiern²², macht sich nichtsdestoweniger über alle Parteigrenzen hinweg zunehmend ein Denk- und Strategiekonzept breit, welches »Deutschland« in einem großen Europa, das »als Ganzes Mitte« darstellen solle, gleichsam als »natürliches« geographisches wie politisches Zentrum betrachtet, dessen Position und Rolle zum »Glück für das Ganze« Europa gereichen solle (Genscher).²³

Bei allen Widersprüchen und Gegensätzen der Allianz- und Außenpolitik gibt es angesichts der wachsenden Bereitschaft, die bundesrepublikanische Schlüsselstellung in NATO und EG, in der Westeuropa- und Gesamteuropapolitik aktiv und offensiv zu nutzen, zunehmend Versuche, die sich eröffnenden Macht- und Handlungsspielräume auszuloten und auszufüllen: Verspricht man sich in der Bundesrepublik von einer »Ökonomisierung« der Welt- und Europapolitik als moderner Handels- und Technologiestaat²⁴ schon erhebliche Machtgewinne, vermag eine Erweiterung und Vertiefung der Dominanz- und Hegemonialposition in der »EG 1992« nicht nur als Sprungbrett für Weltmarktstrategien, sondern auch für groß- und gesamteuropäisch abgestützte bundesdeutsche Weltmachtpositionen instrumentalisiert werden. Vor diesem Hintergrund gewinnen Slogans, die eine nach innen liberalisierte und nach außen relativ offene EG als ein mögliches Modell einer gesamteuropäischen Integration ventilieren, um so mehr an Ambivalenz und west- wie osteuropäischer Brisanz, die sich schon jetzt in wachsenden Irritationen über die bundesdeutsche Außenpolitik niederschlagen.

Von der bundesdeutschen Hegemonie über deutsch-französischen Bilateralismus zu einem regionalen Euro-Regime?

Über atmosphärische Verstimmungen hinaus verweisen derartige westliche Reaktionen im allgemeinen und die Frankreichs im besonderen auf das enge Wechselver-

hältnis von West- und Ostpolitik in der gesamten Europapolitik. Gerade die zunehmenden symbolischen und realen Ansätze einer zusätzlichen bilateralen Einbindung der Bundesrepublik im deutsch-französischen Verhältnis spiegeln sowohl generelle Vorbehalte als auch Einschätzungen der relativierten Bindewirkung von EG und NATO wider, die sich schon mittelfristig in der praktischen Politik überprüfen lassen dürften. Einmal mehr konvergieren erneute Befürchtungen vor einer zunehmenden bundesrepublikanischen Hegemonie in Mißverständigung und Kultur- wie Mentalitätsmauern.²⁵ Dieses geschieht gerade in einer Konstellation, in der sich die französische Wirtschafts- und Währungspolitik nach der Erfahrung des Scheiterns eines »antizyklischen Sozialismus« Anfang der achtziger Jahre bereit zeigt, sich unter Akzeptanz der wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik der hegemonialen Rolle der DM im EWS zu unterwerfen und sogar die (neo-)gaullistische Außen-, Militär- und Rüstungspolitik angesichts finanzieller und anderer Abgründe wenn nicht zur Disposition, so doch im bi- und multilateralen westeuropäischen Rahmen zur Modifikation zu stellen.²⁶

Hinter dem derzeitigen französischen Kalkül, die mittelfristige Akzeptanz bundesrepublikanischer »Stabilitäts«-Hegemonie mit einem privilegierten, wenn auch nicht exklusiven deutsch-französischen Bilateralismus im Wirtschafts- und Finanz- wie im Verteidigungs- und Sicherheitsrat zu verbinden, steht die Doppelstrategie, *zum einen* im Rahmen der Weltwährungsbeziehungen das EWS als Pfeiler einer tripolaren Wirtschafts- und Währungszonen-(Neu-)Ordnung zu stärken (und durch die in diesem Rahmen erfolgende Stärkung des Franc Stabilisierungsgewinne zu realisieren) und *zum anderen* die Hoffnung, nach einer Anpassungs- und Übergangsperiode die regionale BRD-Hegemonie im Rahmen einer zukünftigen »Europäischen Union« in ein post-hegemoniales kollektives westeuropäisches Regime zu transformieren. In diesem müßten sich auch die Bundesrepublik und die Bundesbank gemeinsam konstituierten, symmetrisch verpflichtenden und sanktionierten Prinzipien, Normen und Regeln unterwerfen, so daß in der Konsequenz die bundesdeutsche Wirtschafts- und Währungspolitik gleichgewichtigen multilateralen Kontrollen und westeuropäischen Korrektiven ausgesetzt würde.²⁷

Bei den Auseinandersetzungen um das EWS und die Wirtschafts- und Währungsunion bleibt aber unübersehbar, daß sich solche fundamentalen Dominanz- und Hegemoniekonflikte nicht einfach in depolitisierten »Koordinationsmechanismen« und Indikatorenmechaniken eskamotieren lassen, zumal damit weitreichende inner- und zwischengesellschaftliche »Tausch«-Projekte größter wirtschaftlicher und politischer Brisanz impliziert wären.

Auf der westeuropäischen Ebene ist es entscheidend, inwieweit eine »lateinische Liga« mit Frankreich und Italien an der Spitze ein hinreichendes Gegengewicht gegen den »harten Kern« der erweiterten DM-Zone bilden und auf wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Ebene ein europäisches Gesellschaftsprojekt beginnen könnte, welches Emanzipation und Solidarität auf den euro-sozialistischen Begriff bringt. Unter den herrschenden Bedingungen der BRD-Dominanz pervertieren jedoch südeuropäische »Binnenmarkt- statt Sozialismus«-Strategien des Sozial-Dumpings (auch unter

dem Mantel sozialdemokratischer, »aufholender« Modernisierung) zu einem Moment der Reproduktion strukturell ungleicher Arbeitsteilung und Entwicklung in Westeuropa. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund von durch die Binnenmarktliberalisierung induzierten Kapitalbewegungen, die in der Tendenz vorhandene absolute und relative Konkurrenzvorteile in der Sektoralisierung der Produktion, der Spezialisierung im Außenhandel und der strategischen technologischen Potentiale zementieren. Soweit sich dies absehen läßt, werden auch die Direktinvestitionsstrategien der multinationalen Konzerne aus Nicht-EG-Ländern zu dieser Hierarchisierung und Heterogenisierung innerhalb und zwischen den Ökonomien und Gesellschaften der EG beitragen.²⁸

Schon jetzt ist angesichts der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in vielen EG-Ländern abzusehen, daß die säkularen Boomverheißungen des »Binnenmarktes 1992« sich schnell an den Realitäten, besonders an den zunehmenden internationalen Ungleichgewichten in Westeuropa brechen. Ein sich kumulierendes internationales Konfliktpotential mit der bundesrepublikanischen Außenwirtschaftspolitik zeichnet sich auch angesichts der US-amerikanischen Strategien ab, die auf die Herstellung eines exportgetriebenen Wachstums setzen. Was die interregionale Währungscoordination betrifft, befinden sich japanischen Stimmen zufolge die BRD und Japan derzeit im »Kalten Krieg«.²⁹

Die herrschenden politischen Diskurse in der Bundesrepublik lassen noch kaum Anzeichen für strategische Ansätze erkennen, die auf eine strukturelle Konversion hin zu binnenwirtschaftlich orientierten »kollektiven« Infrastrukturen, Vollbeschäftigungsstrategien, Wirtschaftsdemokratisierung und solidarischen Außenwirtschaftsbeziehungen abzielen. Es muß allerdings davon ausgegangen werden, daß internationale Krisenpotentiale und zyklische Konjunkturbewegungen der einfachen, geschweige denn der erweiterten Reproduktion des exportorientierten »Modells Deutschland« Grenzen setzen. Dieselbe Diagnose und Prognose ließ sich auch schon vor einem Jahrzehnt stellen.³⁰ Innergesellschaftliche Reformoptionen und binnen- wie außenwirtschaftliche Alternativen waren allerdings nicht nur unzureichend, sie sind auch von neo-konservativen Krisenstrategen zurückgedrängt worden. Ein gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer »Gezeitenwechsel« auf nationaler, europäischer und globaler Ebene wird nicht ohne Krisen und Konflikte zu haben sein. Die deutschen Kontinuitäten lassen jedenfalls euphorische Anwandlungen als deplaziert erscheinen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Frieder Schlupp: »1992. Euro-Kapitalistisches Herrschaftsprojekt?« In: links Dez. 1988, S.15ff.
- 2 Der Spiegel 50/1988, S.158.
- 3 Vgl. Dominique-Moisi: »Die Mark und die Bombe. Frankreich bangt um seinen Einfluß in Europa«, in: Die Zeit 50/1988, S.40.
- 4 Handelsblatt vom 7.12.1988, S.9.
- 5 Vgl. Hansjörg Herr und Andreas Westphal: »Europäisches Währungssystem: DM-Club oder demokratisches Westeuropa«, in: WSI-Mitteilungen 7/1988, S.427ff.; zuletzt: »Europäisches Wirtschaftssystem«, in: Wirtschaftswoche 9/1989, S.26ff.

- 6 Vgl. zur entsprechenden Debatte ausgangs der siebziger Jahre: Frieder Schlupp: »Internationalisierung des Kapitals und ungleiche internationale Arbeitsteilung: Das Modell Deutschland und der Euro-Kapitalismus in der Krise«, in: Forum Demokratischer Sozialismus 5/1978, S.84ff.; ders.: »Die Bundesrepublik in Westeuropa — heimliche Großmacht oder un-heimliche Dominanzmacht?« In: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/1979, S.563ff.
- 7 Für 1989 wird ein Handelsbilanzüberschuß von über 6 % des BSP prognostiziert; der BRD-Leistungsbilanzüberschuß mit der EG stieg von 2,2 Mrd. DM (1985) auf 50 Mrd DM (1988).
- 8 Vgl. z.B. Frieder Schlupp: »Internationalisierung und Krise — das Modell Deutschland im metropolitanen Kapitalismus«, in: Leviathan 1/1979, S.12ff.
- 9 So etwa argumentieren Simon Bulmer und William Paterson: The FRG and the European Community, London (1987). Vgl. aber auch die Sichtweisen in Gabriele Weber (Hrsg.): Die europapolitische Rolle der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht ihrer EG-Partner, Bonn 1984, und Frieder Schlupp: »Westdeutsche Europapolitik als Weltmachtropolitik«, in: anti-militarismus information 6/1988, S.III-77ff.
- 10 Vgl. Stephan von Welck: »Weltraum statt Kernwaffen«, in: Europa-Archiv 13/1988, S.349ff.; Karl Kaiser u.a.: Deutsche Weltraumpolitik an der Jahrhundertsschwelle, Bonn 1986.
- 11 Vgl. Rainer Rilling: »Military R&D in the Federal Republic of Germany«, in: Bulletin of Peace Proposals 3-4/1988, S.317ff.
- 12 Vgl. BMFT: Bundesbericht Forschung 1988; BMFT/BMWi (Diskussionsentwurf): Zukunftskonzept Informationstechnik, Bonn 12/1988.
- 13 Vgl. Frieder Schlupp: Federal Republic of Germany. In: Dudley Seers und Constantine Vaitsos (Hrsg.): Integration and Unequal Development. The Experience of the EEC, London 1980, S.176ff.
- 14 Karl W. Deutsch: Politische Kybernetik, Freiburg 1973, S.171.
- 15 Vgl. Paolo Cecchini: Europa '92, Baden-Baden 1988; ifo-schnelldienst 16/1988; Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik 57/1988 (1.9.1988).
- 16 Kohl: Vgl. Handelsblatt vom 19.1.1989; S.5; 3. Internationales Symposium zu Globalisierungsstrategien: vgl. Handelsblatt vom 7.2.1989, S.14.
- 17 EC-Commission-Panorama of EC Industry, Luxembourg 1988.
- 18 Vgl. DIW-Wochenbericht 47/1988: Industrielle Forschung und Entwicklung kommt vor allem dem Export zugute; und: direkte und indirekte Exportabhängigkeit der Wirtschaftszweige ...
- 19 Zu Daimler-Benz vgl. Frieder Schlupp: »Ver-Daimlert und Ver-Benzt«, in: Express 12/1985, S.6ff.; zu den internationalen Sondierungen vgl. Handelsblatt vom 14.2.1989, S.1; Süddeutsche Zeitung vom 25.2.1989, S.35; zu Siemens vgl. »Siemens speeds up«, in: Bussiness Week, 20.2.1989, S.16ff., Handelsblatt vom 20.1.1989; S.19; zur Zentralität der Bankenmacht vgl. Arno Gottschalk: »Der Stimmrechtseinfluß der Banken in den Aktionärsversammlungen von Großunternehmen«, in: WSI-Mitteilungen 5/1988, S.294ff.
- 20 Vgl. etwa Horst Krenzler: »Zwischen Protektionismus und Liberalismus«, in: Europa-Archiv 9/1988, S.241ff. Auch der BDI fordert eine internationale Handelspolitik »auf Gegenseitigkeit«; Binnenmarkt-Vorteile für Drittländer gäbe es nicht zum »Nulltarif«, sondern nur bei »Gegenleistungen«; vgl. Handelsblatt vom 25.1.1989, S.10.
- 21 Gerade in der Forschungs-, Entwicklungs- und Technologiepolitik hat die Bundesregierung z.B. entscheidend zur Halbierung des EG-Rahmenprogramms beigetragen, um sich strategische Handlungsfreiheit zu sichern und Umverteilungskosten zu minimieren. Zur Politikverflechtungsfälle vgl. Fritz W. Scharpf: »Die Politikverflechtungsfälle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich«, in: Politische Vierteljahresschrift 4/1985, S.223ff.
- 22 Vgl. etwa William Wallace: »Für eine europapolitische Führungsrolle der Bundesrepublik Deutschland«, in: integration 1/1988, S.17ff., und den Sammelband: W. Wessels und E. Regelsberger (Hrsg.): The FRG and the EC: The Presidency and Beyond, Bonn 1988.
- 23 In der Europa-Debatte vom März 1987 erhielt das Dreggersche Konzept breite Zustimmung; auf dieser Basis bot die SPD-Fraktion eine breite überparteiliche europapolitische Zusammenarbeit an; vgl. Das Parlament 14/1987, sowie Frieder Schlupp (Anm.9).
- 24 Vgl. Richard Rosencrance: Der neue Handelsstaat, Frankfurt/M. 1987, der Japan und die BRD als

- »Modelle« idolisiert. Zu den entsprechenden, besonders französischen Befürchtungen vgl. D. Moisi (Anm.3).
- 25 Vgl. Robert Picht: »Die 'Kulturmauer' durchbrechen«, in: Europa-Archiv 10/1987, S.279ff.
- 26 Zur französischen Akzeptanz vgl. zuletzt etwa Business Week, 6.2.1989, S.8. Das Rafale-Programm wird immer mehr zum Symbol der politischen, fiskalischen und wirtschaftlichen Probleme der französischen Militär- und Rüstungspolitik, vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17.9.1988, S.7.
- 27 Vgl. zur Debatte etwa Elke Thiel: »Vom Binnenmarkt zur Wirtschafts- und Währungsunion«, in: Außenpolitik 1/1989, S.70ff.; Peter Ludlow: Beyond 1992, Brüssel (CEPS) 1989; aus BRD-Sicht: Thomas Läufer: »Die EG im Wandel«, in: Europa-Archiv 23/1988, S.629ff., und das Gutachten des Wiss. Beirats des BMWi zur Europäischen Währungsordnung vom Februar 1989 (nach Handelsblatt vom 20.2.1989, S.3).
- 28 Vgl. die Beiträge in »Multinational Corporations and European Integration«. In: Journal of Common Market Studies Dec. 1987 (Special Issue). Umfragen bei US- und japanischen Investoren lassen deutlich hierarchisierende sektorale, funktionale und regionale MNK-Strategien mit Blick auf »1992« erkennen. Vgl. »Standorte in Deutschland sind begehrt«, in: Süddeutsche Zeitung vom 22.8.1988, S.17, und »Japan: Strategie für den EG-Binnenmarkt«, in: Wirtschaftswoche 46/1988, S.15.
- 29 Vgl. Währungspolitik/Differenzen in G 7. »Kalter Krieg mit der Bundesbank«, in: Handelsblatt vom 14.2.1989, S.1.
- 30 Vgl. Frieder Schlupp in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/1979 (Anm. 6). Bis heute sind die theoretischen wie politischen Implikationen der Internationalisierung in Gewerkschaften und SPD weder programmatisch noch praktisch hinreichend verarbeitet worden; zumal gilt dies für das Scharfsche Apodiktum der »Anerkennung der veränderten Tauschverhältnisse zwischen Kapital, Arbeit und Staat« wie auch für die großraumwirtschaftliche Apologetik etwa bei Hauchler und die dort enthaltene beiläufige Behandlung des Hegemonieproblems. Vgl. Deubner u.a.: Die Internationalisierung des Kapitals, Frankfurt/M. 1979; Esser u.a.: »Kurzschlüssige Ratschläge für gewerkschaftliche Strategien«, in: links 7/1980; Fritz Scharpf: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/M. 1987; Ingomar Hauchler: »Internationalisierung der Ökonomie und nationaler Handlungsspielraum«, in: Neue Gesellschaft/FH 11/1988, S.1047ff., bes. S.1052: »Die Alternative ist jedoch nicht Hegemonie: ja oder nein, sondern eher, diese oder jene Hegemonie ...«.

Heinz-Jürgen Axt

Griechenland und der EG-Binnenmarkt

Bevor auf die ökonomischen Auswirkungen des für 1992 geplanten EG-Binnenmarktes auf Griechenland eingegangen wird¹, müssen zunächst die strukturellen Probleme der griechischen Ökonomie und die bisherigen Effekte der griechischen EG-Mitgliedschaft beleuchtet werden.

Strukturschwächen der griechischen Wirtschaft

Die Strukturschwächen der griechischen Wirtschaft, insbesondere im Vergleich zu den meisten EG-Ländern, können folgendermaßen charakterisiert werden:

- 1982 lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen je Einwohner in Griechenland mit 3979 ECU (Europäische Währungseinheiten) um mehr als die Hälfte unter dem Durchschnitt aller EG-Länder, der 8857 ECU betrug.²
- Trotz Ausweitung der Industrieproduktion ist Griechenland noch immer ein agrarwirtschaftlich geprägtes Land. Mehr als 30 % der Erwerbstätigen waren 1982 in der Landwirtschaft beschäftigt, im EG-Durchschnitt waren es 7,7 %. Die Landwirtschaft trug aber nur 18 % zum BIP bei — ein Hinweis auf unrentable Arbeitsmethoden, kleine Betriebe, Landzerstückelung und Überbeschäftigung.
- 29 % der Beschäftigten erwirtschafteten in der Industrie 30 % des BIP. Das lag deutlich unter dem EG-Durchschnitt (36,2 % und 39 %).
- Zu den Strukturproblemen der Landwirtschaft zählen die unzureichenden Betriebsgrößen. Die Durchschnittsgröße eines Betriebes lag (nach den letztverfügbaren Zahlen des Zensus von 1971) in Griechenland bei 3,4 Hektar, im EG-Durchschnitt waren es 15,5 Hektar.
- Klein- und Mittelbetriebe prägen auch das Bild der Industrie. 99 % aller Betriebe beschäftigten weniger als 50 Personen, 93 % sogar weniger als 10 Personen. 63 % aller industriellen Arbeitsplätze werden von Betrieben bis zu 50 Beschäftigten zur Verfügung gestellt.

Diese und weitere Strukturschwächen wie z.B. der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, das niedrige technologische Niveau, die unzureichende Ausdehnung der vertikalen Produktion, der unzulängliche Kapitalmarkt sowie die ungünstige Zusammensetzung und Organisation der Exporte haben eine Reihe gravierender Probleme geschaffen:

- Die Produktivität ist gering. 1980 erzielte ein Beschäftigter der griechischen Industrie mit 10969 US-Dollar nur knapp die Hälfte (44,5 %) dessen, was sein Kollege in den übrigen EG-Ländern erwirtschaftete.³
- Die griechische Wirtschaft ist international wenig wettbewerbsfähig. Betrachtet man die Terms of Trade, muß man sogar eine Verschlechterung der griechischen Position im Welthandel seit 1970 feststellen.

- Die regionalen Disparitäten sind besonders groß. 1974 waren in Attika, einem Gebiet mit einem Anteil von 2,8 % der gesamten Fläche des griechischen Territoriums, 54,8 % aller Industriebetriebe konzentriert.
- Der griechische Außenhandel wird gekennzeichnet von hoher Importabhängigkeit und wachsendem Handelsbilanzdefizit. Die Auslandsschulden steigen. Importierte industrielle Rohstoffe, Zwischen- und Fertigprodukte hatten 1962 einen Anteil von ca. 88 % an der Gesamteinfuhr, 1980 waren es 92 %. 1960 betrug das Handelsbilanzdefizit 497 Mio. US-Dollar, 1985 waren es schon 5654 Mio. US-Dollar. 1984 erreichten die Auslandsschulden den Wert von 12,4 Mrd. US-Dollar, was einem Anteil von 44 % des griechischen BIP gleichkommt.

Im Vergleich zum EG-Durchschnitt weist Griechenland den Status eines »Schwellenlandes« auf. Ohne die Strukturschwächen der griechischen Wirtschaft zu bagatellisieren, gibt es freilich auch eine andere — gleichwohl nicht zu idealisierende — Lesart der Entwicklungsdefizite: Bei den vielen Klein- und Mittelbetrieben bleibt das Kapital mobiler, kann es unrentablen Betrieben schneller entzogen und neuen Anlagesphären zugeführt werden. Marktnischen können damit rascher erschlossen werden. Arbeitskräfte wiederum, die aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen sind, oftmals mehr als einem Job nachzugehen, sind zwar in der Regel weniger qualifiziert und spezialisiert, bleiben jedoch auf dem Arbeitsmarkt wechselnden Angeboten gegenüber flexibler. Solange weitere Beschäftigungsmöglichkeiten offenstehen und familiäre Unterstützungen gesichert sind, muß Arbeitslosigkeit auch ohne funktionierende Arbeitslosenversicherung nicht existenzbedrohend sein.⁴

Bezogen auf unser Thema heißt das: Wenn sich mit dem Binnenmarkt der seit dem EG-Beitritt schon spürbare Wettbewerbsdruck noch verstärken wird, werden kurz- und mittelfristig viele Betriebe und Arbeitsplätze in Griechenland auf der Strecke bleiben. Daraus wird sich allerdings nicht die alles erschütternde »große Krise« ergeben, weil die Möglichkeiten zur Kapitalanlage flexibel und die Arbeitskräfte mobil bleiben. Die kurz- und mittelfristigen Effekte des Binnenmarktes werden ökonomisch und sozial »abgefedert«. Auf der anderen Seite wird sich die als Folge des verstärkten Wettbewerbsdrucks vom Binnenmarkt erhoffte Modernisierung des griechischen Produktionsapparates kaum einstellen. Von Marktnische zu Marktnische springende Kleinunternehmen tun sich schwer mit der Einführung neuer Technologien, moderner Betriebsführung, rationeller Massenproduktionsverfahren und der Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Die erhofften Modernisierungseffekte kommen überhaupt nur für die geringe Zahl größerer Unternehmen in Betracht. Diese müssen aber in Konkurrenz zur überlegenen EG-Industrie erst einmal überleben.

Importwelle und EG-Überweisungen — Auswirkungen des EG-Beitritts

Die angestrebte Vollendung des Binnenmarktes stellt Griechenland nicht vor prinzipiell andere Probleme, als sie sich bereits nach dem Beitritt zur EG ergeben haben. Eine Analyse der Folgen der EG-Mitgliedschaft gibt also wichtige Hinweise, wie sich der Binnenmarkt auswirken dürfte.

Läßt man zunächst einmal den Außenhandel und die Finanztransfers beiseite, ergibt sich folgendes Bild von den Auswirkungen der EG-Mitgliedschaft⁵:

Die Preise für Agrargüter sind wegen der gemeinsamen Agrarpolitik angestiegen. Entsprechend haben sich die Einkommen in der Landwirtschaft verbessert, ist aber auch die Inflation angeheizt worden. Inflationär dürfte sich auch die Tatsache ausgewirkt haben, daß nach 1981 die bisherigen billigen Einfuhren tierischer Erzeugnisse durch entsprechende teurere Importe aus der EG ersetzt wurden.

Bezüglich der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, der Investitionstätigkeit, der Arbeitslosigkeit und der Produktivität lassen sich (noch) keine definitiven Aussagen treffen. In welchem Umfang Kapital aus EG-Ländern nach Griechenland geflossen ist, ob EG-Unternehmen zunehmend griechische Betriebe kontrollieren, ob ein relevanter Verdrängungswettbewerb stattgefunden hat, ob Strukturprobleme der griechischen Wirtschaft abgebaut wurden, ob regionale Disparitäten sich entspannt haben — auch das muß gegenwärtig noch ohne Antwort bleiben.

Zwei Entwicklungen lassen sich freilich auch heute quantitativ genauer erfassen: die Finanztransfers von der EG nach Griechenland und die seit 1981 eingetretenen Veränderungen des griechischen Außenhandels⁶:

Addiert man die EG-Zahlungen an Griechenland aus den Agrar-, dem Regional- und dem Sozialfonds und subtrahiert die griechischen Finanzbeiträge zum EG-Haushalt, dann hat Griechenland von 1981 bis 1985 netto 4041,2 Mio. ECU von der EG erhalten. Die Zahlungen für 1984 entsprechen gut 2 % des damaligen BSP.

Seit 1981 haben sich die Nettotransfers kontinuierlich erhöht. 1981 waren es 140,2 Mio. ECU, 1985 schon 1 314,8 Mio. ECU. Den größten Anteil an den EG-Zahlungen hatten die Agrarüberweisungen. Brutto beliefen sie sich von 1981 bis 1985 auf 3 992 Mio. ECU.

Im Zuge der stufenweisen Abschaffung der Handelshemmnisse zwischen Griechenland und der EG nach 1981 kam es zu einer regelrechten Importwelle aus der EG. Die Liberalisierung des Handels ermöglichte es den Unternehmen aus den übrigen EG-Ländern, allen voran aus der Bundesrepublik, von 1981 bis 1985 Waren im Wert von 4 336 bis 4 859 Mio. ECU zusätzlich über den langjährigen Wachstumstrend vor 1981 hinaus nach Griechenland zu exportieren.

Die Nahrungsmittel-Einfuhren aus der EG, die von 1971 bis 1980 im Jahresdurchschnitt um 15,8 % zugenommen hatten, wuchsen von 1981 bis 1985 um 49,4 % durchschnittlich pro Jahr. 1981 betrug die Wachstumsrate 162,3 %! Hatte Griechenland bislang im Agrarhandel mit der Gemeinschaft stets einen Überschuß erzielt, so entwickelte sich die Agrarbilanz nach 1981 negativ. Auch bei verarbeiteten Produkten (Leder-, Gummi-, Holz-, Papier-, Textil-, Mineral-, Eisen- und Stahl- sowie andere Produkte) erhöhten sich die EG-Importe beträchtlich. Betrug das jahresdurchschnittliche Wachstum von 1971 bis 1980 13 %, so erhöhte es sich von 1981 bis 1985 auf 22 %.

Wer immer gehofft hatte, mit dem EG-Beitritt würden sich die griechischen Exportchancen verbessern, sah sich getäuscht. Eine Steigerung der Exporte in die EG war nicht zu verzeichnen.⁷ Allenfalls kann von einem relativen Vorteil der EG-Mitgliedschaft gesprochen werden, weil nach 1981 das jahresdurchschnittliche Wachstum

der Exporte in die EG weniger stark nachließ, als das nach Ländern außerhalb der EG. Stellt man EG-Überweisungen und Handelsverluste gegenüber, dann erweist sich, daß man die Überweisungen nicht überschätzen und die Auswirkungen der EG-Mitgliedschaft nicht unterschätzen darf: Von 1981 bis 1985 hat Griechenland im Handel mit der EG eine zusätzliche Belastung hinnehmen müssen, die in etwa den Nettofinanzleistungen der EG entspricht.

Aus dieser Analyse lassen sich folgende Schlußfolgerungen ableiten: Griechenland stellt sich bei den Primäreffekten der EG-Mitgliedschaft — bei der Liberalisierung des Wirtschaftsverkehrs — in Folge seiner wirtschaftlichen Strukturschwächen und seiner geringen internationalen Wettbewerbsfähigkeit als Verlierer dar.

Bei den Sekundäreffekten — bei der Verteilung der Nettoleistungen aus dem EG-Haushalt — ist Griechenland ein Gewinner.

Anders formuliert: Aus statischer Perspektive ist die EG-Mitgliedschaft für Griechenland eine Belastung. Ob die EG-Transfers in dynamischer Perspektive ausreichen, um über die Linderung der Handelsbelastungen hinaus zu einer Verbesserung der Produktionsstruktur in Griechenland beitragen zu können, kann wegen der kurzen Zeit der griechischen EG-Mitgliedschaft und wegen fehlender Daten heute noch nicht verlässlich beantwortet werden.

Skepsis ist zusätzlich zu den o.a. Bedenken angebracht, solange die Finanztransfers lediglich eine Kompensation für Handelsbelastungen bieten. Die Liberalisierung des Wirtschaftsverkehrs ist per se für höherentwickelte EG-Länder ein Vorteil, nicht aber für strukturschwache Länder wie Griechenland.

Logik des Binnenmarktes und seine Hemmnisse

Beim Binnenmarkt handelt es sich nicht um ein grundlegend neues Integrationsziel. Die vier »Grundfreiheiten« von Waren, Kapital, Arbeitskräften und Diensten sind bereits im EWG-Vertrag verankert. Positive Impulse erwartet der Cecchini-Bericht von der Beseitigung der Grenzkontrollen, der Liberalisierung der Finanzdienstleistungen, der Öffnung des staatlichen Beschaffungswesens und den aus der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse resultierenden Angebotseffekten.⁸

Verwaltungskosten und Wartezeiten entfallen, Kosten werden eingespart, und der Wettbewerb wird intensiver. Rationalisierung, Spezialisierung, verstärkte Arbeitsteilung und Wegfall von Monopolrenten erhöhen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Steigendes Wachstum einerseits und verstärkter Wettbewerb im öffentlichen Auftragswesen andererseits entlasten die öffentlichen Haushalte und schaffen den nötigen Spielraum für Steuersenkungen oder Ausgabensteigerungen. Der Zuwachs an Wachstum und Beschäftigung sowie die Senkung der Preise — so der Cecchini-Bericht — ist die Folge.

In der wissenschaftlichen Debatte ist freilich bereits auf eine Reihe wichtiger Hemmnisse aufmerksam gemacht worden, die sich der vollen Umsetzung der vom Cecchini-Bericht erwarteten positiven Effekte entgegenstellen: Unternehmen werden die Binnenmarkt-Vorteile nicht gleichmäßig nutzen können. Klein- und Mittelunter-

nehmen müssen entweder kooperieren, oder sich auf hochspezielle Marktnischen bescheiden.⁹

Mitgliedsstaaten mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten verbleibt auch nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (Nr. 73, EWG-Vertrag) die Möglichkeit zur Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit.

Inwieweit die vom Binnenmarkt eröffneten vergrößerten Haushaltsspielräume zu einer tatsächlichen Konjunkturbelebung und dem Abbau von Arbeitslosigkeit führen, hängt von der jeweiligen Wirtschaftspolitik ab.

Weil sich die Anbieter von Dienstleistungen in der Nähe der wettbewerbsfähigen Unternehmen der Zentren ansiedeln, kommt der entsprechende Wachstumsschub auch eher den EG-Kernregionen zugute. Für die EG-Peripherie ist ein Abkoppeln vom allgemeinen Wachstumsprozeß nicht auszuschließen. Die Wirtschaftsexpansion in Spanien und Portugal scheint gleichwohl darauf hinzudeuten, daß dort mit zunehmendem Einkommen ungesättigte Märkte erschlossen werden können.

Die währungspolitische Konvergenz wird dadurch gehemmt, daß Länder wie Griechenland, Spanien und Portugal sich gegen einen (von der Deutschen Bundesbank bestimmten) strikten geldpolitischen Kurs wehren und die nationale Geldpolitik sowie die Wechselkurse flexibel halten möchten.

Generell läßt der Cecchini-Bericht die nationale und regionale Verteilung der Binnenmarkt-Effekte außer acht. Unterentwickelte Regionen können jedoch unter einen erheblichen Anpassungsdruck geraten, der flankierende Maßnahmen unabwendbar macht. Wenn der Wachstumsverzicht als der Preis für die höher entwickelten Länder zu betrachten ist, den sie für die Vorteile aus der Öffnung der Grenzen zugunsten der entwicklungsschwachen Nationen und Regionen zu zahlen haben, dann müßten die positiven Effekte des Binnenmarktes in Form erhöhten Finanzspielraumes bei den entwickelteren Gemeinschaftsländern zumindest teilweise auch zur Angleichung der Entwicklungsunterschiede zur Verfügung gestellt werden.¹⁰ Ob sie es tatsächlich werden, ist eine eminent politische Frage.

Auch wenn viele Gewerkschafter massive Produktionsverlagerungen in die EG-Niedriglohnländer befürchten, dürfte der Zufluß ausländischen Kapitals nach Griechenland zur Errichtung von Produktionsniederlassungen bei der Verwirklichung des Binnenmarktes eher bescheiden bleiben.

Erstens sind niedrige Arbeitskosten für die Standortwahl immer nur ein Motiv neben anderen (Infrastruktur, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, qualifizierte Arbeitskräfte). Zweitens entfällt mit der weiteren Liberalisierung des Wirtschaftsverkehrs ein wichtiger Grund für Direktinvestitionen: Handelsbarrieren müssen nicht mehr mit einer Produktion vor Ort übersprungen werden. Es genügt der Export.

1992 — Fluch oder Segen für Griechenland?

In mittelfristiger Perspektive sind folgende Primäreffekte für Griechenland zu erwarten, wenn der Binnenmarkt bis 1992 verwirklicht werden sollte: Im Handel wird der Wettbewerbsdruck fortgeschrittener EG-Unternehmen auf die griechische Wirt-

schaft anhalten. Die Produktion bzw. Verarbeitung von Schuhen, Leder und Häuten, von Bekleidung und Geweben, von Reiseartikeln und Handtaschen sowie von Tabak und Getränken ist zwar in Griechenland relativ wettbewerbsfähig.¹¹ Aber auch die Unternehmen in diesen Branchen können unter erheblichen Wettbewerbsdruck geraten, weil sie im Vergleich zur EG-Konkurrenz schwach sind. Mit der Großserienproduktion, der Qualität und dem Marketing der EG-Industrie können sie nur selten Schritt halten. Die übrigen Industriezweige wiesen gegenüber der EG-Konkurrenz komparative Nachteile auf und werden daher voll dem verstärkten Wettbewerbsdruck ausgesetzt.

Dieser Druck wird erheblich sein, weil auch nach 1981 wichtige und eigentlich nicht EG-konforme Handelshemmnisse beibehalten bzw. neu eingeführt wurden. Zu nennen sind:

- Die 1981 bereits bestehende Bardepotpflicht für Importe wurde nicht abgeschafft: 40 bis 80 % des cif-Wertes eingeführter Produkte müssen sechs Monate lang zinslos bei der Bank von Griechenland hinterlegt werden.
- 1983 erließ Griechenland mit Genehmigung der EG-Kommission nach Art. 130 des Beitrittsvertrages Einfuhrbeschränkungen z.B. für Sportschuhe, Zigaretten, Möbel und Haushaltsartikel.
- 1984 führte Griechenland für die Dauer von 5 Jahren ebenfalls mit Genehmigung der Kommission eine regulative Importsteuer zum Schutz der eigenen Industrie ein.
- Exportbegünstigungen in Form einer Verringerung der Sozialkosten und Ausfuhrbeihilfe werden weiterhin gewährt (gemäß Art. 109, EWG-Vertrag).
- Staatliche Monopole in Griechenland für Erdölzeugnisse, Zündhölzer und Arzneimittel existieren noch immer.
- So wie in den anderen EG-Ländern bevorzugt die öffentliche Hand auch in Griechenland die einheimischen Anbieter u.a. dadurch, daß der heimischen Industrie eine Präferenz von 8 % im Vergleich zu den cif-Preisen von Importen eingeräumt wird. Auf importierte Produkte wird sogar noch in einigen Fällen ein Koeffizient von 21 % aufgeschlagen.¹²

Ein im Cecchini-Bericht als besonders bedeutsam erachtetes Argument für den Binnenmarkt verliert aus griechischer Perspektive seine Bedeutung: Die Verkürzung von Wartezeiten an den Grenzen wegen entfallender Kontrollen und damit die Kostensenkung im innergemeinschaftlichen Handel. Griechische Exporteure, die z.B. den Frucht- und Gemüsehof in München, den zentralen Umschlagplatz griechischer Agrargüter beliefern wollen, müssen noch immer die Grenzen von zwei Nicht-EG-Ländern, Jugoslawien und Österreich, passieren. An den Wartezeiten dort ändert sich nichts. Das Transportproblem bleibt für Griechenland auch nach 1992 ein entscheidendes Hindernis.

Bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer wird sich nach 1992 wenig ändern. Die Aufnahmekapazität der übrigen EG-Länder wird sich angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ungeachtet der vom Cecchini-Bericht in Aussicht gestellten zusätzlichen Arbeitsplätze nicht erhöhen. Kurz- und mittelfristig muß in den EG-Ländern sogar mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in Zuge der Realisierung des Binnenmarktes wegen des erhöhten Wettbewerbsdruckes gerechnet werden.

In Griechenland bestehen noch viele Hemmnisse für die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit von Dienstleistungen. Kapitalbewegungen werden streng überwacht. Die Niederlassung ausländischer Banken wird durch strikte Auflagen behindert. Das griechische Versicherungswesen wird durch ein spezielles Gesetz (1256/1982) vor der ausländischen Konkurrenz geschützt.¹³

Sollten all die offenen und versteckten Begünstigungen der einheimischen Dienstleistungsunternehmen mit der Verwirklichung des Binnenmarkts in Griechenland abgebaut werden, wäre mit einem erhöhten Wettbewerb durch ausländische Konkurrenten und auch mit der Schließung griechischer Dienstleistungsunternehmen sowie entsprechenden Arbeitsplatzverlusten zu rechnen. Allerdings dürfen diese Effekte nicht überschätzt werden: Griechenland ist für viele Dienstleistungsunternehmen kein attraktiver Standort, da es sich nicht in unmittelbarer Nähe zu den modernen Industriestandorten befindet. Mehr Konkurrenz wäre darüber hinaus in Griechenland gerade bei den Dienstleistungsunternehmen angebracht. Das griechische Bankenwesen z.B. ist völlig ineffizient. Es unterliegt nicht nur weitgehender Staatskontrolle, es ist auch kaum in der Lage, produktive Investitionen in der Industrie durch die Gewährung von Krediten zu fördern.

Im Zuge der Verwirklichung des Binnenmarktes ist kaum mit einem massiven Zustrom von Kapital, vor allem in Form von Direktinvestitionen zu rechnen. Der relativ kleine griechische Markt kann mit Exporten abgedeckt werden, und als Brückenkopf für die Eroberung arabischer Märkte haben die westeuropäischen Unternehmen Griechenland auch nicht benötigt.

In letzter Zeit sind allerdings viele Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in die Hände ausländischer Eigentümer, insbesondere aus EG-Ländern übergegangen. Vor allem Lebensmittel- und Getränkehersteller waren betroffen. Noch ist aber offen, ob diese Unternehmen als Produktionsstätten erhalten bleiben. Informierte Wirtschaftskreise befürchten vielmehr, daß eine Umwandlung von Produktionsbetrieben in Distributions- und Handelszentren stattfindet, die dann lediglich die im (EG-)Ausland hergestellten Waren vertreiben. Die Folge wäre eine Deindustrialisierung Griechenlands. In welchem Umfang eine derartige Entwicklung tatsächlich stattfindet, kann jetzt noch nicht gesagt werden.

Private Kapitalimporte — gleich, ob zum Zwecke der produktiven Direktinvestition oder mit der Folge der Deindustrialisierung — entlasten das griechische Zahlungsbilanzdefizit und werden deshalb willkommen geheißen. Sollte das Binnenmarkt-Programm tatsächlich in Griechenland in vollem Umfang realisiert werden, ist allerdings mit einem beträchtlichen Kapitalabfluß zu rechnen. Heute gibt es noch vielfältige Restriktionen für einen freien Kapitalverkehr: Wegen der prekären Devisenlage hat Griechenland die dem EG-Beitrittsvertrag entsprechende Liberalisierung des Kapitalverkehrs nicht am 1. Januar 1986 eingeführt, sondern verschoben. Jeder Transfer griechischen Kapitals ins Ausland wird streng überwacht und reglementiert. Der Verdacht auf Kapitalflucht ist bei den staatlichen Organen stets gegenwärtig. Viele Unternehmer legen ihre Guthaben lieber bei ausländischen Banken an, als in Griechenland zu investieren. Die Gründe dafür sind zweifacher Natur: Zum einen bevorzugen griechische

Unternehmer Investitionen, die einen schnellen und sicheren Gewinn versprechen. Und zum anderen hat es die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre — trotz massiver Vergünstigungen für die Unternehmer — nicht verstanden, diese zu verstärkter Investitionstätigkeit anzuregen. Die Kapitalverkehrskontrollen sind allerdings derart restriktiv, daß es griechischen Unternehmen oft schwerfällt, überhaupt im internationalen Handelsaustausch aktiv zu sein. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, wenn griechische Unternehmen im Rahmen einer Befragung zur Erstellung des Cecchini-Berichts die Beschränkungen des Kapitalverkehrs als zweitwichtigstes Handelshemmnis nach den administrativen Schranken beklagten.¹⁴

Daraus kann geschlußfolgert werden, daß mit der Herstellung eines den EG-Normen entsprechenden freien Wirtschaftsverkehrs mit einem Abfluß griechischen Kapitals zu rechnen ist — von der Flucht aus der schwachen griechischen Drachme ganz zu schweigen. Angesichts dieser Perspektiven ist es wahrscheinlich, daß auch künftig griechische Regierungen die Schutzklausel des EWG-Vertrags (Art. 109) in Anspruch nehmen werden, um »plötzlichen Zahlungsbilanzkrisen« zu begegnen.

Ohne Anwendung derartiger Schutzmaßnahmen dürfte es schließlich auf dem griechischen Immobilienmarkt zu erheblichen Gleichgewichtsschwankungen kommen. Besonders im Touristiksektor könnten ausländische Gesellschaften die sich bietenden Chancen nutzen.

Gegenüber diesen insgesamt eher belastenden Effekten stellt sich die Frage, ob wenigstens bei den Sekundär- oder Umverteilungseffekten des Binnenmarktes ausreichend positive Perspektiven in Sicht sind. Zwei Aspekte sind von besonderer Bedeutung: die Sozialstandards und die Strukturfonds der EG.

Obgleich die griechische EG-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1988 besonderes Augenmerk auf die soziale Dimension des Binnenmarktes gelegt hat¹⁵, ist die Beschlußfassung dazu nicht vorangekommen. Das liegt am Widerstand der übrigen EG-Länder. Es wäre wenig realistisch, mit einer großen sozialpolitischen Umverteilungsrunde zwischen den EG-Ländern bei Einführung des Binnenmarktes über die bestehenden Fonds hinaus zu rechnen. Kostenintensive Maßnahmen zur Herstellung der »Sozialunion« scheiden aus. Spielraum verbleibt bei den Standards des Gesundheits- und Arbeitsschutzes. Schließlich muß gefragt werden, ob eine rasche Anhebung der Arbeitskosten für Griechenland überhaupt wünschenswert ist. Griechenland verlöre einen wichtigen komparativen Kostenvorteil, die Aussichten auf produktive Direktinvestitionen würden noch geringer.

Nach dem Beschluß des Europäischen Rates vom 11./12. Februar 1988 in Brüssel sollen bis 1993 die Mittel der EG-Strukturfonds — das sind die Abteilung Ausrichtung des Agrarfonds, der Regional- und der Sozialfonds — verdoppelt werden. 80 % der Mittel sollen den ärmeren EG-Ländern zufließen. Die Verdoppelung soll für diese Region schon 1992 erreicht werden, so daß dann 14,3 Mrd. ECU insgesamt bereitstehen. In welchem Umfang Griechenland seinen Anteil voll ausschöpfen kann, hängt von der Qualität griechischer Projektanträge und der Bereitstellung nationaler Zuschüsse ab.¹⁶ Es ist keine Frage, daß sich die finanziellen Spielräume für Griechenland durch die Begünstigung von diesen Fonds erheblich verbessern werden. Wie sich die Verwendung

der Fondsmittel auf die Entwicklung der griechischen Volkswirtschaft auswirken wird, läßt sich zu einem Zeitpunkt noch nicht abschätzen, wo noch nicht einmal Aussagen über die ökonomischen Effekte der seit 1981 nach Griechenland geflossenen EG-Finanzmittel getroffen werden können. Eines dürfte freilich unstrittig sein: Politisch war die Einigung auf die Verdoppelung der Strukturfonds für Griechenland eine essentielle Voraussetzung, um dem Binnenmarkt-Projekt die Zustimmung geben zu können.

Resumee

Soweit sich überhaupt Entwicklungen abschätzen lassen, wird man damit rechnen müssen, daß die Verwirklichung des Binnenmarktes Belastungen für Griechenland vor allem in folgenden Bereichen bedeutet: Im Außenhandel dürfte der Importdruck — auch für die relativ wettbewerbsfähigen Industrien — erheblich sein. Betriebsschließungen und Arbeitsplatzverluste sind die Folge; die Liberalisierung des Kapitalverkehrs wird den Abfluß griechischen Kapitals begünstigen. Die Finanztransfers von der EG mildern das damit verbundene Zahlungsbilanzproblem; bei den Direktinvestitionen ist eine Tendenz zur De-Industrialisierung Griechenlands nicht auszuschließen; auf dem Immobilienmarkt kann mit einer verstärkten ausländischen Nachfrage gerechnet werden.

Diese Prognosen setzen freilich immer voraus, daß erstens die EG tatsächlich das Binnenmarkt-Projekt so wie geplant umsetzen kann, und daß zweitens der griechische Staat nicht offene oder versteckte Maßnahmen gegen die Realisierung des Binnenmarktes ergreift. Staatliche Protektionismen würden zwar den Wettbewerbsdruck mindern, würden aber auch, solange sie nicht von einer entsprechenden aktiven Strukturpolitik begleitet werden — und davon kann bislang in Griechenland keine Rede sein —, die Strukturschwächen lediglich konservieren.

Den Belastungen stehen Begünstigungen gegenüber: Bezüglich des Sozialstandards werden sie bescheiden bleiben. Der Binnenmarkt ist ein ökonomisches Projekt, die Diskussionen um die Sozialunion haben daran bislang nicht gerüttelt. Obendrein kann sich Griechenland eine rasche Aufzehrung seiner verbliebenen komparativen Kostenvorteile nach den hohen Lohnkostensteigerungen in der Vergangenheit auch kaum leisten. Bedeutsam ist die Verdoppelung der EG-Strukturfonds, die Griechenland in besonderer Weise begünstigen. In welcher Weise die Chancen genutzt werden, hängt in hohem Maße von der künftigen in Athen betriebenen Wirtschaftspolitik ab.

Die Prognosen für den Binnenmarkt scheinen der bisherigen Bilanz der griechischen EG-Mitgliedschaft zu entsprechen. Belastungen bei den Primäreffekten stehen Begünstigungen bei der Sekundärverteilung gegenüber. Mithin sollte man die Griechenland von der EG zur Verfügung gestellten Finanzmittel auch weniger als Beitrag zu Modernisierung der griechischen Wirtschaft und zum aktiven Abbau von Entwicklungsbeschränkungen begreifen, sondern vielmehr als eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß Griechenland die mit dem Binnenmarkt verbundenen Belastungen ökonomisch abmildern und politisch legitimieren kann. Ohne die EG-Finanztransfers wären Länder wie Griechenland nicht in der Lage, ihre Grenzen für den Binnenmarkt zu öffnen.

Anmerkungen

- 1 Der Verfasser dankt der Stiftung Volkswagenwerk, die Mittel für die Durchführung eines Griechenland und die EG betreffenden Forschungsprojekts zur Verfügung stellt. Das Projekt wird vom Verfasser in Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen durchgeführt.
- 2 Vgl. zum folgenden Heinz-Jürgen Axt: *Wirtschaft*, in: Barbara Hoffmann (Hrsg.): *Griechenland. Ein Reisehandbuch*, Berlin (West) 1985, S.125-153.
- 3 Vgl. zum folgenden Dimitrios Macheras: *Die Mitgliedschaft Griechenlands in den Europäischen Gemeinschaften. Die Problematik der wirtschaftlichen Auswirkungen auf Griechenland angesichts seiner Wirtschaftsstruktur*, Frankfurt/M. 1988.
- 4 Im Kontext der Diskussionen zur EG-Süderweiterung ist die Ambivalenz derartiger Strukturschwächen, wie sie die griechische Wirtschaft kennzeichnen, zu wenig herausgearbeitet worden. Überfällig ist eine Diskussion, wie sie für die Dritte Welt bereits eröffnet wurde. Vgl. dazu Heinz-Jürgen Axt, Wolfgang Karcher und Bernd Schleich (Hrsg.): *Ausbildungs- oder Beschäftigungskrise in der Dritten Welt*, Frankfurt/M. 1987.
- 5 Vgl. zum folgenden Dimitrios Macheras: *Die Mitgliedschaft ... a.a.O. Zum Dilemma zwischen kurz- und langfristigen Aspekten und Effekten des Beitritts* vgl. auch die institutionstheoretisch angelegte Untersuchung von Basile Kapsocavadi: *Der griechische EG-Beitritt: Das Dilemma zwischen kurz- und langfristigen Effekten. Eine institutionstheoretische Analyse*, Frankfurt/M. 1987.
- 6 Vgl. zu beiden Aspekten im Detail: Heinz-Jürgen Axt: *Griechenland in der Europäischen Gemeinschaft. Kosten und Nutzen nach sechsjähriger EG-Mitgliedschaft*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, H. 2/1987, S.169-187.
- 7 Eine Begünstigung griechischer Exporte in die EG war auch wenig wahrscheinlich, weil im Rahmen der griechischen EG-Assoziation die Zollfreiheit für Industrieerzeugnisse bereits seit 1968 und für Agrarprodukte seit 1974 (allerdings mit mengenmäßigen Beschränkungen) hergestellt war.
- 8 Vgl. Paolo Cecchini: *Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes*, Baden-Baden 1988. Vgl. auch die Literaturbesprechung von Bernhard Seidel: *EG-Binnenmarkt: Zum Stand der wissenschaftlichen Debatte*, in: *Integration II. Jg.*, H.4/1988, S.167-182.
- 9 Hier wird auf jene Hemmnisse eingegangen, die für Griechenland relevant sind. Vgl. zum folgenden Fritz Franzmeyer: *Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Aspekte der Vervollendung des europäischen Binnenmarktes*, in: Horst Ehmke/Arbeitskreis Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.): *Europäischer Binnenmarkt — Europäischer Sozialraum. Zusammenfassung der Redebeiträge der Anhörung vom 2. Mai 1988*, Bonn 1988, S.37-44; und Bernhard Seidel: *EG-Binnenmarkt ...*, a.a.O.
- 10 Vgl. Heinz-Jürgen Axt: *Griechenland in der Europäischen Gemeinschaft ...*, a.a.O., S.179f.
- 11 Vgl. Wilhelm Hummen: *Greek industry in the European Community. Prospects and problems*, Berlin (West) 1977, S.35f.
- 12 Vgl. Dimitrios Macheras: *Die Mitgliedschaft ...*, a.a.O., S.256 und 351.
- 13 Im August 1988 hat die Regierung eine Gesetzesnovelle zur parlamentarischen Beratung eingebracht, mit der die Athener Behörde auch für ausländische kapitalkräftige Aktiengesellschaften geöffnet werden soll. Das macht deutlich, daß die Regierung — gerade auch in der Perspektive 1992 — große Hoffnungen auf ausländische Investoren setzt. Welche Verunsicherung damit verbunden ist, macht der Rücktritt des Präsidenten der Athener Effektenbörse klar, der u.a. mit der Furcht vor der ausländischen Konkurrenz begründet wurde. Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 17.8.1988, S.9.
- 14 Bei den Unternehmen aus den übrigen EG-Ländern waren die Prioritäten ganz anders: Ihnen ging es um die Angleichung technischer Normen, allerdings auch um den Abbau des Verwaltungsaufwandes. Beschränkungen des Kapitalverkehrs wurden von ihnen in deutlich geringerem Maße beklagt. Vgl. Paolo Cecchini: *Europa '92 ...*, a.a.O., S.26.
- 15 Vgl. hierzu das griechische Memorandum »Objet: Les priorités et les objectifs de la présidence grecque pour la création d'un espace social commun, Athen 21.3.1988 (Hkt. Msk., dem Verf. vom griechischen Außenministerium überlassen).
- 16 Bislang hat Griechenland die Möglichkeiten der verschiedenen EG-Fonds bei weitem nicht ausgeschöpft.

Perspektiven des Anti/Ideologischen

Stuart Hall

**Ausgewählte
Schriften**



Ideologie, Kultur,
Medien, Neue Rechte,
Rassismus

Argument

Stuart Hall

Ausgewählte Schriften

Herausgegeben von Nora Räthzel

Mit einem Vorwort von

Gustav Klaus

Stuart Hall ist einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker im angelsächsischen Raum und zugleich ein gefragter Autor aktueller politischer Analysen. Statt im Strom des »Postmarxismus« mitzuschwimmen, hat er die Marxistische Theorie den Fragen einer sich ausdifferenzierenden und erneuernden kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzt und sie mit Althusser und Foucault — und über diese hinausgehend — um- und ausgebaut.

Im Zentrum seiner Arbeiten steht das »Ideologieproblem«, die Frage nach der »Zustimmung« der Mehrzahl der Bevölkerung zum Kapitalismus in Europa. Daraus er-

geben sich Untersuchungen über die Wirkungsweise der Massenmedien, das Eingreifen des Staates in die Massenkultur sowie, im Anschluß an Gramsci, die Entwicklung einer Theorie des Rassismus und einer kritischen Analyse des Thatcherismus.

Hall arbeitete mit an Filmen über die Konstitution von »Rasse« in den Medien, die im britischen Fernsehen zu heftigen Diskussionen führten.

Diese erste Auswahl seiner Werke enthält einen Querschnitt durch die verschiedenen Bereiche seines Schaffens. Es finden sich Studien zur Marxistischen Theorie, zur Medien- und Massenkultur, zur Neuen Rechten und zum Rassismus sowie kritische Analysen linker Politik.

240 S., br., DM 28,—

Weitere Titel zum Thema:

Noam Chomsky

Die Fünfte Freiheit

Über Macht und Ideologie

Vorlesungen in Managua

176 S., br., DM 24,—

Theorien über Rassismus

Hrsg. von Otger Atrata,

Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht
und Cornelia Wolf

AS 164, ca. 170 S., DM 18,50

(DM 15,50 für Stud.)

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Rot – Grün

Andreas Wehr

Rot-Grün in Berlin

Das »Schreckgespenst Rot-Grün« verblaßt langsam. Auch in Frankfurt entschieden sich die Wähler für eine rot-grüne Mehrheit, obwohl in Berlin zur gleichen Zeit eine Koalition zwischen Rot und Grün gerade vorbereitet wurde. Dabei ließen sich Berliner SPD und Grüne weder durch die Hetze der Springer-Presse (Originalton BZ: »Zum erstenmal nach Kriegsende wieder Kommunisten im Senat«) noch durch die unverhohlenen Drohungen der Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages mit dem Hinweis auf den zu erwartenden Rückgang der Investitionstätigkeit aus der Ruhe bringen. Innerhalb von nur sechs Wochen wurde die für Berliner Verhältnisse umfangreichste und detaillierteste Koalitionsvereinbarung ausgearbeitet, das — so Jürgen Ebert — »fortschrittlichste Programm nach Eisner«.

»Ein sozialdemokratisches Programm mit grünen Einsprengeln«

Von der Öffentlichkeit kaum beachtet, standen bereits im Wahlprogramm der SPD erstaunliche Programmpunkte, die nur mit den inhaltlichen Verschiebungen innerhalb der SPD in den letzten Jahren zu erklären sind. Ein Veränderungsprozeß, der sich bereits im Wahlprogramm von 1985 abzeichnete, obgleich seinerzeit der Spitzenkandidat noch Hans Apel hieß.

Diesmal nun trat die SPD mit weitreichenden Forderungen für ein Beschäftigungsprogramm »Arbeit und Umwelt« an, das die Sanierung von Altlasten, die Beseitigung ökologischer Gefahrenquellen und die Verbesserung der Infrastruktur zum Ziel hat. Man wagte sich damit wieder auf das Gebiet der staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen, ein Terrain, das die offizielle sozialdemokratische Wirtschaftspolitik gegenwärtig im allgemeinen noch meidet. Weitreichende Forderungen wurden auch zur Verkehrs- und zur Umweltpolitik verabschiedet. Mit einer denkbar knappen Mehrheit forderte der Landesparteitag das Ende jeglichen weiteren Autobahnbaus. Abgelehnt wurde die noch vom alten Senat getroffene Vereinbarung über die Lieferung von Strom aus dem Bundesgebiet nach Berlin. Ein solcher Verbund würde die bescheidenen Ansätze für eine dezentrale und damit energiesparende Energiepolitik zunichte machen. Auch zur Frauen- und Gleichstellungspolitik fanden sich bereits im Wahlprogramm erstaunliche Einschätzungen. Die in diesem Programm dokumentierte Linksentwicklung der Berliner Partei, die sich nach der verheerenden Niederlage 1985 mit der Wahl von Walter Momper zum Fraktionsvorsitzenden und von Jürgen Ebert zum Landesvorsitzenden auch personell manifestierte, hat erst die Annäherung an die Alternative Liste möglich gemacht und damit zugleich die Chance für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms eröffnet.

Mit den zentralen Vorhaben Wohnungsbau und Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit — hier liegen auch eindeutig die Hauptgewichte der investiven Ausgaben — hat sich die Schwerpunktsetzung der Sozialdemokraten durchgesetzt. Die Alternative Liste konzentrierte ihre Forderungen hingegen auf die Bereiche Umwelt, Verkehr, Frauen und demokratische Rechte. Sie konnte dabei bereits an viele Forderungen aus dem SPD-Programm anknüpfen. Selten sind sozialdemokratische Wahlaussagen derartig konsequent in ein Regierungsprogramm eingegangen. Selbst in Zeiten absoluter SPD-Mehrheiten war dies nicht der Fall. Offensichtlich bedurfte es dafür erst des Drucks durch die AL.

Herausgekommen ist schließlich ein »sozialdemokratisches Programm mit grünen Einsprengseln«, so wie es die Realisten in der AL von Anfang an hatten kommen sehen. Natürlich sind viele der durchgesetzten Programmpunkte im Bereich der Symbolik angesiedelt (Abschaffung der Dienstwagen für Fraktionsvorsitzende u.ä.), findet »die Revolution« — wenn überhaupt — dann im kulturellen Bereich statt. So stellt auch die demonstrative Hereinnahme von nicht weniger als acht Frauen in den 14köpfigen Senat erst einmal ein deutliches Signal für einen Politikstil dar. Und doch wird es in vielen wichtigen Bereichen eine Umkehrung der bisherigen Politik geben. Dies gilt sowohl für den öffentlichen Nahverkehr (Einführung einer Umweltkarte), für die Frauenpolitik (Verabschiedung eines Quotierungsgesetzes) als auch für den Bereich demokratische Rechte und Justiz (Öffnung des Strafvollzugs).

Nicht ganz so fortschrittlich war man allerdings in den Bereichen, die nicht nur etwas Geld kosten, vor allem aber bei Forderungen, die die Interessen der Kapitalbesitzer berühren könnten. Bei der notwendigen Veränderung der milliardenschweren Berlinförderung soll bis auf weiteres »Ruhe an der Förderungsfront« herrschen, nicht einmal zu der sogar vom Berliner DGB geforderten Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes konnten sich die SPD-Unterhändler durchringen. Trotz dieser Schwächen dürfte die Koalitionsvereinbarung das am weitesten links stehende Programm aller bundesdeutschen Landesregierungen sein. Eine Orientierung für hoffentlich noch viele rot/grüne Bündnisse.

Koalition oder Tolerierung?

Die SPD sah für eine Kooperation mit der AL von Beginn an nur die Möglichkeit einer Koalition. Nur eine derartige Form der Zusammenarbeit könne die Angriffe von rechts erfolgreich abwehren. Alleine eine Koalition garantiere zudem die Kalkulierbarkeit für eine volle Legislaturperiode. Sie verhindere ein Spiel mit ungleichen Rollen, bei dem die AL mit weitreichenderen Vorschlägen die SPD zur Bildung wechselnder Mehrheiten im Abgeordnetenhaus zwingt. Neben diesen Argumenten war vor allem für die Parteilinke noch wichtig, daß bei einer Koalitionsbildung auch für die SPD die Rückzugsmöglichkeit schwieriger wäre.

Anders bei der Alternativen Liste. Hier verlief die Annäherung an die SPD über eine inzwischen über zwei Jahre geführte Diskussion über die Möglichkeit der Tolerierung eines SPD-geführten Minderheitssenats. Vor allem die sich am *Linken Forum* der

Grünen orientierenden führenden Mitglieder der AL wollten so aus den Fehlern von Hamburg und Hessen lernen. Es sollten weder für die SPD unerfüllbare Tolerierungsforderungen aufgestellt noch wollte man — wie in Hessen — mit einer fast reinen sozialdemokratischen Regierungspolitik identifiziert werden. Diese Position mußte zwangsläufig nach dem Wahltag unter Druck geraten. Die von der SPD signalisierte Bereitschaft zu einer Koalition, die Euphorie der breiten Basis angesichts der Aussicht auf einen rot-grünen Senat (als »Koalitionsbesoffenheit« verhöhnt) und das geschickte Aufgreifen dieser Stimmung durch die in der AL in der Minderheit befindlichen Realos (»Grüne Panther«) führte zu dem Beschluß der Mitgliederversammlung vom 11. Februar, in dem es u. a. hieß: »Die AL strebt eine Koalition an«. Die vor allem vom *Linken Forum* gestellte Führung der AL hielt hingegen ihre Forderung nach Tolerierung aufrecht. Harald Wolf begründete diese Position noch einmal in der *taz* vom 1. März 1989:

»Stimmt die Einschätzung, daß in der rot-grünen Koalition nicht viel mehr drin ist, als die Umsetzung sozialdemokratischer Politik — in einzelnen Punkten nicht einmal das — so bedeutet die Regierungs-beteiligung in der Koalition, daß sich die AL den 'Sachzwängen' sozialdemokratischer Politik unterordnen und zu deren Legitimierung erhalten muß. (...) Diese zentrifugalen Tendenzen — der Druck der SPD zu einer Unterordnung der AL unter das auf der Regierungsebene »Machbare« einerseits und das Bestreben der AL andererseits, ihre Eigenständigkeit zu bewahren, birgt die Gefahr in sich des permanenten taktischen Gerangels am Senatstisch bis hin zur Koalitionskrise und dem Bruch. (...) Mein Vorschlag ist deshalb, nach einer Form der Kooperation von SPD und AL zu suchen, die es ermöglicht, das, was gemeinsam machbar ist, umzusetzen und gleichzeitig eine Austragung der Differenzen beider Parteien zu ermöglichen, ohne daß dies unmittelbar als bündnisgefährdend erscheint. Mit der Duldung eines sozialdemokratischen Minderheitssenats könnte von seiten der AL klargestellt werden, daß die SPD, und nur die SPD, Regierungspolitik betreibt.«

Von der sozialdemokratischen Linken wurde diesen Argumenten entgegengehalten, daß bei einer offensichtlich von allen gewollten rot-grünen Zusammenarbeit nach Möglichkeit die stabilste Form — die Koalition — anzustreben ist. Nur so könnten die durchaus vorhandenen zentrifugalen Kräfte erfolgreich gebändigt werden. Die Verantwortung der beiden Partner ist hier ungleich größer: Kommt es hier zu einem ernsthaften Konflikt, so stehen letztlich das gemeinsam ausgehandelte Programm und auch die Senatsposten zur Disposition. Ein Bruch der Koalition bedeutet unweigerlich Neuwahlen. Die Tolerierung würde hingegen zu einer Hängepartie mit ungewissem Ausgang führen. Die notwendige Unabhängigkeit der Partei wird zudem nicht in erster Linie von der Form einer Kooperation bestimmt, sondern von deren eigener Verankerung und Kampagnefähigkeit. Hier aber hapert es offensichtlich bei der AL. Daß es schließlich doch noch zu einer fast achtzigprozentigen Zustimmung zu einer Koalition kam, war schließlich dem Ablauf der Ereignisse geschuldet. Der erfolgreiche Abschluß der Koalitionsverhandlungen und die Einigung über die Aufteilung der Ressorts hatten Fakten geschaffen, die für die breite AL-Basis wichtiger waren als alle Vorbehalte gegenüber einer Koalition. Politische Träger dieser Stimmung waren allerdings nur Einzelpersonen, wie u. a. Christian Ströbele, und die Realos der »Grünen Panther«, die jedoch nur eine Minderheit der Mitgliedschaft repräsentieren. Die Vertreter des *Linken Forums*, Harald Wolf, Birgit Arkenstette, Albert Statz und Frieder Otto Wolf

plädierten hingegen für Enthaltung bei der Koalitionsfrage und isolierten sich damit dauerlicher Weise selbst.

Mögliche Stolpersteine

Soll man angesichts der »Jahrhundertchance« für Rot/Grün bereits jetzt von möglichen Gefahren sprechen? Haben nicht die zügige Verhandlungsführung und der immer wieder erkennbare Wille zum Kompromiß gezeigt, daß es AL und SPD auch mit einer längerfristigen Zusammenarbeit ernst ist? Mit Sicherheit sind dies günstige Vorzeichen für die Verwirklichung der »Jahrhundertchance« und doch soll hier auf mögliche Stolpersteine hingewiesen werden, denn nur durch die möglichst genaue Kenntnis der Gefahren kann ihnen bekanntlich auch begegnet werden.

Anders als in Hessen wird in Berlin — mangels geeigneter Anlagen — nicht über Atomkraftwerke oder Atombrennstoffabriken zu streiten sein. In Berlin stürzte hingegen bereits der sozialliberale Senat über Probleme der inneren Sicherheit. Unruhen auf den Straßen und besetzte Häuser lieferten seinerzeit der CDU genug Munition, um den sozialdemokratisch geführten Senat aus dem Sattel zu heben. Nicht wenige Wähler, die seinerzeit von der SPD zur CDU wechselten, landeten jetzt bei den Republikanern. Die gegenwärtigen Angriffe auf den neuen Senat zeigen bereits, daß hier erneut der Hebel angesetzt werden soll. Kompliziert wird die Situation durch die Tatsache, daß die AL die Autonomen nur noch bedingt repräsentiert. So wurden die Alternativen bei den Abgeordnetenhauswahlen auch nur noch von einem Teil dieses Spektrums gewählt — vor allem in Kreuzberg gab es massive Wahlenthaltung von links. Unter den Autonomen finden sich zudem nicht wenige, die den »reformistischen Charakter« der AL gerade jetzt nach der Wahl des neuen Senats »entlarven« wollen. Für den kommenden 1. Mai sind bereits zwei Demonstrationen angekündigt worden: die offizielle des DGB und die »revolutionäre« der Autonomen in Kreuzberg.

Die Verhandlungen über die Koalitionsvereinbarungen und die Senatsbildung haben die Stärken und Schwächen der Alternativen Liste deutlich werden lassen. Ihr Organisationsprinzip nach inhaltlichen Bereichen begünstigt einerseits die Herausbildung von Fachkompetenz in der Partei — nicht wenige sozialdemokratische Unterhändler gerieten angesichts des detaillierten Fachwissens ihrer Kontrahenten in Staunen und Schwitzen. Die Macht der Bereiche verhindert aber zugleich die Herausbildung einer starken Führung. So bot die AL in den Sachverhandlungen das Bild einer sich verzettelnden »Spiegelstrichpartei«, der es an der Fähigkeit zur Schwerpunktsetzung fehlt. Auch bei der Personalauswahl der SenatorInnen sprachen die Bereiche das entscheidende Wort, nicht zufällig ist keines der von der AL gestellten Senatsmitglieder Mitglied der Alternativen Liste. In den zu bewältigenden Konflikten wird die Schwäche der zentralen Führung und ihre fehlende Vertretung im Senat die Alternative Liste nur bedingt handlungsfähig machen.

Die Soziodemokraten hingegen müssen beweisen, daß ihre inhaltliche und personelle Erneuerung ab 1985 die Partei wirklich zu neuen Ufern geführt hat. Sollten sie die Alternativen lediglich als billige Mehrheitsbeschaffer für die Fortführung einer alten

Politik betrachten, wäre der rot-grüne Traum schnell ausgeträumt. Die sich abzeichnende Arbeitsteilung zwischen AL und SPD — die AL als die vorantreibende Kraft, die Sozialdemokraten als die Zuständigen für die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung — bringt vor allem die sozialdemokratische Linke in Probleme. Sie wird sich nicht darauf beschränken können, nur Mittler zwischen Parteilinker und AL zu sein. Gefragt sind vielmehr auch ihre Vorschläge und Konzepte vor allem in den Bereichen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik — Bereiche, in denen gegenwärtig auch die AL so gut wie nichts zu bieten hat.

Der rot-grüne Senat von Berlin wirft viele neue und ungewohnte Fragen auf. Sie zu beantworten liegt nicht allein im Interesse der fortschrittlichen Entwicklung der Stadt, sondern dient auch der Vorbereitung von hoffentlich noch vielen rot/grünen Bündnissen in der gesamten Bundesrepublik.

Diether Dehm

Erste Einschätzung des Frankfurter Kommunalwahlergebnisses

1. Der »Lafontaineismus« (Verzicht auf antikapitalistische Zukunftsperspektiven) war in Frankfurt maßgeblich für Wahlaussage und Wahlkampf-Führung (bis hin zu einer Steinkühler-Ausladung zur Wahlabschlußveranstaltung in der Festhalle).

Die Wahlaussagen (»Stärkung der Wirtschaftskraft Frankfurts«, Verzicht auf klare Aussagen zur vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit in Frankfurt etc.) wurden von der Wahlkampfleitung und der Werbeagentur in einem bonapartistisch anmutenden Führungsstil teilweise gegen mehrheitliche Voten des Parteitages durchgesetzt.

2. Mit dem »Lafontaineismus« von Volker Hauff und Martin Wentz gelang es, neue Wählerschichten zu erschließen, wie dies zuletzt 1972 gelungen war. Besonders in den Stadtteilen von sogenannten Aufsteigern und gutsituierten Bürgerinnen und Bürgern konnte ein deutlicher Stimmenzuwachs erreicht werden. Das spezifische Klima und der spezifische Zuschnitt des Frankfurter »bürgerlichen Bürgers« (mit einer langen bürgerlichen und vergleichsweise wenig proletarischen Tradition, als eine der reichsten Städte der Erde, als Sitz von Werbeagenturen, Banken, anderen Dienstleistungszentren etc.) in Stadtteilen wie Nordend, Westend, Sachsenhausen usw. konnten mit der Person des Spitzenkandidaten und einem Teil der Wahlaussagen und der Wahlkampfleitung erfolgreich bedient werden.

3. Proletarisierte und teilverslumte Stadtteile hingegen konnte der »Lafontaineismus« nicht nur nicht erfassen, sondern mußte sie notwendigerweise strukturell vernachlässigen. In den westlichen Stadtteilen Griesheim (NPD um die 11 %, bei Stimmenverlusten der SPD!), Riederwald (NPD 10 %), Gallus, Sossenheim etc. wurde die Verzweiflung und Wut bei Wohnungssuche, Arbeitssuche, über Gesundheits- und Steuerreform

von der SPD strukturell vernachlässigt. Ganz abgesehen davon, daß eine wirkungsvolle Position mit differenzierender Zuspitzung zwischen Asylanten, Aussiedlern und Ausländern im allgemeinen durch die SPD dort nicht stattfand.

4. In einer für alle Beobachter atemberaubend kurzen Zeit gelang es dem DGB, um die 10000 Menschen zu einer antifaschistischen Kundgebung und Demonstration in die Innenstadt zu mobilisieren (ohne SPD und Hauff!). Dies hat es in den Zeiten der Wallmann-Regierung nicht gegeben. Es wird klar, daß es einen Zusammenhang zwischen SPD-Wahlerfolgen (und denen der Grünen) und der Ermutigung und Ermunterung von potentiellen DemonstrantInnen gibt. Offensichtlich spüren die Menschen, daß sie bei einer satt thronenden CDU wenig Empfindlichkeit für ihre Anliegen spüren, während eine rote oder rot-grüne Regierung immer auch Weichteile gegenüber diesen Forderungen hat, Überschneidungen in der Klientel zwischen Demonstranten und Wählern und demzufolge echte Druckmöglichkeiten. Die eingeschlafenen Füße der Frankfurter Linken korrelierten also mit einer satten CDU-Mehrheit und wurden in atemberaubender Geschwindigkeit wieder durchblutet und lebendig; was Hoffnungen für außerparlamentarische Mobilisierungsstrategien heraufziehen läßt.

5. *Fazit für uns:* a) Die FAZ konstatierte der SPD eine wirtschaftsfreundliche Führung und einen starken linkssozialistischen Flügel. Dieser linkssozialistische Flügel muß die außerparlamentarische Mobilisierung künftig mitbetreiben helfen.

b) Der »Lafontaineismus« von Volker Hauff und Martin Wentz hat seine Effizienz gehabt, wäre aber bei besseren Akzeptanz-Werten der Bonner Regierung und der hessischen Landesregierung und schlechteren Konjunkturdaten in ein Fiasko gelaufen. Dies könnte in vier Jahren geschehen! Das alleinige Ansprechen in Form und Inhalt von Etwas-Unzufriedenen und das strukturelle Vernachlässigen der Stark-Verzweifelten (deren Zorn und Verzweiflung sich dann auch in NPD-Stimmen und Nichtwählerschaft darstellt) kann nur erfolgreich sein, wenn die Gegenseite derartig große Fehler und Schwächen aufweist. Es wäre abenteuerlich, sich auf diese Strategie in Zukunft alleine zu verlassen, wie dies in Frankfurt im Wahlkampf geschehen ist.

c) Dennoch ist das reine Ansprechen der »Verzweifelten« auch auf die Dauer keine Lösung. Der soziale Bündnisdiskurs zwischen den »Etwas-Unzufriedenen« und den »Stark-Verzweifelten« ist in der SPD nicht ausgereift, muß aber zur Reifung getrieben werden. Hier haben die linkssozialistischen Potentiale in der Frankfurter SPD ihre Hauptaufgabe.

d) Der unterschiedliche Entwicklungsstand und das unterschiedliche Tempo eines Bewußtseins, welches auf kapitalistische Strukturkrisen und Skandale (im sozialen, im ökologischen und im unmittelbar staatspolitischen Bereich) hin entsteht, macht eine Strategie nötig, mit der auf die unterschiedlichen Schichten und Strömungen formal unterschiedlich und differenziert eingegangen wird. Die zentralen Aussagen bedürfen »diagonaler Lernschritte«. So müssen die Menschen in den Mittelschichtsbereichen (die »Etwas-Unzufriedenen«) lernen, die Verzweiflung der anderen kennenzulernen; so müssen die verzweifelten, proletarisierten Bereiche der Bevölkerung sozialistische Instrumentarien der Manifestation ihres Zorns und die Lösung ihrer Primär-Probleme angeboten bekommen.

e) Beide in Frankfurt räumlich und sozial getrennten Schichten und Klassen im lohn- und gehaltsabhängigen Sektor müssen für eine antikapitalistische Perspektive gewonnen werden, die in der Form differenziert und im Inhalt auf eine demokratisch geplante, sinnvolle und »dauerhafte Entwicklung« (SPD-Programmmentwurf) zielt. Der Ausstieg aus dem dogmatischen Diktat privatwirtschaftlicher Herrschaft über die Zukunft muß in beiden Bereichen vorangetrieben werden. Wir müssen dabei zugeben, daß auch die Marxisten in der SPD — und dies zeigte sich auch in der Debatte der Programmkommission — oftmals nicht über reine antikapitalistische Grundwiderspruchsplatitüden hinausgekommen sind. Das Popularisieren in der Bevölkerung setzt aber eine konkretisierende, praxisorientierte Durchdringung der Problematik in *unseren* Köpfen voraus.

Eine Offensive zugunsten von Vergesellschaftung und gesellschaftlicher Demokratie muß innerhalb der linkssozialistischen Kräfte durchdacht und zu programmatischen Kurzformen hochgearbeitet werden. Nur so läßt sich verhindern, daß in vier Jahren, wenn das »Glück« der Kohl-Regierung in Bonn vielleicht ausgesetzt hat, aus dem »La-fontaineismus« der gegenwärtigen Frankfurter »Partei-Obergurus« ein neuerliches Desaster wird.

Aufklärung und Mobilisierung auf der Straße dürfen wir gleichzeitig nicht den abgehalfterten Restbeständen aus Maoismus und schwarzem Block überlassen. Gewerkschaften und Sozialdemokraten haben neben den inhaltlichen Zuspitzungen auch die formalen Instrumente zur Breitenmobilisierung zu entwickeln.

SPD-Linke

Uwe Kremer

Kreisverkehr

Zur Tagung des Frankfurter Kreises vom 24. bis 26.2.1989

Der »Frankfurter Kreis« gilt als Zusammenschluß der sozialdemokratischen Linken. Was diese Feststellung heute und erst recht mit Blick auf die neunziger Jahre noch besagt, ist allerdings völlig ungeklärt. Die diesjährige Frühjahrstagung des Kreises hat daran nichts geändert. Vorab ein kurzer Rückblick:

Mitte der achtziger Jahre hatten die »Frankfurter« einen offenkundigen Bedeutungszuwachs erfahren. Mit der Generation der sogenannten Enkel und Enkelinnen rückten sie immer stärker in die Führungsgremien der Partei hinein und stellten spätestens auf dem Nürnberger Parteitag 1986 die »Mehrheit« der Delegierten und Vorstandsmitglieder. Inhaltlich repräsentierten sie eine Veränderung von friedens-, umwelt- und frauenpolitischen Positionen. Auch in der Wirtschaftspolitik gelang es dem Kreis durch sein Eingreifen im Nürnberger Aktionsprogramm wesentliche Elemente einer alternativen Konzeption zu verankern.

Zwei Jahre später war der »Frankfurter Kreis« auf dem Münsteraner Parteitag von 1988 mit einer gänzlich veränderten Situation konfrontiert. Mit den hinlänglich bekannten Vorstößen von Lafontaine wurde der schon lange Zeit vorher latent vorhandene Dissens in zentralen wirtschafts- und arbeitspolitischen Fragen innerhalb des bisherigen »Frankfurter« Spektrums deutlich. In den Diskussionen des Kreises während des Parteitags und dann auch in einigen Abstimmungen zeigte sich, daß die Konfliktlinien noch weniger als bisher entlang überkommener Kreisgrenzen verlaufen, was sich auch in den nachfolgenden Debatten innerhalb der Grundsatzprogrammkommission bestätigt hat.

Während sich ein Teil der Enkel mit wachsender staatspolitischer Verantwortung von der Parteilinken »emanzipiert« hat, diskutieren im »Frankfurter Kreis« heute fast alle relevanten Tendenzen der Partei (natürlich mit Ausnahme der »Seeheimer«). Ein Teil hat sich mehr oder weniger stark den sozialliberalen bzw. ökoliberalen Positionen Lafontaines angeschlossen. Auf der anderen Seite entwickelte sich in den letzten Monaten faktisch eine »Programmlinke«, die — geschart um Peter von Oertzen, Sigrid Skarpelis-Sperk, Detlev Albers und andere — im wirtschafts- und arbeitspolitischen Bereich auf Gegenkurs zu Lafontaine u.a. ging und dabei in einigen Punkten auch die Unterstützung durch ökosozialistische Positionen (Strasser u.a.) finden konnte. Meines Erachtens handelt es sich hierbei nicht einfach um partielle Meinungsverschiedenheiten, sondern um den Ausdruck tiefergehender Umgruppierungsprozesse innerhalb

der Partei, die den »Frankfurter Kreis« in seiner bisherigen Verfassung als obsolet erscheinen lassen.

Die Tagung des »Frankfurter Kreises« im Februar wurde davon merkwürdigerweise kaum berührt. Mit Ausnahme der sehr konturierten Positionsbestimmung im frauenpolitischen Bereich durch Heidemarie Wieczorek-Zeul handelte es sich bei den Debatten um das neue Grundsatzprogramm über weite Strecken um ein belangloses Geplänkel, das jeweils durch Referate von Christoph Zöpel (zur Programmdebatte) und von Oskar Lafontaine (zur Kommission »Fortschritt 90«) eingeleitet worden war. Dabei lohnt es sich durchaus, auf den inhaltlichen bzw. politisch-strategischen Kern ihrer Ausführungen genauer einzugehen.

So präsentiert Christoph Zöpel einmal mehr den »Sozialismus in einer Klasse«: Auf Grund der angenommenen Wachstumsgrenzen könne eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit (u. a. eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote) um ca. 25 Prozent nur mit einer Absenkung des durchschnittlichen Einkommensniveaus (vermutlich pro Kopf) verbunden sein, da die erforderliche dramatische Arbeitszeitverkürzung nicht anders zu finanzieren sei. Weitergehende ökonomische Eingriffe, die mit einer Veränderung der Finanzierungs- und Verteilungsgrundlagen verbunden wären sind bei Zöpel nicht vorgesehen. Damit nicht zu verwechseln sind seine Vorschläge, die interne Planungskompetenz des Staates (also Planung seiner eigenen Aktivitäten, nicht etwa ökonomischer Prozesse) und damit die Effizienz seiner bisherigen Strukturen zu erhöhen.

Oskar Lafontaine baute mit seinem Bericht aus der von ihm geleiteten Kommission »Fortschritt 90« den zweiten Strang dieser Argumentation auf: Mit dieser Kommission wird der durchaus gerechtfertigte Versuch gemacht, die Vielzahl bislang formulierter sozialdemokratischer Einzelreformvorhaben konzeptionell unter einen Hut zu bringen. Formulierten Vorhaben zum Elternurlaub, zur Ausbildungsförderung, zum sozialen Wohnungsbau, zur Bundesbahnsanierung, zum Pflegegesetz, zur Steuerreform und vielem anderen mehr schaffen einen öffentlichen Finanzierungs»überhang« von ca. 35 bis 40 Milliarden DM. Da grundlegende Reformen der Verteilungs- und Finanzierungsverhältnisse als Basis eines zusammenhängenden Reformprojektes nicht vorgesehen sind — vorliegende Ansätze in Sachen Öko- und Unternehmensbesteuerung werden an der Verteilung zwischen Staat, Kapital/Vermögen und Lohnarbeit wenig ändern —, müssen die Vorhaben derartig kleingearbeitet und zurechtgestutzt werden, daß sie »macht- und verteilungsneutral« umzusetzen sind: Also auch hier der »Sozialismus in einer Klasse«, wie er uns schon im Rahmen der Rentenreform ein Stück weit vor-exerziert worden ist.

Der »Frankfurter Kreis« arbeitete sich an etlichen Einzelpunkten dieser Ausführungen ab. Die Tagung war allerdings nicht darauf angelegt, zu den Grundlinien vorzustoßen. Was Zöpel und Lafontaine verbindet, ist ein tiefgreifendes politisch-ideologisches Phänomen, das man als modernen Sozialliberalismus oder auch als Ökoliberalismus bezeichnen könnte: Die Themen der Ökologie, der Frauenbefreiung, der selbstbestimmten Arbeit, der Flexibilität und der staatlichen Effizienz werden auf der Basis eines bürgerlich-liberalen Verständnisses des Unternehmertums und der Marktkräfte und eines verteilungspolitischen »Sozialismus in einer Klasse« angegangen. Mit dieser

Verbindung von individueller Emanzipation und »sozialer Marktwirtschaft« lösen sie die traditionelle Parteirechte ab und binden Teile der bisherigen Linken in einen systemkonformen Anpassungskurs an den modernen Kapitalismus ein.

Diese Einschätzung soll nicht als Verratsgeschrei interpretiert werden. Denn es war eigentlich logisch, daß derartige Positionen in der SPD wie auch in anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien aufkommen und als Modernisierungskonzepte mit technokratisch-fachlichem Know-how und ökologisch-sozialem Gewissen allemal mehr austragen als das abstrakte Beharren auf sozialistischen Grundsätzen, die nicht mehr für die konkreten Strukturveränderungen der Gesellschaft konkretisiert werden. Bei dieser Gelegenheit ist auf die Schwäche der sozialistischen Kräfte bzw. der »Programmlinken« auf dem Sektor der Kommission »Fortschritt 90«, also auf dem Gebiet reformpolitischer Konzepte und einer entsprechenden Regierungsprogrammatisierung zu verweisen.

Es ist für die Zukunft dieser Kräfte nicht so wichtig, wie entschieden globale Bedenken und sogenannte sozialistische Prinzipien formuliert, sondern wie entschieden gesellschaftlicher Reform- und ökonomischer Investitionsbedarf angemeldet wird. Die Realisierung dieser Reformvorhaben wird nämlich Arbeit, Geld und Macht erfordern — und noch lange Zeit auch wirtschaftliches Wachstum, das nach qualitativen Kriterien gelenkt und dessen Ergebnisse anders verteilt werden müssen. Auf dieser Basis kommt es darauf an, eine moderne sozialistische Politik zu formulieren, die an fortgeschrittenen Regulierungsstandards der kapitalistischen Welt anknüpft. Es kommt darauf an, Prämissen der zuvor angesprochenen Positionen von Zöpel und Lafontaine (z.B. Internationalisierungsthese, Sättigungsthese, langfristig konstante Investitionsquote, Verteilungsneutralität usw.) anzugreifen und mit einer realistischeren Vorstellung von den ökonomischen und sozialen Verhältnissen in den neunziger Jahren zu konfrontieren, um sich damit auf die Zeiten einer künftigen innerparteilichen Opposition gegen den ökologisch-sozialen Liberalismus in der SPD vorzubereiten.

SPD-Programmdebatte

Kurt Neumann

Glasnost — Wider publizistisches Nebelwerfen

Ein Bericht über die Arbeit der SPD-Programmkommission

Bonn, 12. Januar 1989, Klausurtagung der Programmkommission. Nach der Mittagspause sind die Beratungen wieder aufgenommen worden. Die noch offenen Abschnitte sollen abschließend inhaltlich behandelt und verabschiedet werden. Mitten in die Beratungen hinein reichen Mitarbeiter des Parteivorstands Fernschreiben, offenkundig Pressemeldungen. Erst Präsidiums- und anderen vergleichbar bedeutenden Kommissionären vorbehalten, werden nach heftiger Intervention Kopien der Agenturberichte allgemein verteilt. Staunen und Ärger sind die Reaktionen.

Bei der vormittäglichen Abstimmung über den Wirtschaftsteil des Programms hätten die »Marktwirtschaftler« und »Modernisierer« um Oskar Lafontaine und Wolfgang Roth gegen die »Gewerkschafter« und die »Traditionalisten« obsiegt. Auch habe sich Oskar Lafontaine mit seinem »Arbeitsbegriff« durchgesetzt. Richtig an diesen Pressemeldungen war, daß über den Wirtschaftsteil des Programms eine Abstimmung mit 13 gegen acht Stimmen bei drei Enthaltungen stattgefunden hatte. Die Auseinandersetzungen zu den Teilen »Zukunft der Arbeit« und »Wirtschaftsdemokratie« verliefen aber anders, vor allem differenzierter, als von interessierten Genossen in der Presse lanciert.

Die Gesamtabstimmung über den »Zweiten Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms erfolgte mit 13 gegen eine Stimme bei 9 Enthaltungen; acht Kommissionsmitglieder nahmen an der Abstimmung nicht teil. Nach einer stilistischen Überarbeitung und der Billigung der Endfassung des Entwurfs auf einer Sitzung der Kommission am 8. März ist mit einer breiten Publizierung des Textes nach Ostern zu rechnen. Beschlossen werden soll das neue Programm auf einem Parteitag vom 18. bis 20. Dezember in Bremen.

In den folgenden Abschnitten soll noch keine grundlegende Analyse des Programmentwurfs erfolgen, soll auch noch nicht der Versuch unternommen werden, dieses Dokument in die Programmgeschichte und in die reale Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie einzuordnen. Hier geht es um weniger, wenn auch nicht um Unwichtiges: Es geht darum, den Entstehungsprozeß, die Widersprüche und die offenen Fragen des Programmentwurfs zu beleuchten, mehr Durchblick als Voraussetzung für eine breite demokratische Willensbildung zu ermöglichen. Dabei kann nicht die ganze Breite des Programmentwurfs abgehandelt werden. Konzentration tut not, vor allem auf die Grundsatzfragen von Arbeit, Technik und Wirtschaftspolitik.

Zur Arbeitsweise der Kommission

Die Programmkommission nahm ihre Arbeit im Juni 1987 auf. Bis Mai 1988 sollten inhaltliche Schwerpunkte diskutiert, aber noch keine neuen Textentwürfe gefertigt werden. Dies sollte zunächst den Untergliederungen vorbehalten bleiben.

Die in der Kommission geführten inhaltlichen Diskussionen waren zwar überwiegend interessant, aber für den späteren Prozeß der Texterstellung kaum erheblich. Der Geschäftsführende Kommissionsvorsitzende Lafontaine, dem im wesentlichen die Leitung oblag, vermied es geflissentlich, irgendwelche Zwischenergebnisse der verschiedenen Debatten festhalten zu lassen. Selbstkritisch muß aber zugleich eingeräumt werden, daß die übrigen Kommissionsmitglieder eine andere, ergebnisorientierte Diskussions- und Verfahrensweise nicht nachhaltig anmahnten. — Im Juni 1988 legte der Vorstand der Kommission dann kurzfristig einen Gliederungsentwurf vor, der in der Kommissionssitzung selbst nur unwesentlich verändert werden konnte. Diese Gliederung war nicht Ergebnis von inhaltlichen Diskussionen der Kommission, sondern entsprach dem weltanschaulichen Vorverständnis einiger Vorstandsmitglieder.

Für die Erarbeitung von Teiltextrn wurden nunmehr nicht etwa Arbeitsgruppen eingesetzt. Jedem Kommissionsmitglied war vielmehr freigestellt, in der Sommerpause zu einem oder mehreren Bereichen Ausarbeitungen abzuliefern. Auf der Grundlage der Lieferungen und unter Berücksichtigung des »Irseer Entwurfs« sollte Thomas Meyer (Westliches Westfalen) einen »treuhänderischen« Gesamtentwurf erstellen. Statt an diesem Entwurf dann konkret mit — gegebenenfalls umfanglichen — Änderungsanträgen zu arbeiten, kam es zu einem ebenso mitwirkungsfeindlichen wie ineffektiven Vorgehen: Auf der Sitzung am 16. September wurde der kurz zuvor zugeschickte Entwurf von Thomas Meyer in einer Art »ersten Lesung« diskutiert. Danach sollte aber keine »zweite Lesung« erfolgen, sondern eine Überarbeitung durch Erhard Eppler. Die Überarbeitung lag am 21. Oktober vor. Die nächste Sitzung fand aber schon vom 1. bis 3. November in Romrod (Hessen) statt. Auf dieser Klausur-Tagung beschloß die Kommission, daß insbesondere bei den Abschnitten zur »Zukunft der Arbeit« und zur »Demokratisierung der Wirtschaft« vom Ausgangsentwurf Thomas Meyers ausgegangen werden solle. Sodann wurde — teilweise in Arbeitsgruppen — der Gesamttext auf inhaltliche Kontroversen durchgegangen. Erstmals wurde hier — unter der Leitung von Hans-Jochen Vogel — intensiv am Text um konkrete programmatische Aussagen gestritten. Am Schluß stand dann der Auftrag an Thomas Meyer und Erhard Eppler, auf der Grundlage der Diskussionen und Abstimmungen von Romrod einen neuen gemeinsamen Entwurf vorzulegen.

Über diesen neuen Entwurf, der am 23. November den Kommissionsmitgliedern vorlag, sollte auf einer Klausurtagung am 2./3. Dezember abschließend beraten werden. Danach sollte der Entwurf der Presse vorgestellt werden. Wer auf die endgültige Fassung Einfluß nehmen wollte, mußte — spätestens — zur Sitzung selbst schriftlich formulierte Änderungsanträge vorlegen. Dementsprechend wurden dann — in Form von Tischvorlagen — etwa 350 mehr oder weniger ausführliche Änderungsvorschläge unterbreitet. Ihre angemessene Behandlung war kaum möglich.

Helle Aufregung verursachte dann ein Abstimmungsergebnis. Zum Abschnitt »Zukunft der Arbeit« hatte Sigrid Skarpelis-Sperk (Südbayern) einen gut fünfseitigen Änderungsantrag vorgelegt, den der Sitzungsleiter Oskar Lafontaine ohne Aussprache zur Abstimmung stellte. Als dieser Antrag — für manche überraschend — mit zwölf zu sechs eine eindeutige Mehrheit fand, bestand plötzlich ganz erheblicher Diskussionsbedarf. Es zeigte sich, daß es nach dem Verständnis einiger Genossen nicht nur quantitatives und qualitatives Wachstum, sondern auch qualitative und quantitative Mehrheiten gibt.

Ergebnis der sich anschließenden — teils außerordentlich hektisch geführten — Diskussion war die Einsetzung einer Arbeitsgruppe. Diese sollte den in den Entwurf hingestimmten Änderungsantrag noch einmal überarbeiten. Da weitere Kontroversen und möglicherweise auch unübersichtliche Abstimmungsverhältnisse für das Kapitel »Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften« erwartet werden konnten, wurde auch dieser Teil zur Bearbeitung an eine Arbeitsgruppe überwiesen. Schließlich gab es noch eine Arbeitsgruppe für die Abschnitte »Kulturarbeit in der Demokratie« und »Aufgabe der Medien«.

Die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen und einige kleinere noch offene Fragen wurden dann auf der Sitzung am 11./12. Januar 1989 in Bonn abschließend beraten.

Angesichts der geschilderten Arbeitsweise dürfte es nicht verwundern, daß der »Zweite Entwurf« eine Vielzahl von Widersprüchlichkeiten und Unklarheiten enthält, daß manche Aussagen mehrfach in den Text aufgenommen wurden und die Gesamtstruktur des Textes nicht gerade zwingend erscheint. Auch aus diesem Grunde sollten sich die Untergliederungen nicht scheuen, neben Einzeländerungen zu ganzen Abschnitten oder Kapiteln Alternativen vorzuschlagen.

Zur Struktur des Entwurfs und zur »Philosophie« der Gliederung

Kernstück des »Zweiten Entwurfs« ist der Teil IV. »Die freie, gerechte und solidarische Gesellschaft: Eine neue Kultur des Zusammenlebens und Zusammenwirkens«. Dieser Teil umfaßt gut 65 der 82 Seiten des Gesamtentwurfs und enthält die Kapitel: 1. »Die Gleichstellung aller Menschen in einer solidarischen Gesellschaft«, 2. »Die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit« mit den Abschnitten »Notwendige Arbeit und freie Tätigkeit« sowie »Das kulturelle Leben« von den »Bildungszielen« bis zum »Sport«, 3. »Durch soziale Gerechtigkeit zur solidarischen Gerechtigkeit«, 4. »Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften« und 5. »Demokratie in Staat und Gesellschaft«. Die gewählte Gliederung führt zu mancherlei Ungereimtheiten. So wird die »Europäische Gemeinschaft« zum einen in Teil III. unter der Überschrift »Frieden in gemeinsamer Sicherheit« behandelt, zum anderen aber im Kapitel IV.4. zwischen den Abschnitten »Internationale Verflechtung« und »Nationale Verantwortung«, und zwar unter der Überschrift »Die Europäische Gemeinschaft als regionaler Zusammenschluß«. Problematischer noch ist das Verhältnis der unterschiedlichen Teile, die sich mit Problemen von Arbeit, Technik und Wirtschaft befassen.

In der beschlossenen Fassung des Entwurfs finden wir Aussagen zur technischen Entwicklung, zur Veränderung der Arbeitsprozesse und zu demokratischen Einflußmöglichkeiten in diesem Bereich sowohl im Kapitel »Zur Zukunft der Arbeit und der freien Zeit« als auch im Kapitel »Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften« in den Abschnitten »Gestalten der Technik als politische Aufgabe« und »Wirtschaftsdemokratie«. Die Massenarbeitslosigkeit ist behandelt im Abschnitt »Zukunft der Arbeit« unter den Überschriften »Arbeitszeitverkürzung — Beitrag zur Vollbeschäftigung und Zeitsouveränität« und »Für eine neue Politik der Arbeit« sowie im Abschnitt »Wirtschaftsdemokratie« unter der Überschrift »Öffentliche Finanzen«. Arbeitslosigkeit als Konsequenz einer bestimmten Wirtschaftsweise wird damit ausgeblendet. Es bleibt insofern bei der eher verniedlichenden Feststellung: »Der Markt allein aber kann weder Vollbeschäftigung herstellen noch Verteilungsgerechtigkeit bewirken oder Umwelt schützen.« (67)

Das Auseinanderreißen von unter ökonomischen Gesichtspunkten zusammengehörenden Problemen ist nicht zufällig. Dahinter steckt — weniger bei den »Modernisierern« Lafontaine und Roth als bei dem »Ethiker« Erhard Eppler — System, eine idealistische Weltsicht, die in der weiteren Programm-Debatte nicht in der Gliederung versteckt bleiben darf, sondern explizit und damit diskutierbar gemacht werden muß. An einem Satz des Entwurfs, der in dem ursprünglichen Entwurf von Thomas Meyer noch nicht enthalten war, kommt diese Weltsicht in fast unauffälliger Formulierung zum Ausdruck. Zur Einleitung des großen Teils IV. heißt es unter der Überschrift »Eine neue Kultur des Zusammenlebens«: »Wir wollen keine von ökonomischen Interessen manipulierte Kultur, nicht die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche, sondern eine Wirtschaft, die sich in die Kultur des Zusammenlebens einfügt.« (23)

Diese Formulierung wird vordergründig auf Zustimmung stoßen. Wer ist denn nicht gegen eine »manipulierte« Kultur. Aber ist damit denn alles zum Verhältnis von ökonomischen Interessen und Verhältnissen zur Kultur gesagt? In dem Entwurf heißt es unmittelbar vor der zitierten Stelle: »Kultur wird auch geprägt durch die Qualität der Arbeit, der Erwerbsarbeit so gut wie der Haus-, Familien- und Eigenarbeit.« (22) Die Arbeit, insbesondere die Erwerbsarbeit, erfolgt unter jeweils konkreten historischen Bedingungen, die immer auch wirtschaftliche Bedingungen sind und in denen sich wirtschaftliche Interessen niederschlagen. Kann es nicht sein, daß die wichtigere Frage die ist, welche ökonomischen Interessen eine bestimmte Kultur prägen und wie sie es tun?

Widerspruch verdient vor allem die prinzipielle strategische Forderung, Ziel sei »eine Wirtschaft, die sich in eine Kultur des Zusammenlebens einfügt«. Hier wird in bester idealistischer Manier vorausgesetzt, daß ganz allgemein und völlig unhistorisch die »Kultur des Zusammenlebens« definiert werden könnte. Hieraus müßte dann abgeleitet werden, wie die Arbeit zukünftig zu organisieren ist und welchen Einfluß das auf die Gestaltung der Wirtschaft insgesamt hat. Unter diesem Gesichtspunkt erfährt die gewählte Gliederung eine gewisse Schlüssigkeit, tatsächlich ist diese konsequent idealistische Denkweise nicht durchgehalten.

Objektiv ermöglicht das Auseinanderreißen von Problembereichen, die unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Macht zusammengehören, in den vorderen Teilen all-

gemein die Zukunft der menschlichen Arbeit hochzuhalten und weiter hinten dann Wirtschaftspolitik auf dem harten Boden der »Wettbewerbsfähigkeit« zu machen. Als Mittel zur Umsetzung der strategischen Vorstellungen verbleibt der Appell an die Einsicht der Guten und Gerechten — oder wie es an verschiedenen Stellen des Entwurfs heißt: der »Bürgerdialog«.

Tatsächlich haben sich aber in dem Entwurf weder die »Marktwirtschaftler« noch die »ethischen Idealisten« voll oder auch nur überwiegend durchgesetzt, wie dieses bei der Gliederung geschehen ist. Dieses soll kurz und vorläufig an den zentralen Bereichen des Entwurfs beleuchtet werden.

Zum Thema »Zukunft der Arbeit«

Zu Unrecht ist die programmatische Diskussion durch die Behauptung geprägt worden, es gehe darum, einen neuen Arbeitsbegriff zu entwickeln. Die Erkenntnis, daß auch Familienarbeit und Hausarbeit als nützliche und notwendige menschliche Tätigkeiten gesellschaftliche Arbeit darstellen, ist älter noch als die Programmgeschichte der SPD. Auch das Godesberger Programm ging davon aus und forderte gar: »Hausfrauenarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden.« Was dieses konkret bedeuten sollte, ob etwa Lohn für Hausarbeit gezahlt werden sollte und wenn ja, von wem, blieb unbeantwortet.

Auch in der aktuellen Diskussion der Programmdebatte wurde nicht klar, welche Konsequenz denn aus der Forderung nach gleicher Bewertung der Nichterwerbsarbeit folgen sollte.

Im Programmentwurf ist aus der verbalen Aufwertung (mehr der Familienarbeit als der Hausarbeit) die Konsequenz gezogen worden, Zeiten der Kindererziehung und der Betreuung Pflegebedürftiger bei der sozialen Sicherung zu berücksichtigen.

Im übrigen aber hat sich die Grundsatzposition durchgesetzt, daß jeder Mann und jede Frau ein Recht auf Erwerbsarbeit habe und daß die Familien- und Hausarbeit möglichst gleichmäßig aufgeteilt werden müssen. Keineswegs hat sich eine denkbare Position durchgesetzt, die Gleichwertigkeit der Familienarbeit zum Argument dafür zu nehmen, insbesondere Frauen den Zugang zum Erwerbsleben zu verwehren.

Auch ausgehend von der Notwendigkeit, alle Arbeit möglichst gleichmäßig auf alle zu verteilen, ist im Entwurf eine klare Aussage zur Arbeitszeitverkürzung getroffen worden: »Daher streben wir den sechsständigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an.« (37) Gegen diesen Abschnitt, über den schon in Romrod entschieden wurde, stimmten einige Gewerkschaftsvertreter, die hier eine Einengung der Tarifautonomie befürchteten, und Oskar Lafontaine. Als einziger verweigerte dieser auch seine Zustimmung zu der unzweideutigen Aussage: »Der Samstag soll nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden.« (37) Bei der Gesamtabstimmung über den Teil »Zukunft der Arbeit« stimmte er ohne Vorbehalt zu, um sich dann eine Woche später im »Stern« wieder für die Ausweitung der Wochenendarbeit auszusprechen.

In diesem Abschnitt positiv zu bewerten sind auch die Aussagen zur grundsätzlichen »Bedeutung der Arbeit« (31f.), zum »Strukturwandel der Erwerbsarbeit«, zu den »Risiken für die Arbeitenden« und zu »einer neuen Politik der Arbeit«. Gerade was das Verhältnis von Arbeit und Technik, die Frage der menschengerechten Gestaltung der Arbeit und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit angeht, finden sich hier die klareren und stärker arbeitsorientierten Aussagen als im eigentlichen wirtschaftspolitischen Teil. Bei einer Harmonisierung der jeweiligen Aussagen wird darauf zu achten sein, daß diese Teile nicht wieder relativiert werden.

Zum Thema »Wirtschaftsdemokratie«

Man muß nicht Prophet sein, um voraussagen zu können, daß die Teile des Programms, die, wenn auch zum Teil eher unsystematisch wie »Markt und Staat« und »öffentliche Finanzen« unter dieser Überschrift abgehandelt sind, bis zum und auf dem Bremer Parteitag die kontroversesten Diskussionen auslösen werden. Schon während der Kommissionsarbeit selbst sind immer wieder Veränderungen vorgenommen worden, so daß ein genauer Nachvollzug einen gesonderten Artikel ausmachen könnte. Hier kann es nur darum gehen aufzuzeigen, welche Hauptpositionen gegeneinanderstanden und wie weit sie sich durchgesetzt haben.

Grundsätzlich problematisch erscheint, daß der Entwurf allzu häufig Probleme an den Begriffspaaren »Markt« und »Wettbewerb« auf der einen und »Staat« und »Plan« auf der anderen Seite entlang diskutiert und nicht an dem Gegensatz von »Kapitalmacht« und »Wirtschaftsdemokratie«. So erscheint ihm dann auch die Verbindung von »Wettbewerbssystem« mit der »privaten Verfügung über die Produktionsmittel« eher äußerlich (54/55):

»In modernen, demokratisch verfaßten Industriegesellschaften geschieht die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen durch eine gemischte Wirtschaft, in der Wettbewerb und staatliches Handeln zusammenwirken. Dieses System hat sich als überaus leistungsfähig und allen Formen zentraler Verwaltungswirtschaft prinzipiell überlegen erwiesen.

Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbssystems ist seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel. Diese Verbindung hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung hervorgerufen und zu unkontrollierter wirtschaftlicher Macht und ungerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt.«

Demgegenüber wird aber an anderer Stelle eindeutig der Vorrang der Grundsätze der Wirtschaftsdemokratie vor anderen Entscheidungskriterien hervorgehoben (65/66):

»In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zwängen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen geben der Politik den Handlungsrahmen vor, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen setzen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln.

Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften läßt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.«

Daß diese Festlegung bei den einzelnen wirtschaftspolitischen Aussagen beachtet wurde, läßt sich nun allerdings beim besten Willen nicht sagen. Hier muß ganz entschieden nachgebessert werden. Das gilt auch für die Fragestellung der Möglichkeiten

demokratischer gesellschaftlicher Planung. — Soweit über die kommissionsinternen Diskussionen hierzu berichtet wurde, konnten Spitzenleistungen von Desinformation erzielt werden. Die entsprechenden Textstellen, die auf einem Kompromißvorschlag von Christoph Zöpel beruhen, stellen alles andere dar als eine Absage an planmäßige und koordinierte staatliche Interventionen in den Bereich der Wirtschaft (67/68):

»Der Staat muß mehr sein als Reparaturbetrieb. Der Staat soll sein Handeln vorausschauend planen, gewollte Entwicklungen in Gang setzen und Fehlentwicklungen abwenden. Er soll die demokratische Diskussion zwischen den Bürgern und mit den Bürgern fördern und den politischen Willen der Mehrheit durchsetzen.

Der Staat setzt Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Er muß dafür sorgen, daß soziale und ökologische Kosten, die die Allgemeinheit belasten, soweit als möglich bereits in die eigenen Entscheidungen der Unternehmen, und damit in deren Kostenrechnung, einbezogen werden.

Staat und Kommunen planen ihr wirtschaftsbezogenes Handeln; sie stimmen Planungen miteinander ab. Das kann zu staatlichen Entwicklungsplänen führen, die für Regionen, Länder oder den Gesamtstaat gelten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Planungen des Staates und der Kommunen sind Vorgaben und Orientierung für die Entscheidungen der Unternehmen.

Für die staatliche Rahmensezung wie für die Planungskoordination von Staat und Kommunen sind verbesserte Informationen nötig; die Strukturberichterstattung und Vorausschau müssen deshalb ausgebaut werden. Strukturbestimmende Großunternehmen haben den Staat und die Kommunen rechtzeitig und regelmäßig über arbeitsmarktrelevante Planungen und Standortplanungen zu unterrichten.«

Diese letztlich beschlossenen Formulierungen leiden noch an zwei Mängeln. Der eine ist, daß — wohl aus wahltaktischer Übervorsicht — Begriffe wie Planung oder Rahmenplan entweder vermieden oder nur sehr defensiv verwendet werden. Das wird gegenüber der gesellschaftlichen Rechten nichts nützen, aber die eigene Überzeugungskraft schwächen. Hier werden offensivere und plastischere, vor allem auch problembezogenere und nicht so technisch anmutende Formulierungen gefunden werden müssen. Vielleicht kann hier Wolfgang Roth helfen, der schon am 14. Juni 1974 zu sagen wußte:

»Das Entscheidende ist jedoch, daß man Richtung, Struktur, Proportion und Eigenarten (auch den künftigen Güterausstoß) des Wachstums heute unter sozialen und gesellschaftlichen Aspekten planen muß. Die Unmöglichkeit des Staates und der gesellschaftlichen Organisation, diese gesellschaftspolitische Strukturplanung zu betreiben, Beeinflussung der Richtung und der Proportionen, auch der räumlichen Beziehungsverhältnisse, die eine Rolle spielen, die Unfähigkeit, diese Planung zu betreiben, das ist eine spezifisch kapitalistische Eigenart. Die Unfähigkeit des Staates, auch nur seine eigenen Investitionen sinnvoll im Hinblick auf strukturellpolitisch wirtschaftliche Aspekte zu planen, ist das Ergebnis des kapitalistischen Staatsverständnisses, des Eingrenzens des Staates auf eine Rolle, die defensiv und nachträglich korrigierend ist, aber nicht vorwegplanen und steuern will. Klar sein muß, daß die Frage der Planbarkeit und der Veränderung der Planungsfähigkeit des Staates das Entscheidende der heutigen gesellschaftspolitischen Aufgabe ist.«

Der andere Mangel besteht darin, daß der Zusammenhang zwischen demokratischer Planung und der Notwendigkeit, demokratisch nicht legitimierte Kapitalmacht einzuschränken, auch nicht im Ansatz problematisiert wurde.

So wurde zwar im Hinblick auf die ökologischen Anforderungen eine Passage aus dem »Irseer Entwurf« fast wörtlich zitiert (60):

»Daher reicht ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft von der Produktidee über den Produktionsprozeß bis zum Verbrauch und zur Wiedergewinnung verbrauchter Rohstoffe. Sie erfordert eine ökologische Bewertung der eingesetzten Stoffe, Verbindungen und Verfahren. Sie umfaßt alle Formen der Energiegewinnung und Energieumwandlung.«

Wie dieses aber planmäßig geschehen kann, bleibt weithin offen. Für den Bereich der Chemiepolitik etwa sind nur »Zulassungsverfahren« und »Umweltverträglichkeitsprüfungen« als Mittel der politischen Gestaltung angesprochen (61).

In der Kommission bestand wenig Bereitschaft, über weitergehende Eingriffe in die kapitalistische Verfügung bis hin zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel nachzudenken. Gegen Widerstand gelang es Hans-Jochen Vogel gerade noch, die alte Formulierung aus dem Godesberger Programm in den neuen Entwurf hinüberzuretten (69): »Wo mit anderen Mitteln eine sozial verantwortbare Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.«

Ein Ergänzungsantrag von Detlev Albers (Bremen) und Kurt Neumann (Berlin) fand nur wenig Zustimmung:

»Die strukturbestimmende Rolle und der mit demokratischen Grundsätzen unvereinbare Einfluß der Großbanken, vor allem der Deutschen Bank, erfordern, daß diese Unternehmen entsprechend den Vorschriften des Grundgesetzes in Gemeineigentum überführt werden. Das Gleiche gilt für die großen Unternehmen der chemischen und der pharmazeutischen Industrie. Anders ist hier die grundlegende Umgestaltung der Produktion zum Schutz von Gesundheit und Umwelt ebenso wenig möglich wie die demokratische Kontrolle bio-technischer Entwicklungen. Als Voraussetzung für einen sozial gestalteten Umbau (Konversion) der Rüstungsindustrie in nützliche Produktionen, der parallel zu erfolgreicher Abrüstungspolitik stattfinden kann und muß, sind auch die Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen, die hier einen wesentlichen Schwerpunkt haben.«

Während die Frage, welche grundlegende Umgestaltung auch der Wirtschaftsordnung erforderlich ist, wenn Wirtschaften zukünftig ökologisch und sozial verantwortlich erfolgen soll, erst noch in das Bewußtsein breiter Teile der Sozialdemokratie hineingetragen werden muß, konnten Teilerfolge erzielt werden, soweit es um kurz- oder mittelfristige Konjunktur- bzw. Zukunftsinvestitionsprogramme geht. Im Entwurf von Erhard Eppler hieß es hierzu noch:

»Kreditfinanzierte öffentliche Programme für wichtige Wachstumsfelder können kurzfristig Konjunkturreinbrüche mildern, ökologische Erneuerung anstoßen und Arbeitsplätze schaffen. Globale Konjunkturprogramme scheitern längerfristig an internationalen Einflüssen und überfordern die öffentlichen Finanzen.«

Auf deutliche Intervention vor allem von Heinrich Lienker (Ostwestfalen-Lippe) beschloß die Kommission (71/72):

»Ausschließlich oder überwiegend kreditfinanzierte öffentliche Programme für wichtige Wachstumsfelder können kurzfristig Konjunkturreinbrüche mildern, die ökologische Erneuerung anstoßen und Arbeitsplätze schaffen. — Umfassende und langfristige Beschäftigungsprogramme kommen nur für genau definierte ökologische oder soziale Ziele von struktureller Bedeutung in Frage und müssen in erster Linie aus der Belastung nichtinvestierter Gewinne oder höherer Einkommen finanziert werden. Gesetzliche Voraussetzungen dafür sollen zusammen mit der Reform des Steuerrechts die sinnvolle investive Verwendung von Gewinnen fördern und spekulative Verwendung verhindern.«

Insgesamt ist also der wirtschaftspolitische Teil des Programms nicht so »marktwirtschaftlich«, wie einige glauben machen wollen. Er ist aber auch noch lange nicht auf der Höhe der Problemlage, die in den einleitenden Teilen des Programms aufgezeigt sind: Die großen Fragen von Umweltzerstörung, von Hunger und Elend im Süden und von Massenarbeitslosigkeit auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern bedürfen Antworten größerer Dimension, als sie im Entwurf angedeutet sind.

Reinhold Rünker

Über das Subversive der Eigenarbeit und die Reichweite von Wirtschaftsdemokratie

Programmforum der Jusos Westliches Westfalen am 4.3.1989

Die Wahl des Ortes war alles andere als zufällig. Im IG Metall-Bildungszentrum in Sprockhövel nahmen wichtige Kontrahenten der SPD-Programmdiskussion Stellung zu den Aussagen des zweiten Entwurfs in den Bereichen »Zukunft der Arbeit« und »Wirtschaftsdemokratie«. Nach der Begrüßung durch den Juso-Bezirksvorsitzenden Karsten Rudolph kündigte *Helmut Kuhne* (SPD-Bezirksvorstand Westliches Westfalen) gerade zu diesen Feldern der Programmarbeit weitere Diskussionen im Bezirk an. Zunächst gehe es vor allem darum, die »Interpretationsherrschaft über den zweiten Entwurf« sicherzustellen: Schließlich treffe die Behauptung, Roth und Lafontaine hätten sich in vielen Fragen durchgesetzt, nicht zu. Die Partei-Linke müsse diesem Eindruck entgegenreten und die tatsächlichen Konfliktlinien aufzeigen.

Die erste Diskussionsrunde wurde von *Jochen Flackus* (pers. Referent von Lafontaine) eröffnet, der seine eigenen Vorstellungen vortragen wollte — wobei er vielfache Übereinstimmungen mit seinem Chef einräumte. Die Positionen waren zumeist bekannt: Die strukturelle Arbeitslosigkeit erfordere ein Solidaropfer der Gesellschaft, vor allem der Arbeitsplatz»besitzer«, durch drastische Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich. Das schrumpfende Volumen der Industriearbeit könne durch eine Ausweitung der öffentlich-finanzierten Dienstleistungen nicht ausreichend kompensiert werden.

Als eine große Herausforderung nannte er den großen Bedarf an Maßnahmen zur Qualifizierung der Arbeitskraft sowie die Neubestimmung des Arbeitsbegriffs. Ein zunehmender Anteil von Arbeit werde nicht mehr über den Markt geregelt, sondern in Form von Eigenarbeit geleistet. Erwerbsarbeit sei zwar auch künftig wichtig, entscheidender jedoch werde die Gestaltung der Eigenarbeit. Sie bilde, so Jochen Flackus, *das* linke Projekt der Zukunft. Eigenarbeit habe etwas Subversives; erst die Schaffung größerer Freizeitblöcke durch Arbeitszeitverkürzung habe die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen ermöglicht. Nur wenn Menschen außerhalb der Erwerbsarbeit selbstbestimmt leben könnten, wären sie auch im betrieblichen Alltag in der Lage, ihre Interessen besser durchzusetzen. Die subversive Kraft der Eigenarbeit ermögliche umfassendere Demokratisierung. Daher sei die Gleichbewertung von Eigen- und Erwerbsarbeit, also die Abkehr von der dominierenden Rolle der Erwerbsarbeit durch Aufwertung der Eigenarbeit erforderlich.

Neue Formen der Flexibilisierung seien zu diskutieren: »8 Millionen Menschen — inklusive der Arbeitslosen — wollen veränderte Arbeitszeiten, wieso wollen wir das nicht ermöglichen?« In diesem Kontext favorisierte Flackus das von Lafontaine entworfene Modell *Wochenendarbeit*. Gestärkt werden müsse die individuelle Wahlfreiheit. Die Frage, wer in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zunächst die Macht hat,

Möglichkeiten freier Disposition zu nutzen, blieb ausgeblendet. Natürlich sollen auch nach Flackus neue Modelle der Arbeitszeitgestaltung nicht auf Kosten der gesellschaftlichen Solidarität gehen dürfen. Die Perspektive bestehe in der »beteiligten Gesellschaft« mit der Triade: Neubewertung von Arbeit, Wahlfreiheit bei den Arbeitszeiten, Gleichstellung von Männern und Frauen.

Dem setzte *Heinrich Lienker* (SPD-Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe, Mitglied der Programmkommission) das Konzept der Vollbeschäftigung durch Einführung der 30-Stunden-Woche bei Lohnausgleich und differenzierten Lohnerhöhungen sowie den Grundsatz der staatlichen Verantwortung für die Beschäftigungspolitik entgegen. Den Gegensatz zu Lafontaine sah er in der Haltung gegenüber der Tatsache, daß der Erwerbsarbeit auch künftig eine zentrale Rolle zukomme. Die Gleichstellung von Mann und Frau werde nicht allein durch eine Aufwertung der Eigenarbeit, sondern vor allem durch die praktische Gleichberechtigung in der Erwerbsarbeit erreicht werden. In der Diskussion der Partei machte Lienker eine sich verstärkende »staatstragende Anti-Staatshaltung« aus, die den Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit den Tarifparteien überlassen wolle. Allerdings sei in der Programmkommission die staatliche Verantwortung für die Beschäftigung von einer Zweidrittelmehrheit herausgestellt und so in den neuen Entwurf aufgenommen worden.

Nicht vereinbar sei, so Lienker, die Gleichstellung von Mann und Frau mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Die Forcierung der Flexibilisierung stütze die Deregulierungsbestrebungen der Unternehmenseite, ohne daß nennenswerte Beschäftigungseffekte oder die gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Eigenarbeit erzielt würden. Obleich das Programmkapitel »Zukunft der Arbeit« in der Kommission weitgehend einvernehmlich verabschiedet wurde, hielt Lienker den Ausgang der weiteren Debatte über die arbeitspolitische Linie des neuen Grundsatzprogramms für offen und unterstützte *Kuhnes* Aufruf, eine linke Interpretationsherrschaft über den neuen Entwurf anzustreben.

Die anschließende allgemeine Diskussion war heftiger als erwartet. Kritisiert wurde vor allem die Forderung nach stärkerer Flexibilisierung und der Gedanke von der Aufwertung der Eigenarbeit als Mittel zum Zweck der Gleichstellung der Geschlechter. *Ralf Krämer*, Landesvorsitzender der Jusos in Nordrhein-Westfalen, kritisierte jene Perspektive, in der Eigenarbeit dadurch aufgewertet wird, daß gesellschaftlich notwendige Arbeit individuell verausgabt wird.

»Diese Arbeit muß, vor allem im Bereich der sozialen Dienstleistungen, vielmehr in den Erwerbsarbeitssektor überführt und gesellschaftlich geregelt werden. Nur dann besteht die Möglichkeit, sich in der Freizeit individuell zu entfalten, Haus- und Familienarbeit gerecht zwischen Männern und Frauen zu verteilen. Hier ist jedoch nicht weniger Staat, sondern mehr gesellschaftliche Planung und Verantwortung gefordert.«

So erregt die Debatte über die »Zukunft der Arbeit« war, so nüchtern und sachlich war sie zur »Wirtschaftsdemokratie«, weil, wie es *Hans-Detlev Küller* (Sekretär für Mitbestimmungsfragen beim DGB-Bundesvorstand) formulierte, sie »die Herzen der Menschen nicht so erreicht und bewegt«. In seinem Einleitungsbeitrag wies *Wolfgang Roth* (wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) darauf hin, daß der

Programmwurf eigentlich keine neuen Forderungen erhebe, sondern auf die bisherigen Beschlüsse zur betrieblichen Mitbestimmung aufbaue. Neu sei nur, daß die Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie für die Bewältigung des Strukturwandels stärker hervorgehoben werde. Persönlich sei er der Auffassung, daß die Betriebsräte bei der Technikgestaltung ein Veto-Recht erhalten sollten. Die größte Demokratisierungschance sieht Roth allerdings in der Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen. Dieser Aspekt müsse im Programm klarer ausgearbeitet werden.

Während Roth Wirtschaftsdemokratie auf die betriebliche Ebene beschränkte, hob *Peter von Oertzen* (Mitglied der Programmkommission) ihre gesamtgesellschaftliche Dimension hervor. Dem Programmwurf warf er vor, den Anspruch weitreichender Demokratisierung im entscheidenden Bereich der Wirtschaft nicht einzulösen. Drei Punkte seien von zentraler Bedeutung: Eine gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung sei erforderlich, die über Vorgaben in Form von Ge- und Verboten hinausgehen müsse. Die gesellschaftliche Kontrolle von marktbestimmenden Betrieben müsse durch eine demokratischere Unternehmensverfassung ermöglicht werden. Schließlich sei das Problem nicht-reinvestierter Gewinne im Programmwurf mangelhaft behandelt. Konkrete Maßnahmen müßten formuliert werden, damit diese Mittel als Geldkapital realwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoll eingesetzt werden.

Von Oertzen bekräftigte die Funktion der Wirtschafts- und Sozialräte als wichtigen Elementen von Wirtschaftsdemokratie. Die Wirtschafts- und Sozialausschüsse, die der neue Entwurf vorsehe, dürften nicht »Quasselbuden« ohne Kompetenz sein. Ihnen müßten Möglichkeiten zu indirekt wirkenden Eingriffen auf betrieblicher Ebene gegeben werden, etwa durch eine qualifizierte Informationspflicht und durch demokratisierte Unternehmensstrukturen.

Wie Peter von Oertzen empfand auch *Hans-Detlev Küller* (DGB) die Aussagen des Kapitels zur »Wirtschaftsdemokratie« als »blutleer« und »defensiv«; eine konkrete Zielbestimmung fehle. Die nationalen und gesamtgesellschaftlichen Spielräume von Wirtschaftspolitik würden zu gering geschätzt. Positionen des DGB zu Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie fänden sich im Programmwurf nur verkürzt wieder. Der Zusammenhang von Demokratie am Arbeitsplatz, im einzelnen Betrieb, in den Konzernen und in der Gesamtwirtschaft müsse deutlicher dargestellt werden. Notwendig seien präzisere Aussagen zu den Möglichkeiten von Planung und Gemeineigentum.

Wolfgang Roth antwortete darauf, daß schließlich die Gewerkschaften den Gedanken des Gemeineigentums diskreditiert hätten und daher die Skepsis gegenüber dieser Eigentumsform groß sei. Nicht nur der SPD, auch dem DGB mangle es an eindeutigen Positionen, etwa zur Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen. Weiterreichende und tiefgehende Differenzen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie wurden hier lediglich angedeutet. Denn nach diesem Scharmützel stellten Küller und Roth sogleich einmütig fest, daß SPD und DGB nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften.

In der anschließenden Diskussion spielten vor allem zwei Aspekte eine Rolle: Zum einen galt das Interesse der Frage nationaler Handlungsspielräume vor dem Hintergrund des Mindestrenditetheorems, wie es von Fritz Scharpf vertreten wird. Hier

herrschte gemeinsam die Auffassung, daß nationale Handlungsmöglichkeiten für die Bundesrepublik durchaus vorhanden sind; die These, sozialdemokratische Wirtschaftspolitik müsse den einheimischen Unternehmen bestimmte Renditen zuverlässig garantieren, traf nirgendwo auf ausdrückliche Zustimmung.

Einen anderen Schwerpunkt der Diskussionsbeiträge bildete die »staatstragende Anti-Staatshaltung«. Zwar betonten alle Diskutanten, daß gesellschaftliches und politisches Handeln auch Fehler produziere. Aber selbst bei Teilen des »Frankfurter Kreises« drohe eine grundsätzliche Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit staatlichen Handelns. Gegen Roth, der eher auf die Kräfte des Markts vertraute, erklärten von Oertzen und Küller übereinstimmend, daß sie die »neue Weinerlichkeit« in dieser Frage für unbegründet halten. Die anhaltenden Probleme der kapitalistischen Produktionsweise, Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung u.a.m., seien Beweis genug, daß die Lösung der wirtschafts- und sozialpolitischen Grundfragen nicht vom »Markt« erwartet werden kann.

Die Jusos jedenfalls wollen nach Aussage von Karsten Rudolph in den nächsten Monaten der Programmdiskussion weiter dafür kämpfen, daß der Anspruch des Entwurfs — »wir wollen eine Gesellschaft ohne Klassen« — in allen Teilen des künftigen Programms eingelöst wird. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß die »Fortschrittskommission« unter Leitung Oskar Lafontaines schon sehr bald ein Regierungsprogramm für die neunziger Jahre vorlegen werde. »Wir werden darauf achten, daß das, was im Grundsatzprogramm stehen wird, auch Eingang in das Regierungsprogramm findet.«

Grüne

Jürgen Maier

Die Grünen nach Duisburg — ein Neuanfang?

Kaum ein Parteitag in der Geschichte der Grünen war mit so viel Spannung erwartet worden wie der nunmehr dritte, der in der Duisburger Rhein-Ruhr-Halle vom 3. bis 5. März stattfand. Nach der faktischen Abwahl des Bundesvorstandes im Dezember 1988 stand der gesamte Vorstand zur Neuwahl an. Damit wurden die Karten in der Partei neu gemischt. Die anderen Tagesordnungspunkte, darunter die restliche Wahl der Europa-Liste (ab Platz 6) und die Diskussion um die Berliner rot-grünen Verhandlungen, traten gegenüber der Vorstandswahl weitgehend in den Hintergrund.

Schon die Kandidatenliste für den Vorstand zeigte, daß sich gegenüber dem alten Vorstand erhebliche Verschiebungen ergeben würden. Die »Fundis« zogen ihre einzige Kandidatin Manon Tuckfeld aus Frankfurt unmittelbar vor Beginn der Wahlen zurück und sind damit im neuen Bundesvorstand nicht mehr vertreten. Seitens der »Realos« wurde eine große Zahl von Kandidaten ins Rennen geschickt, in der Hoffnung, die Chance zu nutzen, im Bündnis mit dem »Aufbruch 88« die Bundespartei zu »übernehmen«. Eine Hoffnung, die sich indes nicht erfüllen sollte.

Im Vorfeld des Parteitags gab es in den Kreisverbänden die wohl seit langem politischsten Delegiertenwahlen. Der 3. Duisburger Parteitag wurde in den meisten Kreisverbänden vergleichsweise intensiv vordiskutiert, die Delegiertenmandate waren begehrt. Dazu trugen auch die intensiven Mobilisierungsversuche der Realos bei, die etwa mittels Strömungsrundbriefen ihre Leute aufriefen, möglichst zahlreich dafür zu sorgen, den sogenannten »Neuanfang« mit klaren Mehrheiten für ihre Kandidaten sicherzustellen. Der Parteitag votierte eindeutig für mehr Pluralismus im neuen Vorstand (11 Mitglieder, davon 3 Sprecher/innen, 1 Schatzmeister, 1 Schriftführerin, 6 Beisitzer/innen), stattete keine Strömung mit einer Mehrheit aus und spiegelte damit die realen Kräfteverhältnisse in der Partei einigermaßen repräsentativ wider.

Viele Delegierte wählten offenbar ganz bewußt Vertreter/innen unterschiedlicher Strömungen. Dies zeigte bereits die Wahl der drei Sprecher/innen des Vorstandes, die gemäß Frauenstatut mindestens zwei Frauen sein müssen. Bei der Wahl zur ersten Sprecherin setzte sich noch die Kandidatin des »Bundes-Realo-Treffens« Ruth Hammerbacher, bisherige niedersächsische Landtagsabgeordnete, gegen die Kandidaten der Linken, Verena Krieger, bisher MdB, mit 294 : 277 knapp durch. Für Verwirrung sorgte dabei Renate Damus aus Osnabrück, bisher Mitglied im kommissarischen Bundesvorstand. Sie zählte sich zwar zum »Linken Forum«, hatte aber nicht dessen Votum für ihre Kandidatur als Sprecherin, sondern lediglich für eine Beisitzerinnen-Kandidatur. Das »Linke Forum« hatte sich statt dessen für Verena Krieger ausgesprochen, als

eine Kandidatin der Linken, die sich weder dem Forum selbst noch den Fundis zu-rechnet. Damit sollte eine Kandidatur zweier linker Kandidatinnen gegeneinander (eine des Forums gegen eine Fundi-Kandidatin, d.h. Manon Tuckfeld) vermieden werden. Im zweiten Wahlgang zog Renate Damus allerdings entgegen vorheriger Zu-sagen und zur erheblichen Verärgerung des »Linken Forums« zugunsten der Realo-Kandidatin Hammerbacher zurück. Für die Wahl zur zweiten Sprecherin erhielt Verena Krieger, indes eine höhere Stimmenzahl: Sie setzte sich mit 318 : 230 gleich im ersten Wahlgang gegen die nunmehr nur noch von Realos und »Aufbruch« unterstützte Renate Damus durch. Der dritte Sprecherplatz war für die männlichen Kandidaten offen. Der als Favorit geltende und von den Realos unterstützte Kandidat des »Auf-bruchs«, Ralf Fücks (bisher Bremer Bürgerschaftsabgeordneter), setzte sich im ersten Wahlgang gegen Jürgen Reents vom »Linken Forum« mit 338 : 218 durch.

Unumstritten als Schatzmeister wurde Axel Vogel aus München mit 485 Stimmen gewählt. Er war bisher kommissarischer Schatzmeister und läßt sich keinem Flügel zu-ordnen. Für die Wahl zur Schriftführerin kandidierten Martha Rosenkranz, unterstützt vom »Linken Forum«, gegen Renate Damus, die sich im zweiten Wahlgang mit 229 : 217 knapp durchsetzte.

Überraschend erfolgreich bei den Beisitzer-Wahlen war das »Linke Forum« (auch als »undogmatische Linke« bekannt), das immerhin 4 der 6 Beisitzerplätze stellt (Martha Rosenkranz/Saarland, Jürgen Reents/Hamburg, Benita Schulz/Köln und der als ein-ziges Mitglied des alten Bundesvorstandes gewählte Jürgen Maier/Böblingen). Die an-deren beiden Plätze gingen an Realos (Norbert Mann/Mülheim, Gisela Wül-fing/Frankfurt). Der Realo-Hardliner Udo Knapp fiel durch.

Über den neuen Vorstand läßt sich zweierlei auf jeden Fall bereits sagen. Erstens sind bei den Parteilinken keine Vertreter der »Fundis« mehr vertreten, sondern neben Verena Krieger nur noch Vertreter des »Linken Forums«. Dies dokumentiert eine sehr klare Kräfteverschiebung auf der Parteilinken, die auch an der Reaktion des Parteitags auf die Berliner rot-grünen Koalitions-Verhandlungen deutlich wurde. Für den Kurs der AL gab es sehr breite Zustimmung bei den Delegierten. Dies zeigt, daß sich nicht mehr über das »Ob«, sondern über das »Wie« der politischen Option einer Koalition mit der SPD die Strömungen der Grünen scheiden. Gleichzeitig wird dies nicht mehr als *die* zentrale Kontroverse behandelt — eine aus meiner Sicht begrüßenswerte und not-wendige Kräfteverschiebung. Zweitens sind im neuen Vorstand erstmals ernstzuneh-mende Realos vertreten, die innerhalb ihrer eigenen Strömung tatsächlich Gewicht haben, statt bloße Platzhalterfunktionen einzunehmen. Ob diese Tatsache dazu führen kann, an die Stelle destruktiver Grabenkämpfe in der Sache harte, aber letztlich verbindliche Diskussionen und Entscheidungen zwischen den Strömungen im Vorstand zu setzen, ist indes eine andere Frage.

Die harten Machtkämpfe der Vergangenheit sind jedenfalls mit dem Duisburger Par-teitag nicht unbedingt beendet worden. Bereits vor dem Duisburger Parteitag kursierte im Bonner Flurfunk eine »Schwarze Liste« der Realos mit denjenigen Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die als »zu fundamentalistisch« auf der Kündigungsliste standen, darunter Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde und die beiden Presse-

sprecher. Daraus dürfte angesichts der nicht zustandegekommenen Realo-Mehrheit wohl nichts werden. Der gescheiterte Vorstands-Kandidat und derzeitige Schily-Mitarbeiter Udo Knapp jedenfalls wird bereits als Bundesgeschäftsführer-Kandidat gehandelt — offenbar ist er auf heftiger Jobsuche; auch als eine Art »politischer Direktor« der Stuttgarter Landtagsfraktion konnten ihn die dortigen Realos dem Vernehmen nach mangels politischer Akzeptanz nicht unterbringen. Auch diverse andere Projekte der Realos, etwa eine Hierarchisierung im Vorstand durch die massive Abwertung der 6 Vorstands-Beisitzer zugunsten der 5 Mitglieder des »geschäftsführenden Vorstandes«, erwiesen sich als nicht mehrheitsfähig. Es muß sich erst noch zeigen, inwieweit die Realos ihre politischen Akzente im neuen Vorstand künftig durch solcherlei Strukturfragen oder durch inhaltliche Arbeit einbringen werden. Zu hoffen ist allerdings, daß innerhalb der Partei Leute, die sich in erster Linie durch struktur- und personalpolitische Machtkämpfe betätigen, statt inhaltliche Kontroversen zu führen, künftig erheblich schneller ins Abseits geraten. Dies war in der Vergangenheit jedenfalls viel zu wenig der Fall.

Geschlechterverhältnisse

Ellen Henk

Verunsicherungen nutzen!

Zur Diskussion um die »Feminisierung der Lohnarbeit«

»Technik braucht die weibliche Hand«, fordert der Werbeslogan eines englischen Industrieunternehmens.¹ In den Managementetagen wird schon seit einiger Zeit darüber nachgedacht, wie weibliche Qualifikationen effizienter eingesetzt werden können. Auf dem Hintergrund der durch die neuen Informationstechnologien veränderten Arbeitsanforderungen werden Frauen für die Industrie interessanter: Man glaubt, sie leichter für Flexibilisierungspläne gewinnen zu können, und sie scheinen besser in die Vorstellungen von »Neuer Unternehmenskultur« hineinzupassen.

Aber auch in der Linken gibt es Diskussionen darüber, welche Auswirkungen die Automatisierung und die damit verbundene Veränderung der Arbeitsweise auf die Stellung der Frauen im Erwerbsprozeß haben. Beschäftigt sich frau mit diesen Fragen im Rahmen der Juso-Strategiedebatte, so stößt sie unweigerlich auf die These von der »Feminisierung der Lohnarbeit«.² Unklar bleibt, ob es sich dabei um einen analytischen oder strategischen Begriff handelt. Weitere Fragen schließen sich an: Geht es um den quantitativen Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen? Ist die Veränderung in der Struktur weiblicher Erwerbstätigkeit gemeint, oder wird gar die Auflösung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Erwerbsarbeit prognostiziert?

Große Sprünge beim *Umfang* der weiblichen Erwerbsarbeit sind nicht zu erkennen: Angesichts der Hartnäckigkeit der Eindrittel-Quote (bereits 1907 waren ein Drittel aller Erwerbstätigen Frauen) ist der Anstieg um 4,5 Prozent zwischen 1966 und 1983 von 34,4 auf 38,9 Prozent nicht überzubewerten. Allerdings — und das zeigen diese Zahlen nicht — sind im Gegensatz zum Anfang des Jahrhunderts 93 Prozent aller Frauen irgendwann einmal in ihrem Leben erwerbstätig gewesen. Wichtiger als die Veränderung des zahlenmäßigen Anteils der Frauen an der Erwerbsquote, ist der Wandel in der Struktur weiblicher Erwerbstätigkeit: Waren 1950 nur 60 Prozent lohnabhängig Beschäftigte, aber knapp ein Drittel aller Frauen »mithelfende Familienangehörige«, so sind heute mehr als 89 Prozent aller berufstätigen Frauen Lohnabhängige.³ Dies ist u. a. ein Ergebnis des seit der Bildungsreform erheblich angestiegenen weiblichen Qualifikationsniveaus. Kann diese Entwicklung als »Feminisierung der Lohnarbeit« bezeichnet werden? Daß Frauen heute zum überwiegenden Teil Lohnarbeit verrichten, zeigt lediglich die Beseitigung auch dieser vorkapitalistischen Form der Ausbeutung im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution. Als Begründung für den Begriff der »Feminisierung der Lohnarbeit« ist diese Argumentation zu dünn.

Gegen eine Begründung dieses Begriffes durch eine quantitative und qualitative Ausweitung der Erwerbsarbeit von Frauen sprechen allerdings auch noch andere Argumente: Die Hälfte aller Frauen arbeitet im Bürobereich; dort steht die Automatisierung erst noch bevor. Bestenfalls kommt es dann nur zu Umstrukturierungen der innerbetrieblichen Arbeitsorganisation, nicht aber zu massenhaften Entlassungen. Auf jeden Fall werden aber routinemäßige Tätigkeiten wegfallen, die überwiegend Frauen verrichten. 1983 lag die Arbeitslosenquote bei Bürohilfskräften, Stenotypistinnen und Dattentypistinnen bei 13,9 Prozent — also weit über dem Durchschnitt.⁴ Selbst Frauen in den mittleren Bürofunktionen werden von Wegrationalisierungen überproportional betroffen sein, weil ihre Arbeit zu einem geringeren Anteil aus dispositiven Tätigkeiten besteht als die ihrer Kollegen. In diesem Zusammenhang wird sogar befürchtet, daß es zur »Entfeminisierung des Büros« kommt.⁵ Für die industrielle Produktion weist *Cynthia Cockburn* eine widersprüchliche Entwicklung nach: Am Beispiel der englischen Textilindustrie zeigt sie, daß die Einführung von CAD/CAM (Computer-Aided Design und Computer-Aided Manufacturing) zu einem Eindringen von Frauen in männliche Arbeitsdomänen geführt hat. Mit der Feminisierung dieser Arbeitsfelder ging die Herabstufung der Tätigkeit einher, die sich auch in Form von Lohnsenkungen ausdrückte.⁶

Ein weiterer Begründungszusammenhang für die These von der »Feminisierung der Lohnarbeit« wird mit dem Hinweis auf die veränderten, höheren und ganzheitlicheren Qualifikationsanforderungen aufgeführt. Für die neuen Qualifikationen würden weibliche Aneignungsweisen und Kompetenzen benötigt. Dies ermögliche die Auflockerung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Soweit hiermit die Aneignung fachlicher Kompetenz gemeint ist, stellt eine Untersuchung von *Brosius/Haug* fest, daß die Kompetenzzuwächse durch die Einführung von EDV in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Geschlecht der Beschäftigten stehen.⁷ Frauen sind also weder technikfeindlicher als Männer, wie teilweise behauptet wird, noch bringen sie Eigenschaften mit, die ihnen den Umgang mit Computern erleichtern. Frauen werden jedoch behindert bei der Aneignung neuer Techniken, indem ihnen Einführungskurse und Weiterbildung häufiger vorenthalten werden als ihren Kollegen. Die benötigten Kenntnisse werden nach Feierabend im Selbststudium von Handbüchern erworben. Diese unangemessene Lernform verhindert einen verstehenden Zugang zur Computerarbeit und verstärkt die Angst vor Unvorhersehbarem, das als jederzeit hereinbrechende Katastrophe erfahren wird.⁸

Mit dem Einsatz von EDV gehen in der Regel auch arbeitsorganisatorische Veränderungen einher, die neue Qualifikationen erfordern. Dabei stehen an erster Stelle Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit. Auf einem Kongreß »Frauen und Wirtschaft in den 90er Jahren« wurde von den Spitzen der deutschen Industrie festgestellt: Zunehmend werden »Manager in Fähigkeiten wie Kommunikationsvermögen, Kreativität, Flexibilität oder Mitarbeiterorientierung geschult, alles Forderungen, die dem spezifischen Leistungsvermögen von Frauen entgegenkämen«.⁹ Was bisher als Schwäche des weiblichen Geschlechts galt, wird nun als innovativer Führungsstil gefeiert. Wenn von dieser Seite Applaus kommt, ist Vorsicht geboten. Bedauerlich ist die Beliebtheit, der

sich diese Argumentation auch in Teilen der Linken erfreut. Wird doch aus den Augen verloren, daß gerade die sogenannten sozialen Kompetenzen von Frauen Fesseln sind, die sie an der Vertretung ihrer Interessen hindern. Ihre soziale Verantwortung gegenüber Familie und Kindern hindert sie gleichermaßen am beruflichen Aufstieg wie ihre Schwierigkeit, sich in innerbetrieblichen Konkurrenzformen zurechtzufinden. Es ist nicht im Interesse von Frauen, alte ideologische Zuschreibungen mit positivem Vorzeichen zu versehen. Statt zu prognostizieren, daß weibliche Aneignungsweisen im Trend liegen, wäre eine Auseinandersetzung an der Zeit, wie sich Frauen die veränderten Arbeitsbedingungen aneignen. Das eröffnete auch den Blick für Behinderungen und Chancen, die in den Aneignungsweisen selbst liegen. Dazu im folgenden zwei Beispiele.

Die Frage, ob die Zunahme von kooperativen Arbeitsbeziehungen kollektive Handlungsformen der Beschäftigten begünstigen und welche Rolle die Frauen dabei spielen, ist für eine fortschrittliche Politik von großem Interesse. Neben einer Reihe anderer erstaunlicher Ergebnisse stellt die Untersuchung von *Brosius/Haug* einen Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil in Kooperationsverhältnissen und kollektivem Handeln fest. Dieser Zusammenhang ist allerdings asymmetrisch: Zwar ist nach Aussage der männlichen Beschäftigten die Bereitschaft zu kollektiven Konfliktlösungen um so höher, je mehr Frauen in dem jeweiligen Bereich arbeiten. Die Frauen erfahren eine Veränderung ihres Konfliktlösungsverhaltens aber nur, wenn sie in einer deutlichen Minderheit oder Mehrheit sind.¹⁰ Offenbar passen sich Frauen in Abteilungen mit etwa gleichem Männer- und Frauenanteil eher an die männliche Arbeitskultur an. Es scheint so, als trügen sie zwar zu einer Integration von Arbeitnehmerinteressen bei, dies aber zum Teil zu Lasten einer weiblichen Interessenpolitik.

Ein weiteres Problem: Auf Grund ihrer Zuständigkeit für Familie und Haushalt erscheint es naheliegend, daß Frauen mit unvorhersehbaren Ereignissen, Unterbrechung von Arbeitsvorgängen und Wartezeiten besonders gut umgehen können, und daß sie Phantasie und Experimentierfreude bei der Lösung von Alltagsproblemen entwickeln. Computerarbeit verlangt wegen der Fehleranfälligkeit der Systeme gerade diese Eigenschaften. Frauen müßten also gerade mit dieser Tätigkeit besonders gut zurechtkommen. In den Untersuchungen von *Frigga Haug* stellte sich jedoch folgende Merkwürdigkeit heraus: Frauen »empfanden solche Arbeit, die der häuslichen am meisten ähnelt, als unzureichend, ja, im Grunde überhaupt nicht als Arbeit, sondern als vertane Zeit.«¹¹ Fähigkeiten, die im häuslichen Bereich erworben werden, sind ihnen nicht unbedingt nützlich bei der Erwerbsarbeit. Sie sind mit Bedeutungen versehen, die die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern widerspiegeln.

Diese Untersuchungsergebnisse zeigen, daß sich Frauen die veränderten Arbeitsweisen als widerspruchsvolle Anordnungen aneignen. Anhand des letzten Beispiels kann dies noch einmal verdeutlicht werden: Es findet eine Abwehr gegen Qualifikationsanforderungen statt, die dem häuslichen Aufgabenbereich zugeordnet sind. Die Auflösung der strikten Grenzziehung zwischen Arbeitsplatz und Haushalt wird als Bedrohung erlebt. Das kann nicht verwundern, da doch gerade der Schritt in die Erwerbstätigkeit für viele Frauen eine vermeintliche Möglichkeit darstellt, sich der allumfassenden Vereinnahmung durch die Familie und der damit verbundenen Aufgaben zu ent-

ziehen. Wenn gerade diese Anforderungen auch im Erwerbsleben Gültigkeit erlangen sollen, ist der Widerstand von Frauen dagegen ein emanzipatorischer Akt. Zugleich entheben sie sich jedoch mit der bloßen Abwehr der Chance, die alten Arbeitsteilungen aufzuweichen, indem sie sich der neuen Technologien und der neuen Qualifikationen bemächtigen.

Welchen Einfluß hat die Einführung der Mikroelektronik auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Erwerbsleben? Neue Produktionsmittel bewirken eine Neuformierung von Arbeitsteilungen, insbesondere wenn ihre Einsatzmöglichkeiten so universell sind wie bei der elektronischen Datenverarbeitung. Im Kapitalismus hat dies bisher zu einer immer stärkere Ausdifferenzierung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung geführt. Daß die Feminisierung von Arbeitsfeldern — im Sinne des massenhaften Eindringens von Frauen — nicht unbedingt zu einer Aufweichung von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung führt, sondern im Gegenteil eine Verschärfung derselben zur Folge haben kann, zeigt der Einzug der Schreibmaschine in die Büros vor gut einhundert Jahren: Erstmals zogen Frauen massenhaft in die Schreibstuben ein, weil sich die Schreiber weigerten, die neue Technik anzunehmen. Wo zuvor kunstfertig Schriftstücke verfaßt und niedergeschrieben wurden, tippten nun Frauen in ohrenbetäubendem Lärm fertige Manuskripte ab. Eine neue Arbeitsteilung in den Büros bildete sich heraus, die der Mehrzahl der Frauen die ausführende und routinemäßige Schreibarbeit zuwies, während sich die Männer stärker den sachbearbeitenden und dispositiven Tätigkeiten zuwendeten.¹² Der Einzug der Schreibmaschine in die Büros beförderte die Zerstückelung der Arbeit, die ihrerseits eine Hierarchisierung von Tätigkeiten erleichterte. Das Eindringen von Frauen in die ursprünglich männliche Arbeitsdomäne löste die horizontale (Aufsplitterung der Arbeitsfelder) und vertikale (Abstufung nach Entscheidungsbefugnis) Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern im Bürobereich aus. Gerade weil sich die Frauen die neue Technik aneigneten, landeten sie in den als minderqualifiziert bezeichneten Jobs.

Im Gegensatz zur Schreibmaschine legt die Arbeit mit dem Computer eine Zusammenführung von zuvor getrennten Tätigkeiten nahe und ermöglicht die Verwendung eines Arbeitsmittels für eine Vielzahl von Aufgaben von der Texterfassung über computergestütztes Konstruieren bis hin zum Programmieren. Ob an die Stelle der alten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen im Erwerbsleben nicht neue für Frauen gleichermaßen diskriminierende treten, ist derzeit noch offen. Ein Schlaglicht auf die Problematik werfen folgende Fragen: Wenn die Zerstückelung der Arbeit verringert wird, geht damit auch die Auflösung der vertikalen Arbeitsteilungen zwischen den Geschlechtern einher? Können sich Frauen als Technikerinnen und Ingenieurinnen auf dem Gebiet der neuen Technologien qualifizieren oder bleibt ihnen die Maschinenbedienung vorbehalten? Werden sie in den traditionellen gewerblich-technischen Bereichen Lücken schließen, die Männer hinterlassen, wenn sie in die zukunftssträchtigen Berufe vordringen? Können sich Frauen in den innovativen Berufen, wie z.B. Software-Entwicklung, durchsetzen, obwohl gerade hier ein wöchentlicher Wechsel der Arbeitszeit die Regel ist, der eine Vereinbarung von Beruf und Familie kaum zuläßt? — Die Entscheidungen darüber werden allein in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung

um die Zukunft der Arbeit getroffen, deren Bestandteil die Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ist. Ein Entwicklungstrend in Richtung einer »Feminisierung der Lohnarbeit« ist nicht absehbar.

Die Beschränkung von Frauen auf ein kleines Spektrum von Berufen, die darüber hinaus weniger qualifiziert und schlechter bezahlt sind, basiert auf einfachen ideologischen Zuordnungen darüber, was Männer- und was Frauenarbeit ist. Der Einzug des Computers hat diese Zuordnungen ins Wanken gebracht: Computerarbeit ist weder körperlich schwer noch schmutzig — also keine *Männerarbeit*; sie ist Tipparbeit — insofern *Frauenarbeit*; gleichermaßen kann der Computer als Arbeitsmittel für planerische Zwecke eingesetzt werden — ist Computerarbeit also doch *Männerarbeit*? Die Verwirrung ist groß, weil die alten Klischees nicht mehr passen. Nicht die Ersetzung körperlicher Kraft durch computergestützte Systeme oder die vermeintliche Fingerfertigkeit von Frauen eröffnen ihnen neue Chancen. Im Gegenteil: Angesichts der Tatsache, daß verschiedene geistige Tätigkeiten — wie Daten erfassen, Programme schreiben, Werkzeuge konstruieren oder chemische Prozesse steuern — mit dem gleichen Arbeitsmittel verrichtet werden, ist die Absurdität biologistischer Argumentationen offenkundiger geworden! Es sind also die ideologischen Fundamente der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung brüchig geworden. Die Chance für Frauen liegt nicht in einer »Feminisierung der Lohnarbeit«, die ja nur eine Neudefinition dessen, was Frauen- und Männerarbeit ist, bedeutet, sondern in der kulturellen Unverträglichkeit¹³, die die neue Technik mit sich bringt. Die Einführung der EDV stellt die einzelnen vor die unlösbare Aufgabe, die neuen Tätigkeiten in die alten Geschlechterkategorien einzuordnen. Die Verunsicherungen, die daraus erwachsen, weichen die bisherigen Grenzziehungen auf. Dabei greifen individuelle Berufsentscheidungen von Frauen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Frauenförderpläne in Unternehmen und Gewerkschaften, Einrichtung von Informatikkursen für Mädchen in der Schule und Frauencomputerkurse ineinander. Es kommt darauf an, daß Frauen die beschriebenen Verwirrungen dazu nutzen, die alten Geschlechterlinien zu ihren Gunsten zu verschieben. Denn andernorts wird schon wieder an neuen Arbeitsteilungen gewerkelt.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Cynthia Cockburn: Die Herrschaftsmaschine. Berlin-West 1988, S.11.
- 2 Vgl. Uwe Kremer: Moderner Sozialismus — Eckpunkte der Strategiebildung. In: *spw* 36/1987, S.278.
- 3 Vgl. Alma Steinberg: Strukturdaten zur Frauenerwerbstätigkeit. In: Arbeitskreis Frauenfrage des IMSF (Hrsg.): Emanzipation in der Krise?, Frankfurt/M. 1986, S.41.
- 4 Vgl. Waltraud Thal: Frauenarbeit im Büro. In: A. Steinberg: Strukturdaten ... (vgl. Anm.3), S.129
- 5 Ulrich Briefs: Arbeitslosigkeit unter Angestellten, Aspekte einer langfristigen Krisenentwicklung in der BRD. In: WSI-Mitteilungen 2/1976, S.91.
- 6 Vgl. Cynthia Cockburn: Die Herrschaftsmaschine (vgl. Anm.1), S.74ff.
- 7 Vgl. Gerhard Brosius/Frigga Haug: Frauen \ Männer \ Computer. Berlin-West 1987, S.17.
- 8 Vgl. Frigga Haug: Frauen, Arbeit, Automation. In: Störfaktor 6/1988, H.2, S.49f.; auch in: D. Albers u.a. (Hrsg.): Sozialismus der Zukunft, Berlin-West 1988.
- 9 Managementqualität steigt mit der Zahl der Frauen. In: Handelsblatt, 3.11.1988, S.6.
- 10 Vgl. G. Brosius/F. Haug: Frauen \ Männer \ Computer (vgl. Anm. 7), S.84ff.
- 11 Frigga Haug: Frauen, Arbeit, Automation (vgl. Anm. 8), S.50.
- 12 Vgl. Ingrid Schöll: Schreibgeschichten. In: Ingrid Schöll/Ina Küller (Hrsg.): Micro Sisters, Berlin-West 1988, S.58f.
- 13 Vgl. Frigga Haug: Frauen, Arbeit, Automation. In: Störfaktor 6/1988, H.2, S.43f.

Demokratische Rechte

Werner Holtfort

Polizei, Staat und Gesellschaft

Polizeibegriff im Wandel der Zeiten*

Polizei und Politik — beide Worte stammen ab von »Polis«, der Bezeichnung des griechischen Stadtstaates. Daher bedeutete Polizei ursprünglich die gesamte staatliche Verwaltung im Gegensatz zur kirchlichen, danach aber soviel wie innere Verwaltung. Polizeidiener in den Städten, das Militär im übrigen Lande hatten für Sicherheit, Ruhe und Ordnung, aber auch für Zucht zu sorgen — dazu gehörte die Aufsicht über die richtige, klassengerechte, vorgeschriebene Kleidung ebenso wie über den Lebenswandel der Bürger. Noch bis 1945 hatten wir einen weiten Polizeibegriff: Gesundheitspolizei fiel darunter, Gewerbepolizei, Ausländerpolizei, Verwaltungspolizei, um nur einige der vielen Zweige neben der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zu nennen.

Eine Sicherheitspolizei gab es in Preußen erst seit Friedrich Wilhelm I., dem Vater Friedrichs des Großen. Diese neue, bürgerliche Polizei wurde erst etwa 1860 uniformiert, und zwar ähnlich wie Soldaten. Sie rekrutierte sich aus den ehemaligen Unteroffizieren der Streitkräfte, klopfte Gewehrgriffe, hatte Musikkorps, Fahnen und überhaupt militärische Ordnung.

Immer wieder liebäugelte man hierzulande mit jener militärähnlichen Polizei, fühlten sich auch Polizisten als Quasi-Militärs. Nach Ende des Ersten Weltkriegs 1918 wurde eine Sicherheitspolizei (Sipo) ins Leben gerufen, deren Auflösung die alliierte Entwaffnungskommission schon 1920 erzwang, weil sich die Sipo als getarnte Militärorganisation herausstellte. An deren Stelle trat 1920 eine Neugliederung von Kriminalpolizei, Schutzpolizei (Schupo), Kommunalpolizei und Landjägern (Gendarmerie) sowie kasernierte Landespolizeien. Die bekannteste davon war die bayerische Landespolizei, in deren Gewehrfeuer 1923 an der Feldherrnhalle in München der Hitlerputsch scheiterte. Bezeichnenderweise wurden diese verschiedenen Polizeien 1934 »verreichlicht«: bezeichnend nämlich für den immer noch insgeheim militärischen Charakter wurden die Landespolizeien in den Jahren 1935/36 ohne weiteres Teil der Wehrmacht. Im übrigen unterschied man Sicherheitspolizei (Sipo: SD, Gestapo, Kriminalpolizei) und Ordnungspolizei (alle übrigen einschließlich der Gendarmerie), die wiederum militärisch uniformiert und organisiert wurde.

Während die Sicherheitspolizei die Regierung vor dem Volk schützen sollte, wurde ein großer Teil der Ordnungspolizei während des Krieges in Polizeiregimentern orga-

* Überarbeitete Fassung eines Vortrages auf dem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung »Bundesrepublik — DDR, Vergleich zu Polizei — Staat — Gesellschaft«. 25. bis 27. März 1988, Cuxhaven-Duhnen.

nisiert, die in den eroberten Gebieten die Bevölkerung zu unterdrücken, Juden auszu-rotten und Partisanen zu bekämpfen hatten.

1945 wandte sich die Polizeitheorie von der militärischen Polizei ab und einer zivilen, bürgerlichen Polizei zu. Indes ist dieser Prozeß bis heute nicht abgeschlossen, zumal er anfangs zum großen Teil in die Hände von Polizeioffizieren und ehemaligen Wehrmachtsoffizieren gelegt wurde, die von ihrer militärischen Sozialisation nur schwer loskamen.

Diese Herkunft aus dem Militär und die lange Parallelität zu ihm sowie die vergleichsweise sehr kurze Zeit der Trennung von Polizei und Militär, sollte man stets in Erinnerung behalten. Denn es spiegeln sich überall und zu allen Zeiten in der Polizei der Staat und Gesellschaft. Daher müßte eigentlich heute der Hang zum militärischen Gehabe verschwunden sein. Meine These ist, daß bei uns die herrschende Polizeitheorie und zum Teil auch die Praxis hinter der gesellschaftlichen Entwicklung hinterherhinken. Das von Bundesinnenminister Zimmermann und anderen geplante Gesetz weist diese gesellschaftliche Verspätung der Polizeitheorie auch aus. Bevor ich aber den Beweis für meine These antrete, möchte ich mir noch einen Blick zurück erlauben auf das Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Polizei (der mir einen kleinen Teil meiner Beweislast schon abnimmt).

Arbeiterbewegung und Polizei

Für die Arbeiterbewegung stellen die Gesetze und ihre Diener Instrumente dar, um Vorteile für die Oberschicht und Nachteile für die Unterschicht ideologisch zu begründen und polizeilich zu sichern. Nachdem zum Beispiel anfänglich Versammlungen von Gesellen und von Arbeitern und ihren Vereinigungen zur Förderung ihrer Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen — im Königreich Preußen wie auch im Königreich Hannover und anderswo — unter strenger Strafe standen, hob die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 derartige Koalitionsverbote ausdrücklich auf. Damit waren Versammlungs- und Streikfreiheit gesetzlich anerkannt. Dennoch nahm die Polizei das nicht zur Kenntnis, sondern ging weiter unter dem Vorwand der Erpressung gegen die Streikenden oder des groben Unfugs gegen die Streikposten vor. Der innenpolitische Gegner wurde mit militärähnlichen, notfalls sogar mit militärischen Mitteln bekämpft.

Freilich neigen nicht nur feudalistische oder kapitalistische Machthaber, sondern auch sozialdemokratische Regierungen zu solchen Methoden. Das zeigte sich 1919 in Gustav Noskes Freikorps-Einsatz gegen den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung und 1929 als der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Karl Zörgiebel die Demonstranten zum 1. Mai mit blanken Säbeln und scharfen Gewehrschüssen attackieren ließ, ebenso wie an der sogenannten Leberwursttaktik des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Erich Duensing in Berlin gegen die Studenten 1967, die gegen den Schahbesuch demonstrierten. Diese Anpassung von Sozialdemokraten an die überkommene Polizeitheorie war einer demokratischen Entwicklung nicht förderlich.

Die heutigen Reaktionen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf den schrecklichen

Tod zweier Kollegen an der Startbahn West und auf das strafrechtliche Vermummungsverbot, nachdenkliche und sachkundige Ausführungen des Bundesvorsitzenden der »Sozialdemokraten in der Polizei« Jörg Kramer, Schriften auch und gerade niedersächsischer sozialdemokratischer Polizeixperten wie Helmut Dohr, Erhard Krause und Kurt Gaede — um nur einige zu nennen — zeigen dagegen einen Grad kritischer Selbstbeobachtung, Problematisierung der eigenen Rolle und rechtsstaatlichen Denkens, der vorbildlich für andere Berufsgruppen in der SPD ist. Im Saarland entsteht als Ergebnis einer demokratischen, einer sozialdemokratischen Polizeitheorie ein Polizeigesetz, das es verdient (an Stelle des Modells der Innenministerkonferenz), zum Musterentwurf eines bundeseinheitlichen Polizeirechts erhoben zu werden.

Konservative: Polizei als militärischer Beruf

Konservative und Reaktionäre dagegen behindern diese Entwicklung nach Kräften und möchten die Polizei erneut militarisieren. Franz Josef Strauß betonte: »Heute erfüllen Polizisten den gleichen Auftrag, den früher Soldaten erfüllt haben: Sie verteidigen unser Land.« Im sogenannten »Saarbrücker Gutachten«, das 1975 im Auftrag der Innenministerkonferenz von Helfer und Siebel unter dem Titel »Das Berufsbild des Polizeivollzugsbeamten« erstellt wurde, heißt es, Polizei sei ein militärischer Beruf. Dieser Auffassung entsprechen Versuche, das individuelle rechtsstaatliche Gewissen durch das militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam auszuschalten. Diese Versuche werden begünstigt durch die Grundhaltung vieler junger Polizeibeamter und ihre Vorliebe für militärisches Gehabe, durch die herkömmliche Ausbildung, durch Verhaltenskontrollen, Feindbilder und Gruppendruck. Militärisches Denken muß aber aus der Polizei ausgeschlossen werden, weil es auf schnelles und wirksames Niederkämpfen des Feindes aus ist, während die Polizei den inneren Frieden zu sichern hat und allemal das schonendste Mittel einsetzen muß. Sie sollte deshalb nicht mit Waffen ausgestattet sein (und dazu rechne ich jetzt auch die chemischen »Hilfsmittel körperlicher Gewalt«), deren Verletzungsrisiko nicht genau kalkulierbar ist oder die gar zum Töten technisch geeignet und vom Hersteller auch bestimmt worden sind. Dazu zählen Schußwaffen mit großer Streuung (Maschinenpistolen), solche für 9-mm-Vollmantelgeschosse ohne spezielle Sicherung, aber auch chemische Mittel wie CS. Denn zwar »das Leben ist der Güter Höchstes nicht« (Schiller, Braut von Messina), doch unser Staat hat einen Verfassungsauftrag, Leben zu schützen, ohne daß es — wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Abtreibungsurteil vom 25. Februar 1975 im einzelnen begründet hat — erlaubt wäre, zwischen wertvollem und unwertem Leben zu unterscheiden. Übrigens werden britische Polizisten nur auf spezielle Anordnung in besonderen Situationen bewaffnet — ein dort offenbar seit Jahrzehnten bewährtes Verfahren.

Wir haben immer noch keine polizeiadäquaten Waffen und rüsten selbst unerfahrene junge Beamte mit militärischen aus. Das aber erfordert die Ausbildung zum guten Pistolenschützen und die Einübung einer bewußten, wenn auch schnellen Entscheidung vor dem Abzug, die Entscheidung nämlich für oder gegen die Rechts-, Zweck- und Verhältnismäßigkeit des scharfen Schusses. Aus militärischen Denkmustern stammt

auch die Kameraderie, besser Kumpanei, aus der heraus zum Beispiel zum Schutze des Kollegen vor Gericht gelogen wird. Nicht dieser Zusammenhalt im Unrecht, sondern das Gegenteil ist zu fördern, nämlich ein Korpsgeist, der auf dem Stolz beruht, zu einem besonders vertrauenswürdigen und rechtlich denkenden Berufsstand zu gehören.

Ebenso ist der zwar dem Militär angemessene hierarchische Führungsstil, bei dem es auf schnelle und reibungslose Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit ankommt, durch einen polizeiadäquaten, kooperativ aufgelockerten Führungsstil zu ersetzen.

Ein solcher kooperativer Führungsstil ist freilich nicht das Ideal konservativer Politiker. Für sie ist Funktion der Polizei, ihre (häufig umstrittenen) Entscheidungen schnell und notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Dabei bleibt die rechtsstaatliche Bindung des Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz, die Bindung an Gesetz und Recht, oft auf der Strecke. Ich erinnere an die Rede des ehemaligen Innenministers Wilfried Hasselmann vor der Führungsakademie der Polizei in Hiltrup, man solle nicht lange Gedanken daran verschwenden, wie wohl ein Verwaltungsgericht den Einsatz beurteilen würde, sondern sozusagen auch einmal »Fünfe gerade sein lassen«. Ich erinnere an den berüchtigten Hamburger Kessel, an die nach Meinung des Verwaltungsgerichts gesetzwidrige Behinderung und faktische Auflösung einer Versammlung im Jugendzentrum Göttingen, an die Lauschangriffe niedersächsischer Beamter im Ausland, um einem möglicherweise Unschuldigen, nämlich dem Juwelier Düe, einen Versicherungsbetrug nachzuweisen. Diesen Neigungen müssen wir eine neue, eine demokratische Polizeitheorie entgegenstellen.

Fehlorientierung durch Feindbilder

Probe auf's Exempel ist die Reaktion auf Demonstrationen gegen die Regierungspolitik. Der demonstrierende Bürger kann zur Zeit nicht voraussehen, was auf ihn zukommt: Deeskalationsgespräch? Schonendes Wegtragen? Oder Schlagstücke, Wasserwerfer, einkesseln, festnehmen? Das ist für die Demonstrierenden eine fast ebensolche Unsicherheit, wie für die oben erwähnten streikenden Arbeiter nach formaler Anerkennung des Streikrechts im Jahre 1869. Das Gewaltmonopol aber, das in Person der Polizisten den BürgerInnen sinnfälliger als irgendwo sonst entgegentritt, beruht auf einem Gewaltverzicht der Bürger. Dieser Gewaltverzicht beruht wiederum auf ihrer Erwartung, ihre Bedürfnisse im geistigen Meinungskampf durchsetzen zu können. Ein wichtiges Medium in diesem Meinungskampf aber ist die Demonstration. Das Recht dazu gehört — so das Bundesverfassungsgericht — »zu den unentbehrlichen Funktionselementen des demokratischen Gemeinwesens«. Je mehr man es erschwert, desto mehr führt man einzelne in Versuchung, den Gewaltverzicht zu bedauern. Nachdem der Gesetzgeber durch Novellierung des Paragraphen 125 Strafgesetzbuch (StGB) das Demonstrationsstrafrecht liberalisiert hatte, nahm die Zahl gewalttätiger Demonstrationen um mehr als die Hälfte ab!

Autonome Gewalttäter versuchen oft, Polizeibeamte zu hartem Vorgehen auch gegen friedliche Demonstranten zu provozieren, um sich die Solidarität der Bürger zu erschleichen. Diese psychologische Strategie muß auf jeden Fall durchkreuzt werden. Es

muß den Demonstranten erklärt werden, daß die Polizei zur Neutralität verpflichtet ist und das Demonstrationsrecht schützen muß, indem sie Gewalttaten verhindert. Auch das ist wichtiger Ausbildungsinhalt.

Wer umgekehrt der Polizei Feindbilder vorstellt (Bundesinnenminister Zimmermann spricht schon von »inneren Feinden«), der arbeitet der Strategie der Autonomen in die Hände. Denn solche Feindbilder sind die Hauptursache für polizeiliche Übergriffe.

Werden Sondereinheiten mit einer Tendenz zu solchen Feindbildern aufgestellt, so ist das Ziel polizeilicher Arbeit erst recht gefährdet. Die Berliner »Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training« führte mit ihrem Vorgehen in Wackersdorf ein negatives Beispiel vor. Das positive Gegenbeispiel ist in Nordrhein-Westfalen die planmäßige Ausbildung für Strategien einer gewaltfreien Konfliktlösung, ein Gegenbeispiel, das Vorbild für das Saarland ist und nach jüngsten Meldungen auch in Niedersachsen übernommen werden soll.

Demonstrationsfreiheit und Masseneinsätze

Zu untersuchen ist auch, ob ein massiver Einsatz von Beamten im martialischen Kampfanzug schon den friedlichen Ablauf einer Veranstaltung gewährleistet. Er kann auch Ängste und dadurch Aggressionen und Schulterschluß von friedlichen und militanten Demonstranten herbeiführen. Die Ursache dieser Einsatztaktik ist, daß konservative Politiker beim Grundrecht der Demonstrationsfreiheit von dessen Mißbrauch ausgehen, obwohl diese Fiktion von der Wirklichkeit widerlegt wird: gut 96 Prozent aller Demonstrationen verlaufen friedlich. Dieselben Kreise gehen aber beim Grundrecht auf Eigentum von dessen verfassungskonformem Gebrauch aus. Gleiches gilt für eine Aus- und Fortbildung, die sich weniger am Bürger, der sein demokratisches Recht praktiziert, orientiert als vielmehr am Rechtsbrecher.

Diese Masseneinsätze resultieren häufig daraus, daß politische Konflikte noch nicht zu Ende diskutiert sind, sondern aus Bequemlichkeit oder Unfähigkeit der Polizei aufgebürdet werden. Doch Akzeptanz für Gesetze läßt sich nicht mit dem Schlagstock einhämmern (Beispiele: Wiederaufbereitungsanlage, Volkszählungsgesetz, Atomrüstung). Kommt es zu einer Vielzahl von Demonstrationen, kommt es gar in nennenswertem Umfang zu zivilem Ungehorsam, so ist das eher — wie Helmut Simon sagt — ein Indiz für fehlende Entscheidungsreife und für die Notwendigkeit einer Denkpause.¹ Die Polizei darf nicht für oder gegen die umstrittene Politik Partei ergreifen, sondern muß vielmehr den Freiraum dafür offenhalten, die Meinungsverschiedenheiten politisch auszutragen, gegebenenfalls auch mit dem Mittel der Demonstration. Die Polizei kann allein — und das ist ihre Aufgabe — »die Auseinandersetzung in rechtlich geordnete Bahnen« lenken (Helmut Dohr).

Übrigens haben die Polizeibeamten, zu deren Lasten die fehlende Reife zur politischen Entscheidung eines Problems geht, auch ihrerseits das Grundrecht des Artikel 5 des Grundgesetzes. Auch sie können von der Politik verlangen, daß sie sich mehr bemüht, sozialen Ungerechtigkeiten — wie der ungerechten Verteilung von Arbeit, Freizeit, erzieltm gesellschaftlichem Gewinn — gegenzusteuern und der Rohstoffaus-

beutung, der Umweltzerstörung und dem gesamten Schreckenspanorama, das unser und unserer Kinder Leben bedroht, entgegenzutreten. Es ist ihre Sache, von diesen Rechten Gebrauch zu machen.

Ausbildungsziele und Beurteilungskriterien für Polizei

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich Ausbildungsziele wie Zivilcourage, Rollendistanz, Selbständigkeit, eigenverantwortliches Handeln, Fähigkeit zum politischen Dialog. Das müssen nicht nur Ausbildungsprinzipien, sondern auch Kriterien der dienstlichen Beurteilung werden. Diese Ausbildungsprinzipien müssen in täglicher Praxis eingeübt werden.

Eine sehr schwierige, noch nicht schlüssig beantwortete Frage ist außerdem die Verhältnismäßigkeit bei Zielkonflikten. Beispiel: Anlässlich einer Demonstration für — sagen wir — den Erhalt der Hafenstraße in Hamburg werden voraussichtlich militante Autonome Schaufenster von Banken, Versicherungen und Ladengeschäften einwerfen. Für den Schutz des Demonstrationsrechts und zugleich des Fensterglases reichen die Kräfte nicht. Einkesseln? Unternehmer warnen? Welche Rechtsgüter in welcher Rangfolge hat die Polizei konkret zu schützen? Die Wertordnung dem Grundgesetz zu entnehmen, das ist eine nur formale und wenig konkrete Antwort. Primär meine ich, ist es Polizeiaufgabe, Bürgerfreiheiten zu schützen.

Das Beispiel zeigt wohl, daß es erforderlich ist, den Begriff »innere Sicherheit« klarer zu definieren. Übrigens gilt das auch für die Strafverfolgungsorgane, die sich weit leichter tun, Leistungen auf dem Felde der Kaufhausdiebstähle oder der Schwarzfahrten nachzuweisen, als auf dem der Umweltkriminalität. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß aus Umweltkatastrophen, aus erpresserischen Plutoniumdiebstählen, aus Gift-Transporten Gefahren entstehen in Dimensionen, hinter denen die bisher bevorzugten Verfolgungsobjekte weit zurückbleiben. Diese Gefahren erfordern Polizeibeamte mit immensem Detailwissen. Man wird sie nur haben können, wenn die Spezialisierung nicht die Beförderungschancen einschränkt. Auch darf die Polizei mit der Bekämpfung dieser Gefahren nicht alleingelassen werden, sie müssen als gesellschaftliche Aufgabe aller gesehen werden, so daß Experten dieser Gebiete in die Gefahrenabwehr einzubeziehen sind.

Polizeipolitik und Gesellschaftspolitik

Die Forderung, die Polizei habe ein »Höchstmaß« an Sicherheit zu gewährleisten, basiert auf einer Illusion. Eine solche omnipotente Polizei können und wollen wir nicht haben. Eine übertriebene Polizeigewalt führt leicht vom Rechtsstaat in den Ordnungs- oder Überwachungsstaat. Freiheit setzt gewiß Schutz vor Kriminalität voraus, eine absolute Sicherheit aber würde die Freiheit zerstören. Weder Legislative noch Exekutive dürfen nach perfekter Effektivität streben. Je reibungsloser und schneller die Exekutive funktioniert, desto mehr wächst die Neigung, sie auch einzusetzen. Nicht die

Phantasie des Gesetzgebers, sondern allein die Realität darf Maßstab für staatliche Regelungen sein. Man denke etwa an die Pläne des leitenden Ministerialrats Roemheld, der die niedersächsische Polizei so bewaffnen wollte, daß sie jederzeit eine terroristische Fliegertruppe oder terroristische Maschinengewehrkompanie niederkämpfen könne. Auch fehlt zu oft die gelassene Einsicht, daß jedes Schutz- und Freiheitsrecht auch mißbraucht werden kann.

Tradition hat auch bei der Polizeiorganisation in Niedersachsen die Feder geführt. Die kommunalen Polizeiabteilungen verschwanden zwar nach 1945, aber polizeiliche Bezugspersonen sollten in Gestalt der Polizeiabschnitte und -kommissariate den Städten und Kreisen verbleiben. Daraus sind Beziehungen entstanden, die problematisch werden können. Oft sind gerade die mittleren Verwaltungsbehörden Täter, Mitäter oder Beihelfer bei Wasserverschmutzung, ungenehmigten Anlagen von Agrar- und anderen Industriellen. Nicht ohne Grund hat Innenminister Möcklinghoff seinerzeit sich zwar der Einführung des zur Ermittlung von Naturvergiftung gerüsteten »Umweltkoffers« gerühmt, aber nach rechtlichen Beschwerden von Parteifreunden aus dem kommunalen Bereich angeordnet, diese Koffer dürften nicht von Amts wegen, sondern nur auf ausdrückliche Anzeige hin eingesetzt werden.

Mit zunehmenden Gefahrenpotentialen werden die Forderungen lauter, der Polizei auch präventive Aufgaben wie vorbeugende Verbrechensbekämpfung und vorbeugende Schadensverhütung zuzuweisen. Der Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes läßt bereits einiges in dieser Richtung ahnen. Zwar muß der Gesetzgeber der Polizei die Mittel geben, Gefahren für die Gesellschaft wirksam abzuwehren sowie die Rechtsordnung und die schwächeren Teile der Gesellschaft effektiv zu schützen: Die Polizei muß dem Rechtsbrecher gegenüber den längeren Arm haben. Jedoch muß ihre Funktion beschränkt bleiben auf die Abwehr der im Einzelfall wirklich bestehenden Gefahr und auf die Vorbereitung dieser konkreten Abwehr. Blankovollmachten in Gestalt von Generalklauseln sind zu Gunsten der bereichsspezifischen gesetzgeberischen Befugnisnormen zurückzudrängen. Das gilt insbesondere für den Datenschutz. Schon die Generalklausel des Paragraphen 1 im Musterentwurf (Stand: 12. März 1986) ist bedenklich. Danach könnte die Polizei »auf Vorrat« handeln, ohne daß schon eine Gefahrensituation erkennbare konkrete Konturen angenommen hätte. Damit würde der Polizei eine gesellschaftssanitäre Funktion zuerkannt und ihr Aufgabenbereich maßlos gesteigert. Sie könnte dann etwa auch — worauf Denninger² hinweist — etwa das ganze Baugenehmigungswesen an sich ziehen mit der Begründung, sie müsse kriminogene Wohnverhältnisse verhindern, aber auch — anderes Beispiel — die Jugend- und Sozialpolitik. Dies alles geht um der Freiheitlichkeit unserer Gesellschaft willen nicht, aber auch aus Gründen der Fürsorgepflicht für die einzelnen Beamten, zu deren Schutz auch klare Handlungsanleitungen durch den Gesetzgeber gehören. Das gilt ebenso für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die gesetzlichen Grenzen müssen zugleich Schranke gegen jeden Versuch sein, sie durch entsprechende Rechtfertigungsstrategien zu umgehen, sei es als allgemeine Folgerung aus Paragraph 34 StGB, sei es — wie beim ehemaligen Innenminister Hasselmann — durch die Behauptung, die Zuweisung amtlicher Aufgaben rechtfertige jedwede Handlung, diese Aufgaben zu er-

ledigen. Diese Argumentation hat der Nestor des deutschen Verwaltungsrechtes, Otto Mayer, schon 1898 als typische Denk- und Handlungsweise eines Polizeistaates bezeichnet. Nach dem Volkszählungsurteil 1983 sollte dies endgültig klar sein, ist es aber keineswegs. Wäre es Kriminellen möglich, bei NUKEM in Hanau einige Gramm Plutonium, des giftigsten Stoffes in der Welt, zu entwenden, um damit den Staat zu erpressen, sollte dann die zuständige Polizeibehörde nicht die Vollmacht haben, alle Mittel einzusetzen, die hier Erfolg versprechen? Wir haben einen Ministerpräsidenten, der vor zwölf Jahren schrieb:

»Wenn es zum Beispiel etabliert wäre, daß ein bestimmter Kreis von Personen über moderne Massenvernichtungsmittel verfügt und entschlossen ist, diese Mittel innerhalb kürzester Frist zu verbrecherischen Zwecken einzusetzen, und angenommen, dieses Vorhaben könnte nur vereitelt werden, wenn es gelingt, rechtzeitig den Aufenthaltsort dieser Personen zu erfahren, so kann es sittlich geboten sein, diese Information von einem Mitglied des betreffenden Personenkreises auch durch Folter zu erzwingen, sofern dies wirklich die einzige Möglichkeit wäre, ein namenloses Verbrechen zu verhindern.«³

Sittlich geboten! Handelt nicht umgekehrt ein Staat unverantwortlich, der solche Gefahrenquellen (Plutoniumwirtschaft, Schnelle-Brüter-Technik, Wiederaufbereitungsanlagen und dergleichen) überhaupt entstehen läßt? Polizeipolitik ist ein Teil der gesamten Gesellschaftspolitik und kann nicht isoliert betrieben werden.

Anmerkungen

- 1 Jünger, Herzog, Simon: »Evangelische Christen in unserer Demokratie«, Gütersloh 1986, S.72.
- 2 Erhard Denninger: Zehn Thesen zum Ethos der Polizeiarbeit, in: JA 1987, S.131ff.
- 3 Ernst Albrecht: Der Staat — Idee und Wirklichkeit, Stuttgart 1976.

Geschichte der Arbeiterbewegung

Peter Brandt

1918/19: Sozialisierung und Räte

Gab es eine linke Alternative zur Politik der Mehrheitssozialdemokratie ?

Susanne Miller und — in scharfer Absetzung von ihr — *Heinz-Gerd Hofschien* haben in den letzten Ausgaben der *spw* ihre jeweilige Sicht der Ursache für das Scheitern der deutschen Revolution von 1918/19 dargelegt. Bei allen Unterschieden verdient festgehalten zu werden, daß *beide* AutorInnen — wie fast alle sozialdemokratisch orientierten HistorikerInnen — der Politik der mehrheitssozialdemokratischen Führung in wesentlichen Punkten kritisch gegenüberstehen. Die MSPD-Spitze versäumte es, die tiefgreifende Erschütterung des junkerlich-bourgeois Staatsapparats einschließlich der Demoralisierung der ihn tragenden Klassen und Schichten im Herbst 1918 zu gründlichen Strukturreformen kraft revolutionären Rechts zu nutzen, wie sie in den Bereichen der Säuberung und Demokratisierung der Verwaltung, der Umwandlung des kaiserlichen Heeres in ein »demokratisches Volksheer« und des Beginns der Sozialisierung, namentlich des Bergbaus, auch die mehrheitssozialdemokratischen Massen verlangten. Im folgenden soll — auf diesem kaum noch bestrittenen Befund aufbauend — auf die bei Miller und Hofschien nur gestreifte Frage nach einer Alternative zur Politik der MSPD-Führung kurz eingegangen werden.*

Das wichtigste Hindernis für die Anstrengungen der MSPD-Volksbeauftragten, die Revolution möglichst schnell in ein legales, parlamentarisches Stadium überzuleiten, bildeten die ab Anfang November 1918 (vielfach unter Einschluß kleinbürgerlicher Bevölkerungsgruppen) entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte. Auch wenn sie den Parlamentarismus grundsätzlich in ihrer großen Mehrheit befürworteten und die Regierungspolitik unterstützten, wollten sie sich doch in der Regel nicht ausschließlich auf die Rolle der lokalen Ordnungsmacht beschränken lassen. Die Rätebewegung umfaßte alle Strömungen, auch diejenigen, deren Vorstellungen von dem Kurs der MSPD-Führung abwichen. In der ersten, durch weitgehenden Konsens der Kräfte der Arbeiterbewegung geprägten Phase (November/Dezember 1918) wurden die Bestrebungen der Massen inhaltlich am ehesten vom rechten Flügel der USPD vertreten. Die rechte USPD akzeptierte die parlamentarische Republik als Staatsform der Übergangsgesell-

* Eine ausführliche Bibliographie zur Revolution 1918/19 findet sich in der zweiten Auflage des Standardwerks von Eberhard Kolb. Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Berlin-West 1978, eine von Frank Dingel zusammengestellte Auswahlbibliographie in dem NGBK-Katalogband: Revolution und Fotografie, Berlin 1918/19, Berlin-West 1989.

schaft zum Sozialismus, wollte aber die Wahl zur Nationalversammlung so lange hinausschieben, bis durch einschneidende Eingriffe in die Staats- und Gesellschaftsordnung die hegemoniale Position der Sozialdemokratie gesichert sei. Der in diesem Konzept entscheidende Gedanke der Wahlverzögerung konnte die Anhänger der Mehrheitspartei, die über den Inhalt der revolutionären Veränderungen — wie eingangschon angemerkt — großenteils ganz ähnlich dachten wie die USPD-Rechte, indes nicht überzeugen, und mit der Entscheidung des 1. Rätekongresses für die frühzeitige Abhaltung der Nationalwahl und vollends mit dem Ausscheiden der USPD-Volksbeauftragten aus der Regierung zum Jahresende war das Konzept der rechten Unabhängigen unhaltbar geworden. Es war ohne die Mitwirkung der Mehrheitssozialdemokratie einfach nicht zu verwirklichen.

Die in den Arbeiterräten — bis auf wenige Städte — nur schwach, in den Soldatenräten fast gar nicht vertretene radikale Linke (linke USPD um die Berliner »Revolutionären Obleute«, Kommunisten und linkskommunistische bis anarchosyndikalistische Gruppen) propagierte das Räteystem als Herrschaftsform der proletarischen Demokratie. Je weiter ihre Anhänger links standen, desto größer war in der Regel die Erwartung, die Revolution auch gegen den Widerstand der MSPD-Führung kurzfristig weitertreiben zu können.

Mit den Januarkämpfen, dem Beginn des »weißen Terrors« und der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zerbrach die Einheit der revolutionären Bewegung endgültig. Die Forderung nach Aktionseinheit der Arbeiterorganisationen, wie sie von großen Teilen der Berliner Arbeiterschaft in Reaktion auf den »Bruderkrieg« erhoben wurde, hatte nunmehr einen gegen die Führer der Parteien schlechthin gerichteten Akzent.

In der zweiten Phase der Revolution — dem Versuch, die Revolution angesichts der begonnenen Gegenrevolution zu sichern und weiterzutreiben — kam es zu einer Reihe lokaler Aufstände der radikalen Linken, in deren Verlauf auch »Räterepubliken« gegründet wurden, in erster Linie in Bremen (Januar/Februar 1919) und München (April 1919). Die lokalen Aufstände und Räterepubliken verfügten trotz teilweise beträchtlicher Massenmobilisierung über kein ausreichendes Gewicht, um auch nur vorübergehend die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Das Lager der Aufständischen zerfiel durchweg an inneren Widersprüchen, bevor die Freikorps in Aktion traten.

Parallel zu diesen Kämpfen entstand jedoch, anknüpfend an die seit Ende November 1918 sich ausbreitenden ökonomischen Streiks, eine neue Massenbewegung, die einen anderen Charakter hatte als die Massenbewegung vom November/Dezember 1918. In den industriellen Zentren Deutschlands verlagerte sich das Schwergewicht des Kampfes von der staatlichen Ebene auf die der direkten Konfrontation von Kapital und Arbeit in den Betrieben. Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets traten im Februar und im April 1919 in den Generalstreik, die mitteldeutschen Arbeiter im Februar, die Berliner Arbeiter Ende Februar/Anfang März. Die Parole der »Sozialisierung« beschränkte sich hier keineswegs auf Verstaatlichung, sondern drückte — verbunden mit konkreten Forderungen nach Arbeit, höheren Löhnen, Wohnungen und insbesondere nach einem inner- und überbetrieblichen »wirtschaftlichen« Räteystem — das Verlangen der Arbeiter nach Selbstbestimmung und Selbstverwaltung aus.

Die Bewegung umfaßte Arbeiter aller politischen Richtungen; zeitweilig sahen sich alle drei sozialistischen Parteien gezwungen, in ihrem Rahmen mitzuarbeiten. In erster Linie ging es hier aber nicht um ein Bündnis von politischen Parteien, sondern um neuartige Formen rätessozialistischer und »syndikalistischer« Massenaktionen, die sich mit keiner Gruppierung ohne weiteres identifizieren lassen. Mit den Räten aus der ersten Phase der Revolution — soweit sie noch bestanden — hatte die spontane Streik- und Sozialisierungsbewegung, abgesehen von Ausnahmefällen, nichts zu tun; sie schuf sich eine eigene Infrastruktur. Diese betrieblichen Räte waren stärker von der Basis abhängig. Von daher ist es kein Zufall, daß erst jetzt eine systematische Rätetheorie entstand, deren Verfechter vor allem aus der Gruppe der Revolutionären Obleute kamen.

Was die Bewegung an antikapitalistischer Radikalität gewann, büßte sie an Breite ein. Die — allerdings erheblich schrumpfende — Anhängerschaft der MSPD konnte nur zeitweise mobilisiert werden. Die Mittelschichten standen jetzt fast geschlossen auf der anderen Seite. Da die Streikbewegung regional unkoordiniert verlief, wurde auch sie nie zu einer existenziellen Bedrohung der Reichsregierung, der es mit Versprechungen und massiver Gewaltanwendung gelang, sie zu paralysieren und schließlich zu zerschlagen.

Man muß nicht Leninist sein, um zu konstatieren, daß keine der Organisationen der radikalen Linken der Herausforderung durch die zielgerichtet gegenrevolutionäre Politik der MSPD-Spitze und der rätessozialistischen Massenbewegung gewachsen war. Die USPD (weniger die KPD) expandierte zwar, während sie sich gleichzeitig radikalisierte, hinsichtlich ihrer Mitglieder- und Wählerzahlen bis zur Spaltung der Partei Ende 1920 explosionsartig; sie war aber mehr ein Ausdruck der Revolutionsbewegung in ihrer zweiten und dritten Phase, als daß sie in der Lage gewesen wäre, diese als Partei zu beeinflussen. Die Gründe für das Scheitern der zentristischen und der radikalen Linken 1918/19 (wenn man will, bis zum Ende der revolutionären Nachkriegskrise im Herbst 1923) und damit das Scheitern der Revolution überhaupt als einer, hauptsächlich von der Arbeiterklasse getragenen, antiimperialistischen Volksrevolution mit sozialistischer Entwicklungsperspektive sind hauptsächlich in der schlechten »objektiven« Ausgangslage, der Vorherrschaft der Mehrheitssozialdemokratie in der machtpolitisch relativ offenen Situation des Herbstes 1918, zu suchen, aber es mangelte eben auch an situationsangemessenem, längerfristig ausgerichtetem Handeln der Linken. Rosa Luxemburg wandte sich zwar gegen putschistische Abenteuer, aber ihre Spontaneitätstheorie lieferte ebensowenig wie andere radikallinke Ansätze Hinweise für das Herangehen an die Konstituierung eines neuen hegemonialen Blocks. (Erst in späteren Jahren entwickelte die KPD mit der Strategie der Einheitsfront und Volksfront Elemente einer systematischen Bündnispolitik, in die auch Erfahrungen der gescheiterten Revolution 1918/19 mit eingingen.)

Ein Weiteres: Die bei Kriegsende auftretenden und von der MSPD als Rechtfertigung ihrer Politik angeführten Probleme — Waffenstillstand und Friedensschluß, Rückführung des Heeres und Demobilisierung, Umstellung der Wirtschaft auf Friedensproduktion, Wiedereingliederung von sechs bis sieben Millionen Soldaten in den Arbeitsprozeß, Sicherung der Volksernährung, Bewahrung der Einheit Deutschlands

gegen separatistische und partikularistische Bestrebungen von rechts — waren durchaus realer Natur und entsprangen nicht der Phantasie verängstigter Ordnungsfanatiker. Auch die Unabhängigen und die Kommunisten hätten diese Aufgaben um den Preis des Untergangs bewältigen müssen. Ein langandauernder Bürgerkrieg war für das hochindustrialisierte und dicht besiedelte Deutschland noch weitaus schwerer zu ertragen als für Rußland. Einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß der MSPD (und der bürgerlichen Parteien, die durch Fachminister beteiligt waren) drohte zudem die bewaffnete Intervention der Entente-Mächte. Auch wegen aller dieser Aufgaben und Bedrohungen benötigte eine linkssozialistische Revolutionsregierung neben der — wie Rosa Luxemburg für das Programm des Spartakusbundes formulierte (in: H. Weber, Hrsg.: der Gründungsparteitag der KPD, 1969, hier S.301) — »bewußten Zustimmung« der »übergroßen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland« die Unterstützung mindestens von Teilen der städtischen und ländlichen Mittelschichten sowie die Duldung seitens anderer Teile.

Während die MSPD eine Politik der Nicht-Revolution verfolgte, die in der Abwehr weiterreichender Bestrebungen zur Politik der Konterrevolution wurde, hatten die verschiedenen Fraktionen der radikalen Linken ouvrieristische, meist auch spontaneistische Revolutionsvorstellungen, die zwar dem Charakter der — wachsenden, aber gesamtgesellschaftlichen minoritären — Protestbewegung eines Großteils der Arbeiterklasse gegen das Versanden der Revolution entsprachen, der konzeptionellen Bewältigung der Probleme der Machteroberung und der gesellschaftlichen Transformation jedoch entgegenstanden.

Detlef Lehnert

War Bebel der fundamentalistische Anführer einer Massensekte?

Zur Kritik einer zeitgeistgerechten Imagepflege in der SPD *

Wenngleich über August Bebel zahlreiche Darstellungen und nicht zuletzt auch seine Erinnerungen »Aus meinem Leben« vorliegen, wäre eine allen wesentlichen Aspekten gerecht werdende politische Biographie gewiß ein ebenso ambitioniertes wie förderungswürdiges Projekt. Insofern kann die Studie von Brigitte Seebacher-Brandt selbst in einer für die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht besonders aufnahmebereiten Zeit mit einiger publizistischer Aufmerksamkeit rechnen. Allerdings ist es eine ambivalente Autorenerfahrung, daß mit der Bedeutung eines Themas auch die Ansprüche an die Qualität seiner Bearbeitung wachsen. Wer über Bebel ein Werk von bleibender Gültigkeit verfassen will, kommt nicht umhin, zugleich über die Gründungs- und Auf-

* Seebacher-Brandt, Brigitte: Bebel. Künner und Kärner im Kaiserreich. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin (West), Bonn 1988 (414 S., Ln., 38,- DM).

stiegsperiode der deutschen Sozialdemokratie zu urteilen, an deren Richtungsentscheidung er von den 1860er Jahren bis zu seinem Tode 1913 maßgeblich beteiligt war.

Es wäre jedoch vermessen, an diesen recht umfangreichen Band die strengen Maßstäbe einer wissenschaftlichen Gesamtdarstellung heranzutragen. Zwar zitiert die Autorin eine Vielzahl historischer Quellen — darunter einige bislang unbekannte —, wenn auch der populären Aufmachung entsprechend stets ohne detaillierten Fundstellennachweis. Aber der Stil des Buches ist insgesamt mehr erzählend als analytisch, eine Charakterisierung der Hauptperson erfolgt stärker in der Form von Beobachtungen als systematischer Interpretation. Diese auf einen breiteren Leserkreis und nicht auf ein Fachpublikum zugeschnittene Präsentation des herangezogenen Materials muß keineswegs nachteilig für aussagekräftige Ergebnisse sein, sondern ist lediglich im Sinne angemessener Beurteilungskriterien vor jeder kritischen Auseinandersetzung hervorzuheben.

Da die Autorin erstaunlicherweise weder durch eine Einleitung noch in den Schlußbetrachtungen die Erkenntnisinteressen und Intentionen ihrer Arbeit expliziert hat — als ob eine Biographie in sich selbst Rechtfertigungsgründe fände —, ist die Motivlage für diese Publikation nur indirekt aus dem Inhalt zentraler Aussagen zu erschließen. Die beiden letzten Sätze haben in dieser Hinsicht die einprägsamste Symbolkraft: »Der Mann gehört in die Reihe der großen Arbeiterführer. Er gehört erst recht in die deutsche Ahnengalerie des 19. Jahrhunderts.« (S.394) Damit bleibt ein unzweideutiger Eindruck zurück: Eigentlich gehört der alte Bebel nur noch in ein Geschichtsmuseum, den wilhelminischen Zeitgeist der Unterprivilegierten verkörpernd, aber ohne fortwirkende Bedeutung für die politische Identität der Sozialdemokratie.

Das eigentliche Anliegen der Autorin ist offenkundig eine pointierte Akzentuierung von Bebels Grenzen und seiner negativen Einflüsse auf den Parteikurs. Gerade das Schlußkapitel ist mit abfälligen Bemerkungen über Bebels Rolle in der SPD nicht sparsam: Die ihm unterstellte »Flucht vor dem Hier und Heute« (S.385) in Scheingewißheiten eines Vulgärmarxismus läßt ihn als »Führer einer Art von Massensekte« (S.391) erscheinen, der »mit dem Begriff 'Realpolitik' nichts anzufangen wußte, weil er mit kindlicher Unbedarftheit glaubte, was er wünschte« (S.389). Als wenn das Stichwort »Große Depression« für die Jahre vom »Gründerkrach« 1873 bis Mitte der 90er Jahre nicht Allgemeingut geworden wäre, erscheint Bebels gewiß problematische Katastrophenprophetie geradewegs als Mysterium: »Woher er die Vorstellung des Zusammenbruchs nahm, wie er auf sie verfiel, warum er nie mehr von ihr ließ, ist so wenig zu entschlüsseln wie die Erleuchtung eines Propheten und die chiliastische Gewißheit, die er verkündet« (S.383). Eine analytische Differenzierung dergestalt, daß die in der ersten Hälfte seines politischen Lebensweges sehr wohl nachvollziehbaren Krisenprognosen in der zweiten Hälfte angesichts der hochkapitalistischen Wachstumsconjunktur seit 1895 keine wirklichkeitsnahen Orientierungspunkte mehr setzen konnten, wäre fraglos ein sinnvollerer Ausgangspunkt für eine weiterführende Auseinandersetzung gewesen.

Ein wenig unter das Niveau einer politischen Biographie gerät die Darstellung, wenn die Vision des »großen Kladderatsch« mit dem Kontrastbild wachsender persönlicher Prosperität diskreditiert werden soll. Mit einer voyeuristischen Intensität, die gemeinhin den Klatschspalten der Boulevardpresse vorbehalten ist, werden die pekuniären

Verhältnisse Bebels in allen Lebensphasen bis in die testamentarischen Verfügungen hinein ausgebreitet — beschwert von Vermögenswerten in Höhe von heutigen sechs Millionen DM soll er ins Grab gesunken sein. Abgesehen von der oberflächlichen Neugierde eines weniger unterhaltsamer Lektüre entwöhnten Leserkreises wird mit solchen »Enthüllungen« substantiell kaum weitergehender Informations- und Interpretationsbedarf befriedigt. Einen aufwendigeren Lebensstil, der solche Summen gar nicht erst entstehen ließe, hätte ihm die Parteigenossenschaft zweifellos mit größerer Berechtigung übel nehmen können. Erheblich mehr davon an die Parteikasse abzuführen, würde den Verdacht genährt haben können, den eigenen Einfluß auf solches Mäzenatentum mit gründen zu wollen. Oder soll ein durch Herkunft und Erfahrung überzeugter Sozialist in seinem erlernten und erwählten Beruf bewußt ein Dilettant bleiben, sich handwerkliche Erfindungen und Bücher wie »Die Frau und der Sozialismus« mit sechsstelligen Auflagen (und entsprechendem Honoraraufkommen) verkneifen, nur damit eine hämische Nachwelt in seinem Nachlaß keine »bourgeois Makel« finden kann? — Der eigentliche Bannstrahl der Autorin zielt freilich nicht auf die kleinkapitalistische Privatsphäre, sondern die antikapitalistische Berufsroutine des Parteiführers, wenn es u. a. heißt: »Der unselige Einfluß, den ein junger, dem Marxismus verfallener Missionar — sein Name: Karl Kautsky — in den achtziger Jahren erlangte, wäre ohne Bebels schützende Hand kaum durchsetzbar gewesen.« (S.188) Nicht frei von latentem Zynismus sind Spekulationen der folgenden Manier für die Zeit des Sozialistengesetzes: »Brauchte er nicht die staatliche Verfolgung, um sein Weltbild zu wahren und zu festigen?« (S.164). Im *Erfurter Programm* sei schließlich endgültig blockiert worden, »was die Partei und ihre führenden Männer, Bebel vorneweg, Vollmar ausgenommen, systematisch nicht versuchen wollten oder für hoffnungslos hielten — eine demokratische Reform- und soziale Interessenpolitik auf dem Boden dessen, was ist.« (S.251) Zweifellos ist die Reformfähigkeit des Kaiserreiches unter Historikern heftig umstritten; die These, daß innerhalb der bestehenden Ordnung ohne weiteres umfassende demokratische Veränderungen möglich gewesen sein sollen — wo doch im Hegemonialstaat Preußen das Dreiklassenwahlrecht, die Obrigkeitsbürokratie und eine Militäraristokratie die monarchischen Verfassungsstrukturen höchst »realpolitisch« zementierten —, ist allerdings selbst von kundigen konservativen Fachvertretern bislang nicht verbreitet worden.

Auf einen Kern der konzeptionellen Kritik, die den insgesamt skeptischen bis negativen Grundton der Verfasserin gegenüber dem parteipolitischen Wirken Bebels ausmacht, stößt der Leser im Zusammenhang mit Bündnisfragen. Zu einer Reichstagsrede, die Bebel wohlbemerkt im April 1877 mit der »Forderung nach genossenschaftlicher Organisation der Arbeit« und gesellschaftlichen Eigentumsformen gehalten hat, fällt der Autorin als Maßstab der Beurteilung zunächst ein: »Was sollten Zentrum oder der sozialen Frage aufgeschlossene bürgerliche Abgeordnete mit einem solchen Begehren anfangen?« (S.151) Zu diesem Zeitpunkt sprach Bebel für 3 % (!) der gewählten Abgeordneten; ob die Sozialdemokratie nach dreieinhalb Jahrzehnten auch dann zur stärksten Reichstagsfraktion mit dem Vertrauen einer qualifizierten Mehrheit der Arbeiterschaft geworden wäre, wenn sie seit ihren Anfängen ihre Politik auf das Wohl-

wollen der Mittelparteien ausgerichtet hätte, sei an dieser Stelle lediglich als historischer Einwand vermerkt. Noch schwerer als der ungeprüfte Realitätsgehalt der suggerierten Alternative kompromißbereiter Tagespolitik — die vielleicht seit der Jahrhundertwende gestützt auf eine konsolidierte Wählerbasis und Parteiorganisation zumindest einer Probe auf die Praxis wert gewesen wäre — wiegt die Umkehrung der Rechtfertigungszwänge am Beispiel einer vom linksbürgerlichen Historiker Gustav Mayer überlieferten Begebenheit: Erst ein Jahr vor seinem Tode ist Bebel nach 45jähriger Reichstagszugehörigkeit erstmals von einem Kanzler persönlich auf sein Befinden angesprochen und damit die bisherige »Kontaktsperre« durchbrochen worden. Anstatt dieses charakteristische Indiz der Ausgrenzungsmechanismen als Beleg dafür zu nehmen, daß die obrigkeitstaatlichen Regierungen durch die Abstempelung der Sozialdemokraten zu »vaterlandslosen Gesellen« ihren Anspruch der überparteilichen Repräsentation des »ganzen Volkes« verwirkten, weist die Autorin den Schwarzen Peter Bebel selbst zu. Dabei werden die Ursprungspunkte des Wandels von einer ursprünglich durchaus integrationswilligen zu einer fundamentaloppositionellen Haltung an früherer Stelle zutreffend skizziert: Im Zuge der Beteiligung an einer sozialdemokratischen Parteigründung entzog die Leipziger Stadtverwaltung dem von Bebel maßgeblich geprägten dortigen Arbeiterbildungsverein 1869 jegliche materielle wie ideelle Unterstützung (S.99f.). Bereits 1872 wurde Bebel wegen eines bloßen »Gesinnungsdelikts« zu zweieinhalb Jahren Festungshaft verurteilt, wenige Jahre nach seiner Entlassung begannen die Repressionsmethoden des Sozialistengesetzes. Angesichts solcher Lebenserfahrungen der politisch prägenden Jahrzehnte hätte der furchtlose Streiter für die Rechte der Arbeiterschaft wohl eine gerechtere Beurteilung selbst eines gewissen »politischen Altersstarrsinns« verdient, der ihn an dem einmal für richtig erkannten Kurs festhalten ließ, obgleich insbesondere die Dekade 1903-1913 neue Herausforderungen mit sich brachte. — Problematisch an dieser Biographie ist bei allen ihren Vorzügen in der facettenreichen und flüssig geschriebenen Darstellung ein nicht im Kontext der behandelten Epoche entfalteter, sondern von außen herangetragenener, von heutigen Perspektiven geleiteter Urteilsmaßstab, dem unvermeidlich etwas vom süffisanten Hochmut der Nachgeborenen anhaftet, die alle ablaufenden Ereignisse zwangsläufig besser überschauen zu können meinen als die Zeitgenossen. Darüber zu spekulieren, ob mit einer beabsichtigten Demontage des »Mythos Bebel« dessen legendärer Platz in der Geschichte sozialdemokratischer Parteivorsitzender vorsorglich für eine andere überragende Persönlichkeit geräumt werden sollte, mag berufeneren Auguren überlassen bleiben. Jedenfalls könnte der Tenor innerhalb der aktuellen »Modernisierungsdebatte« dahin (miß-)verstanden werden, daß die geschichtliche Vergewisserung der sozialdemokratischen Identität zu jenem »Ballast« gehöre, der im Interesse einer möglichst zeitgeistgerechten Imagepflege über Bord gehen dürfe. Die Lektüre der Studie läßt keinen Zweifel zurück, daß eine Übertragung der Vorstellungen Bebels auf die heutigen sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse schlicht anachronistisch wäre — doch zeigt sich ihre Argumentation nicht gleichermaßen von der Einsicht geleitet, daß mit gegenwärtigen Problemhorizonten die Handlungsbedingungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht angemessen zu interpretieren sind.

Über die Autorinnen und Autoren

Axt, Heinz-Jürgen, geb. 1946; Dr. phil.; Privatdozent für Soziologie an der TU Berlin; Leiter eines Forschungsprojektes zu Griechenland und EG; zahlreiche Veröffentlichungen zur EG-Integration und zu Griechenland; Mitglied in SPD und ÖTV

Barthelheimer, Peter, geb. 1954; freiberuflicher Soziologe in Frankfurt; Redakteur der Zeitschrift *Horizonte* und Mitarbeiter der *Grünen* im Hessischen Landtag

Brandt, Peter, geb. 1948; Historiker; Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Bürgertum und bürgerliche Umwälzung im 18. und 19. Jh.; Mitglied im SB und in der ÖTV

Dehm, Diether, geb. 1950; Musikproduzent und Rockautor; Mitglied der SPD und des Bundesvorstandes der AGS

Demele, Ottwald, geb. 1945; Dr. rer. pol.; Arbeitsgebiete: Inflationstheorie, Gewerkschafts- und Tarifpolitik. Mitglied der Memorandum-Gruppe und der IG-Metall

Henk, Ellen, geb. 1961; Ausbildung zur staatlich geprüften Informatikassistentin Softwaretechnologie; Mitglied der SPD

Holtfort, Werner, geb. 1920; Rechtsanwalt und Notar; Ehrenvorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins (RAV); Mitglied der SPD und Landtagsabgeordneter in Niedersachsen

Kremer, Uwe, geb. 1956; Dr. rer. pol.; wissenschaftl. Mitarbeiter an der Universität Bielefeld; Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse, Gewerkschaftspolitik; stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten; Mitglied in AWO, GEW, VVN

Lehnert, Detlef, geb. 1955; Historiker, bis 1987 Hochschulassistent am FB Politische Wissenschaften der FU Berlin. Arbeitsschwerpunkt: Geschichte der Arbeiterbewegung. *Wichtigste Veröffentlichung: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1983* (1983). Mitglied in SPD und ÖTV

Maier, Jürgen, geb. 1963; Mitglied im Bundesvorstand der *Grünen* bis zum Dezember 1988

Neumann, Kurt, geb. 1945; Rechtsanwalt; von 1981-1985 und von 1986-1989 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin; Mitglied des SPD-Landesvorstandes und der Bundesprogrammkommission

Rehfeldt, Udo, geb. 1948; Politologe, wiss. Mitarbeiter am Centre de Recherche sur les Mutations des Sociétés Industrielles (CRMSI — GIP Mutations Industrielles, Paris. Wichtigste Veröffentlichungen: Die Internationalisierung des Kapitals (zus. m. C. Deubner, F. Schlupp, G. Ziebur), Frankfurt 1979. Arbeitsgebiete: Gewerkschaften, neue Technologien und Modernisierungspolitiken in Westeuropa

Rünker, Reinhold, geb. 1964; Bankkaufmann, z. Zt. Zivildienstleistender. Mitglied in SPD, HBV, SJD-Die Falken und im Bezirksvorstand der Jungsozialisten Westliches Westfalen

Schlupp, Frieder, geb. 1944; Dipl. Politologe; Wissenschaftl. Angestellter an der Fachgruppe Politik/Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz; Arbeitsgebiete: Außen-, Europa-, Friedens- und Sicherheitspolitik, Entwicklung der Weltwirtschaft; wichtigste Veröffentlichungen: Die Internationalisierung des Kapitals (zus. m. C. Deubner, U. Rehfeldt, G. Ziebur), Frankfurt 1979; »Europäisierung« der NATO-Struktur und »Konventionalisierung« der NATO-Strategien? In: C. Bourdet u. A. Mechttersheimer (Hrsg.): *Europäisierung Europas: Zwischen französischem Nuklearnationalismus und deutschem Nuklearpazifismus*, Berlin 1984

Schöler, Uli, geb. 1953; Jurist; Doktorand; Mitglied in SPD und ÖTV

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist. Mitglied des Fachausschusses I (Berlin, Deutschland, Internationales) beim LV der Berliner SPD. Mitglied in SPD, ÖTV, AWO. Redakteur und Geschäftsführer der *spw*. Veröffentlichungen u.a.: *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980)

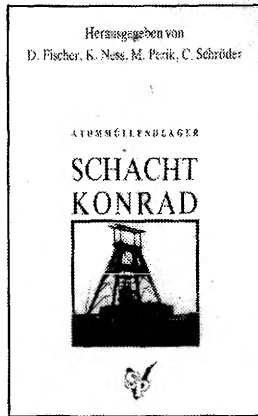
Wölf, Frieder Otto, geb. 1943; Philosoph und Politologe; Privatdozent an der FU Berlin; Redakteur der Zeitschrift *Das Argument*; Kandidat der *Grünen* für das Europaparlament.



SP-Verlag
Schüren
Deutschhaus-
straße 31
3550 Marburg

D. Fischer, K. Ness, M. Perik,
C. Schröder (Hg.)
**ATOMMÜLLENDLAGER
SCHACHT KONRAD**

1989, 168 S., br., DM 19,80,
ISBN 3-924800-39-1



Für die Atomindustrie besteht das drängendste Problem im Bereich der sogenannten „nicht nennenswert wärmeentwickelnden“ radioaktiven Abfallstoffe, die etwa 95 Prozent der anfallenden radioaktiven Abfälle ausmachen. Diese hochgiftigen Atomabfälle sollen in der ehemaligen Eisenerzgrube Schacht Konrad bei Salzgitter-Bleckenstedt eingelagert werden.

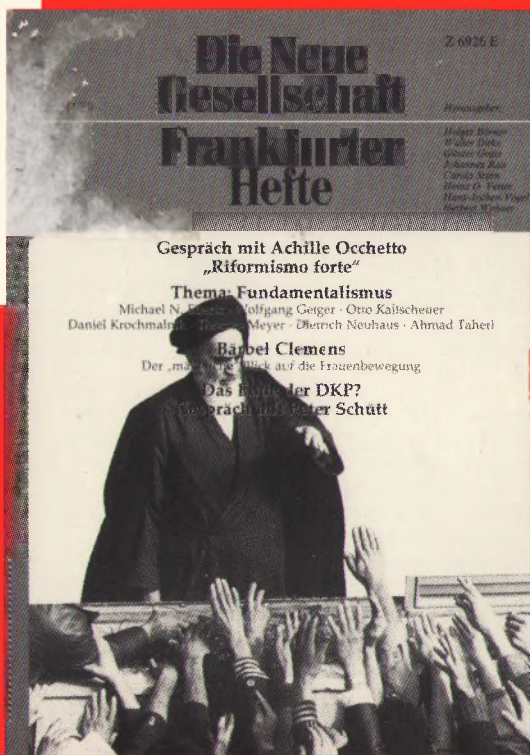
Thomas Noetzel /
Horst-Dieter Zahn (Hg.)
**DIE KUNST
DES MÖGLICHEN...**
Neokonservatismus und
industrielle Kultur

1989, 220 S., br., DM 19,80,
ISBN 3-924800-41-3



Die Konservativen haben neue Kleider angelegt. Von einstiger Kultur- und Technikkritik ist nichts geblieben. Konservativ sein heißt, sich zur kulturellen Moderne zu bekennen, in deren Ästhetik die industrielle Gesellschaft mit sich selbst ausgesöhnt werden soll.

Bestellungen:
Direkt beim
Verlag oder
in jeder guten
Buchhandlung



Thema: **Fundamentalismus**

Thema: **Jugendproteste von rechts und links**
mit einem Streitgespräch zwischen Ilse Bräutigam und Wolfgang Geiger
und einer „Republikaner“-Studie

Thema: **Antisemitismus**
mit Beiträgen von Martin Löw-Beer und Reinhard Rürup

Gespräch mit Jürgen Habermas: Grenzen des Neohistorismus

Willy Brandt: Rosa Luxemburg

Tamás Bauer: Verfassungsreform in Ungarn

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an bei:

Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
In der Raste 20–22, 5300 Bonn 1